

de Kéisécker



**ILRES-Umfrage zur
Gemeindepolitik**
Gemengewahlen um Horizont



**Dossier:
EU-Referendum**
Positionen zu Jo an Nee



**Luftqualität
in Luxemburg**
Feinstäps zu Lëtzebuerg



**Konscht
an Natur**
Summeraktion
Kënschtler fir d'Emwelt



mouvement
écologique
"eeb"
5 1453000 161014

De Mouvement Ecologique

lieweg, kritesch, engagéiert

Zesumme méi staark fir d'Emwelt

Déi maachen eng wichteg Aarbecht...!

Gudd, datt et de Mouvement Ecologique gëtt... Ech sinn villäicht nët emmer hiirer Meenung, ma ech fannen awer grondsätzlech, datt se scho vill Guddes errecht hunn...

Das denkt sicherlich so mancher, der den Mouvement Ecologique kennt. Doch: der Mouvement Ecologique braucht Mitglieder, braucht sowohl die moralische als auch die finanzielle Unterstützung zahlreicher Personen.

Denn, je mehr Leute Mitglied sind, desto stärker kann der Mouvement Ecologique auftreten!

Dies aus mehreren Gründen:

- Mehr Mitglieder finden auch in den verantwortlichen politischen Kreisen Beachtung. Es wird durchaus bemerkt, wenn eine Organisation starken Zustrom kennt... Somit: mehr Mitglieder erhöhen die Chance, noch mehr für Mensch und Umwelt zu erreichen.
- Mehr Mitglieder bürgen auch für eine solide finanzielle Basis. Jedes Mitglied erhöht so die finanziellen Möglichkeiten des Mouvement Ecologique, erlaubt ihm, noch aktiver zu werden in seinem Engagement – und stärkt nicht zuletzt auch die finanzielle Unabhängigkeit vom Staat.
- Mehr Mitglieder erlauben aber auch den Service für die Mitglieder auszubauen, dank neuer Mittel.

Je mehr Leute Mitglied sind, desto größer aber auch sind die finanziellen Möglichkeiten um Aktivitäten für Mensch, Natur und Umwelt durchzuführen! Denn der Mouvement Ecologique finanziert sich überwiegend über Spenden und Mitgliedsbeiträge, weniger als 20% des Budgets kommen von staatlichen Subventionen.

Und nicht zuletzt: Ein Zuwachs von Mitgliedern erhöht die **Solidarität**. Es tut gut zu wissen, dass viele Menschen "an einem Strang" ziehen – zu "Ihrem" Mouvement Ecologique stehen, dass man Mitglied in einer Gemeinschaft ist, die in den großen Linien "das gleiche wollen".

Und zudem ermuntern sie auch die aktiven Mitglieder, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen und noch vieles zu erreichen.

Mitglieder des Mouvement Ecologique haben aber auch konkrete Vorteile, die noch ausgebaut werden sollen

- Mindestens 12-mal im Jahr erhält jedes Mitglied die monatliche Mitgliederzeitschrift "Kéisécker-Info" mit den letzten Neuigkeiten, Bekanntmachungen, Stellungnahmen und Ankündigungen
- 4-mal das Umweltmagazin "De Kéisécker" mit recherchierten Hintergrundberichten und zahlreichen Tipps
- Einladungen zu aufschlussreichen Seminaren, Konferenzen und Vorträgen
- Preisreduzierungen auf den Eintrittstickets zur alljährlichen Oeko-Foire
- Gratis-Zugang zu der umfangreichen Dokumentation des Umweltzentrums.

Daneben bietet der Mouvement

- Aktive Mitgestaltungsmöglichkeiten in Arbeitskreisen, in fachkompetenten Arbeitsgruppen, in den lokalen und regionalen Sektionen
- Eine starke Gemeinschaft bei Aktionen, ein angenehmes Wir-Gefühl bei Veranstaltungen, Naturwanderungen, Ausflügen und Festen.

Zäitschrëft fir de Mënsch a seng Ëmwelt

erausgi vun dem Mouvement Ecologique asbl Lëtzebuerg
Tel. 43 90 30-1 – Fax 43 90 30-43
CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000
e-mail: meco@oekozenler.lu
www.oekozenler.lu
Mouvement Ecologique asbl

Vertrieeder vum nationale Vierstand

Präsidentin: Blanche Weber

Vize-Präsident: Paul Ruppert

Secrétaire: Laure Simon

Trésorier: Emile Espen

Sekrétariat: 6, rue Vauban (Pafendall) – Lëtzebuerg
Gréngen Telefon: 43 90 30-1

Permanence:

Méindes bis Donneschesdes 8-12 a 14-17 Auer
Freides 8-12 Auer, Nomëttes zou

Fir Mëmbër ze ginn:

Per Telefon oder schrëftlech Statuten,
Dépliant a Baitrétsformular ufroen.

Cotisatioun:

40€ Einzelmember,
60€ Haushaltmemberschaft,
20€ Studenten an Aarbechtsloser.
De Kéisécker an de Kéisécker-Info
sinn an der Cotisatioun abegraff!

de Kéisécker 01/2005 März 2005

Oplo: 4.100 – Kënnst am Joer mindestens 4 mol eraus

Präiss: Einzelnummer 4,46€

Drock: Imprimerie Watgen Luxembourg

Kéisécker Sekretariat / Korrektur: Monique Hoffmann,
Pit Wagner, Blanche Weber, Jean Weber, Claudine Zuang

Redaktiounsgrupp: Präsidium

Fotoën: Archiv Mouvement Ecologique
D'Kopéiere vun Texter, Karikaturen a Fotoën ass
erwënscht, wann d'Quell ernimmt gëtt, a mir déi
Publikatiounen zougeschéckt kréien.

Am anere Fall hale mir eis d'Rechter vum Copyright vir.

Reklammen am Kéisécker: et kann een den Tarif vun
de Reklammen um Gréngen Telefon ufroen: 43 90 30-1

de Kéisécker

02 Editorial

Nohalteg Gemeingepolitik

05 Gemeindepölitisches Engagement fördern – Reformen für effiziente Gemeinden von morgen angehen

Aufschlussreiche Resultate einer ILRES-Umfrage im Auftrag des Mouvement Ecologique bei Gemeindepölitikern und Mitgliedern von beratenden Kommissionen

21 Projet S.A.U.L.: Stadtlandschaften der Südregion: Puzzle von ständigen wechselnden Lebensräumen und Nutzungsmischungen

Dossier EU-Politik

27 Der EU-Verfassungsvertragsentwurf: Eine kritische Auseinandersetzung

2 Befürworter und 2 Gegner widerlegen jeweils die Argumente der Gegenseite

35 Constitutiontestezvosconnaiss.pps

Ben Fayot kommentiert ein Dokument der Verfassungsgegner

Naturschutz

40 Für eine kooperative Naturschutzpolitik mit der Landwirtschaft

Gemeinsame Stellungnahme von Syndikaten und Mouvement Ecologique

47 Quelle menace pour la biodiversité de nos écrevisses indigènes?

Mobilitéit

51 Langsamverkehr für eine menschengerechte Stadt

55 VeloRoute SaarLorLux – Die Grenzregion per Rad entdecken

Umweltpolitik

58 Saubere Luft in Luxemburg?

Wasserwirtschaft

61 Trinkwasserversorgung in Luxemburg

Kënschtler fir d'Emwelt

67 Von Erdmenschen, Vogelmenschen und fliehenden Bäumen:

Der Bildhauer Bernd Moenikes schafft für den Mouvement Ecologique

Ernährung

70 Natierlech genëssen, Band 2: Kartoffelsalat



27

Dossier: EU-Verfassungsvertragsentwurf

Auf dem Kongress 2005 des Mouvement Ecologique wurde entschieden, dass der Mouvement Ecologique keinen Appell für oder gegen den EU-Verfassungsvertrag veröffentlichen wird, jedoch einen Beitrag zu einem Austausch der Argumente leisten müsse. Mit dieser Kéisécker-Nummer wird der Mouvement Ecologique diesem Anspruch gerecht. Befürworter der Verfassung kommentieren die Argumente der Gegner, und umgedreht. Außerdem kommentiert Ben Fayot ein «Wissensquiz» der Gegner.

Sommaire

Gemeindepölitisches Engagement fördern – Reformen für effiziente Gemeinden von morgen angehen

Mitte dieses Jahres führte die ILRES, im Auftrag des Mouvement Ecologique, bei 300 Gemeindepölitikern sowie 300 Mitgliedern von beratenden Kommissionen eine interessante Umfrage durch: Was motiviert zum Engagement? Welche Hemmnisse gibt es? Wie könnten sie behoben werden? Welches sind wichtige Themen in der Gemeinde und der Region? Die sehr aufschlussreichen Resultate enthalten so manche Anregung für die Zukunft.



05



40

Für eine kooperative Naturschutzpolitik mit der Landwirtschaft

Für heftige Diskussionen sorgte in der Vergangenheit die Interpretation des so genannten «Artikel 17» des Naturschutzgesetzes. Wurde doch hier seitens der Forstverwaltung vorgeschlagen, dass Landwirte für zahlreiche Arbeiten eine Genehmigung beantragen müssten. Ein Graben wurde hiermit zwischen Naturschutz und Landwirtschaft gerissen (siehe letzte Nummer des «Kéisécker»). Grund genug für Mouvement Ecologique und Naturschutzsyndikate nach vorne zu schauen und konstruktive Vorschläge für eine stärkere Kooperation zu entwickeln. «De Kéisécker » veröffentlicht diese Stellungnahme.

EU-Verfassungsvertrag

Das Dilemma

Die Last, am 10. Juli für oder gegen den EU-Verfassungsvertragsentwurf abstimmen zu müssen, wurde uns durch die Beibehaltung des Referendums am 10. Juli belassen. Eine Last, weil die Mehrzahl der BürgerInnen wohl der Überzeugung ist, das mehrere hundert Seiten dicke Werk nur begrenzt werten zu können. So manch einer wird wohl auch bei der Stimmabgabe ein flaues Gefühl im Magen haben ... und wäre vielleicht etwas erleichtert gewesen, aus einer gewissen "Überforderung" aussteigen zu können. Doch man kann das Ganze auch anders sehen: Ist es nicht vielmehr eine Chance, als Einzelner seine Stimme in einem derart wichtigen Prozess abgeben zu dürfen? Eine Chance für ein kleines Land wie unseres, eine scheinbar so bedeutende Rolle einnehmen zu dürfen? Ist es nicht verwegend, nur dann sein Votum abgeben zu wollen, wenn man alle Detailelemente zu kennen glaubt, geht es doch beim Verfassungsvertrag eher um Grundorientierungen ...?!

Dieses Hin- und Hergerissensein – diese Schwierigkeit der Abwägung der verschiedenen Argumente – kennzeichnet die Meinungsbildung vieler von uns.

Die Ambivalenz beginnt bereits bei der Frage, über was schlussendlich am 10. Juli abgestimmt wird. Denn es scheint, mehr denn je, nur begrenzt um den Verfassungsvertrag als solchen zu gehen. Es ist augenscheinlich, dass von den Luxemburgern – angesichts der tiefen Krise in der die EU steckt – vielmehr ein deutliches Signal für die EU erwartet wird. Und, so zumindest lässt es unser Premier anklingen, gehe es darum, sich zu einem sozialeren und politischen Europa zu bekennen

als z.B. ein Tony Blair es befürwortet. Demnach: gegen den Entwurf stimmen bedeute gegen die EU stimmen, oder? Oder bedeutet, Positionen wie denjenigen von England zuzuspielen? Bei den Diskussionen über das Referendum war von Beginn an eine Vermischung zwischen Grundansichten betreffend die EU (die nicht direkt mit dem Vertrag zusammenhängen) und dem Textentwurf als solchem festzustellen. Doch nach dem Scheitern des Gipfels ist eine völlige Vermischung an der Tagesordnung. Darf man nun – aus höherer staatspolitischer Raison – nicht mehr jene Argumente ins Gedächtnis rufen, die für eine kritische(re) Einschätzung des Vertragentwurfes sprechen? Im Sinne einer Abwägung aller Argumente meinen wir: doch!

Zwischen "Staatsraison" und Abwägung von inhaltlichen Argumenten

Und aus ökologischer Sicht müssen zumindest Fragen erlaubt sein. Einige Beispiele: der Umweltschutz und in einem gewissen Sinne die nachhaltige Entwicklung werden in positiver Weise als Leitbild der EU festgeschrieben, nicht aber als einklagbares Recht. Ein feiner Unterschied, mit sehr weitgehenden Konsequenzen: somit werden ökologische Aspekte zwar als Grundwert der EU festgehalten, jedoch sind sie denjenigen der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet, da diese einklagbar sind. Man mag sich vorstellen, dass, wenn es "hart auf hart" geht, die Ökologie der Verlierer sein wird oder könnte... Ein anderer Aspekt: im Amsterdamer Vertrag ist theoretisch das Integrationsprinzip auf EU-Ebene verankert, d.h. in allen Politikbereichen müssen ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Diese Vorgabe, so die Befürworter des Entwurfes, konnte beibehalten werden, was unbe-

dingt als positiv zu werten sei. Halt, betonen Gegner, das Integrationsprinzip ist jedoch im neuen Text weniger klar geregelt, als im Amsterdamer Vertrag, demnach weniger verbindlich, demnach ein Rückschritt... Wer hat Recht?

Mit Verlaub, wer vermag dies derzeit – da die eigentliche Debatte über konkrete Elemente des Vertrages nur sehr begrenzt geführt wird – abschließend werten? Diese und andere Pro und Contra Argumente liegen einem jedoch schwer auf dem Magen und sind real kaum für den Einzelnen abwäglich. Es besteht hier noch dringender und ehrlicher Bedarf nach Information und Abklärung (auch im sozialen Bereich besteht noch erheblicher Diskussionsbedarf)... Aber es geht ja längst nicht mehr um solche "Details" ... Und doch: Warum wird jetzt erst über diese fundamentale Ausrichtung der EU diskutiert? Muss man jetzt ohne Wenn und Aber, nur da man grundsätzlich pro EU eingestellt ist, mit dem Kopf nicken? Ja, etwas Wut keimt auf, dass sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene bei weitem nicht genug unternommen wurde, um BürgerInnen und Zivilgesellschaft in den Prozess der EU-Gestaltungen einzubinden.

Es wurde in der Tat schlichtweg in den vergangenen Jahren – auch bewusst? – verpasst, die EU in dem erwünschten Ausmaß transparent, bürgernah und, was die Meinungsbildung angeht, gesellschaftspolitisch ausgewogen zu gestalten. Dies trifft auf Strukturen und Wege in Brüssel zu – es tummeln sich z.B. dort tausende Lobbyisten der Wirtschaft, in der Umweltbewegung sind lediglich eine gute Handvoll vor Ort, da die finanziellen Mittel fehlen – aber auch sehr konkret auf Luxemburg. Bereits mehrfach hat z.B. auch ein Mouvement Ecologique nachgefragt, um zumindest Geld für eine Teilzeitstelle für EU-Arbeit zu erhalten. Ohne Resultat:

des Referendums

dabei ist diese Arbeit beim besten Willen nicht ausschließlich ehrenamtlich leistbar. Eine "pro domo"- Aussage, mag nun so mancher denken. Vielleicht, aber legitim. Denn sie steht beispielhaft für ein grundlegendes Problem:

Der Weg zum "europäischen Bürger"

Wie soll der Graben zwischen der offiziellen EU und den BürgerInnen überbrückt werden, wenn nicht auch die Zivilgesellschaft für das Thema gewonnen wird bzw. die Chance einer Beteiligung erhält? Würden wir heute nicht anders dastehen, wenn statt einer Politikgestaltung von oben –u.a. auch nach dem Motto "Wir machen eine Direktive über den Krümmungsgrad von Bananen" – zumindest ansatzweise versucht worden wäre, stärker gesellschaftliche Akteure für die EU-Thematik zu gewinnen? Ja, ihnen überhaupt eine Mitwirkung zu ermöglichen? Doch, dass es noch ein weiter Weg ist bis, die BürgerInnen für etwas mündiger angesehen werden, zeigen weitere prägnante Beispiele der sehr rezenten Vergangenheit.

Die Debatte, wie sie derzeit über den Verfassungstext geführt wird, löst Befremden aus. Obwohl begrüßenswert ist, dass auch seitens der Medien und der Abgeordnetenkammer nun verstärkt informiert wird, bleibt doch ein etwas schaler Beigeschmack. Z.B. der Beitrag, der seitens der Regierung über das Fernsehen und Radio verbreitet wird, in dem einseitig eine reine Lobhudelei des Textes erfolgt. Mit Verlaub: auch der stärkste Befürworter der Verfassung muss doch einräumen, dass dies einseitige Werbung und nicht Information ist! Wozu dann ein Referendum, wenn nicht Pro und Contra-Positionen gleiche Chancen haben? Oder aber, dass de facto ein realer Druck auf den Bürger ausgeübt

wird, wer gegen Krieg und Vergewaltigung sei, könne nicht anders als für die Verfassung abzustimmen. Es scheint, als ob die Skepsis mancher BürgerInnen nicht allen Politikern die Augen geöffnet habe. Dass noch immer einer Reihe Politiker nicht klar wurde, dass die Art und Weise, wie die EU-Politik in den vergangenen Jahren "gemacht" wurde, in der Akzeptanz und z.T. in der Sache kontraproduktiv ist. Auch der Druck, der derzeit ausgeübt ist, mag bei so manchen eher für Irritation als für Zustimmung sorgen

Ein weiteres Beispiel: Auch unser derart EU-freundliches Land hat es während Jahren verschlafen, die EU-Politik tatsächlich näher zum Bürger zu bringen. So wird z.B. bejubelt, dass mit dem neuen Verfassungsentwurf die Parlamente stärker in EU-Prozesse eingebunden werden müssten. Richtig, und diese Vorgabe ist absolut positiv zu werten. Nur, wer hinderte dann die Regierungen bis dato daran, dies freiwillig zu tun? Wer auch die Luxemburger Regierung? Der Luxemburger Wirtschafts- und Sozialrat hat noch rechtzeitig vor den letzten Legislativwahlen ein hervorragendes Dokument veröffentlicht, in dem sehr konkrete Vorschläge unterbreitet wurden, wie die EU-Thematik stärker Eingang in die Luxemburger Gesellschaft und Politikgestaltung haben könnte. Wer nun glaubt, auch in weiser Voraussicht des EU-Referendums, diese Ideen hätten Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden, der irrt, sie wurden de facto höchstens am Rande gestreift. "Schubladende" markiert wohl eher den Werdegang dieses Dokumentes. Dies zeigt den tiefen Graben auf, der sich aufgetan hat, wie groß auch der Handlungsbedarf ist um hier Remedur zu schaffen!

Über was wird am 10.Juli abgestimmt?

Wobei wir wieder bei der Frage wären: über was wird am 10. Juli überhaupt abgestimmt? Wird über diese Entfremdung abgestimmt, wird den Politikern deshalb die "rote Karte" gezeigt? Nein, das darf nicht sein. Denn es geht auch und vor allem um die europäische Zukunft, über einen Verfassungs-Vertrag und eine Vision von Europa. Und doch ...

Unabhängig davon, ob man demnach aus staatspolitischer Raison für den Verfassungstext stimmen wird oder aber die Pro- und Contra-Argumente des Textes abwägt, stellt sich demnach eine zentrale Frage weit über den Termin des 10. Juli hinaus. Werden politische Akteure – unabhängig vom Resultat des Referendums – zumindest ein Signal der BürgerInnen verstehen, das da heißt: EU-Politik auf Länderebene nachvollziehbarer machen, Akteure von vornherein einbinden ... dies auch über Vorgaben im Verfassungstext hinaus? Wird versucht die Zivilgesellschaft als Akteur anzuerkennen? Oder werden manche weiterhin auf ihrem hohen Ross in Brüssel versuchen, die Geschicke von zig-Millionen Bürgern von oben herab im Sinne einer demokratiefernen "global governance" zu gestalten? Hier ist eine bewusste politische Weichenstellung gefordert...

Blanche Weber

ATELIER LIGNA

MENUISERIE-EBENISTERIE

Jang FEINEN

MENUISERIE INTERIEURE
 CREATION DE MEUBLES CONTEMPORAINS
 AMENAGEMENT D'INTERIEURS
 CUISINES SUR MESURE
 ESCALIERS



8, rue Goell L-5326 CONTERN
 TEL: 35 55 33 OU 71 96 76

BIO-Qualität

**Qualität,
 die man schmeckt!**

Qualität in jeder Hinsicht, für
 das Produkt und die Produktion!
 Gut für Mensch und Natur,
 wie unsere durch biologischen
 Umgang artenreichen
 Wiesen und Weiden zeigen.



**Gesunde Natur,
 die Grundlage unserer
 guten Biovollmilch!**

BiOG als d'Mark von der Bio-Bauern-Genossenschaft Lëtzebuerg
 an von BIOGROS (Importateur an Distributeur von der BiOG.)

COPLANING®
 FENSTER UND TÜREN
Qualität und Top-Design

ed[it]ion 4
 Perfektion x 4 in Holz/Alu

*Optimal für
 Niedrigenergie- und
 Passivhäuser*

Internorm
 Autorisierter Stützpunktpartner

Komfort der Superlative

- 1** Hervorragender **Wärmeschutz** bis $U_{w}=0,81$ W/m^2K
- 2** Sensationeller **Schallschutz** von **43 dB** bereits im Standard
- 3** integrierter **Sonnenschutz** durch im Scheibenzwischenraum geschützt eingebaute Jalousie
- 4** dadurch auch **Sichtschutz** vor unerwünschten Einblicken

Besuchen Sie unsere neue Website
WWW.COPLANING.LU



Z.A.C. Langwies
 L-6131 Junglinster
 Tel. (0 03 52) 72 72 12-1
 Fax (0 03 52) 72 72 14

Öffnungszeiten:
 Mo.-Fr.: 8-18 Uhr (durchgehend)
 Sa.: 9-16 Uhr (durchgehend)
 Sonntags: 14-17 Uhr

Gemeindepolitisches Engagement fördern

Reformen für effiziente Gemeinden von morgen angehen

Die vorliegenden Umfragen konnten im Rahmen eines Projektes zum Thema "Nachhaltige Gemeindepolitik" durchgeführt werden, das vom Umweltministerium finanziell unterstützt wird.

Mai 2005

Aufschlussreiche Resultate einer ILRES-Umfrage im Auftrag des Mouvement Ecologique bei Gemeinderäten und Mitgliedern von beratenden Kommissionen

Im Laufe des Monats März 2005 führte die ILRES im Auftrag des Mouvement Ecologique eine repräsentative Umfrage, sowohl bei den Mitgliedern der Gemeinderäte als auch bei denjenigen der beratenden Kommissionen (Umwelt-, Bauten- und Verkehrskommissionen), durch.

Bei diesen Umfragen strebte der Mouvement Ecologique vor allem zwei Ziele im Rahmen seiner Kampagne "Ekologisches Gemeingepolitik – den Téppel um i" an:

- Einerseits ging es darum herauszufinden, was BürgerInnen motiviert sich auf Gemeindeebene zu engagieren, sei es im Gemeinderat oder als Mitglied einer beratenden Kommission.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique kann gerade in Gemeinden eine

nachhaltige Politik umgesetzt werden. Gemeinden sind die Keimzellen von Demokratie schlechthin... hier lässt sich so manches Positive bewegen. Insofern ist es für eine Umweltgewerkschaft von herausragender Bedeutung zu schauen, unter welchen Bedingungen BürgerInnen bereit sind sich auf kommunaler und regionaler Ebene zu engagieren bzw. die Probleme zu erkennen, die sich bei einem solchen Engagement in der Praxis stellen.

Auch ist es spannend zu untersuchen, inwiefern es verschiedene Sichtweisen in der Motivation bzw. in der Analyse der Problemstellungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, Oppositions- und Majoritätsmitgliedern, den Bewohnern der verschie-

denen Regionen, Majorz- und Proporzgemeinden u.ä. gibt.

- Andererseits stellt sich die Frage, welche Themen heute in den Gemeinden als besonders wichtige Herausforderungen empfunden werden, wo engagierte BürgerInnen Schwerpunkte sehen und ob es evtl. unterschiedliche Sichtweisen gibt, je nachdem ob man sich im Gemeinderat oder aber in einer beratenden Kommission engagiert – je nachdem ob man in der politischen Verantwortung steht oder nicht.

Die durchgeführten Umfragen liefern eine große Fülle an interessanten Daten. Zu diesem Zeitpunkt soll ein erster Ansatz einer Darstellung bzw. einer Analyse gemacht werden.



1. Die Gemeinderäte:

ja zu politischem Engagement – ja zu Reformen innerhalb der Gemeinden sowie im Verhältnis von Staat und Gemeinden

Insgesamt wurden telefonische Gespräche mit 304 Mitgliedern von Gemeinderäten geführt (258 Männer, 46 Frauen). Angesichts der Tatsache, dass es in Luxemburg schätzungsweise 1200 Gemeinderatsmitglieder gibt, ist diese Zahl als absolut repräsentativ anzusehen.

Die Mehrzahl der Befragten stammt aus der Altersgruppe der 35-49 Jährigen (105 Personen) sowie der Gruppe der 50-64 Jährigen (145 Personen).

Die befragten Personen setzten sich wie folgt zusammen: 12% Bürgermeister, 24% Schöffen, 40% Majoritäts-Mitglieder in Gemeinderäten, 22% Oppositionsgemeinderäte. 250 der Befragten sind in einem Gemeinderat einer Majorzgemeinde, 54 in jenem aus einer Proporzgemeinde.

39% der befragten Personen wurden 1999 erstmalig in den Gemeinderat gewählt, 61% sind länger in einem Gemein-

derat vertreten. 63% der befragten Frauen sind erst seit 1999 im Gemeinderat (35% der Männer) und lediglich 37% länger (61% der Männer).

119 der befragten Personen stammen aus dem Norden, 68 aus dem Süden, 58 aus dem Zentrum sowie 59 aus dem Osten.

Die Gemeinderatsmitglieder – weiterhin Bereitschaft zum Engagement

74% der Befragten geben an, sie würden bei den nächsten Gemeindewahlen aller Voraussicht nach wieder kandidieren (7% ohne Antwort). Von Interesse ist nun besonders, welche Motive für eine Nicht-Kandidatur angegeben werden. An erster Stelle fungieren Altersgründe (41%), gefolgt von familiären (28%) sowie beruflichen Gründen (14%). Zeitli-

che Probleme werden explizit nur von 10% genannt, das Gefühl nicht genug erreicht zu haben lediglich von 9% (siehe Graphik 1).

Es liegt auf der Hand, dass das Argument des Alters vor allem von Personen über 65 Jahren angeführt wird, wobei regionale Unterschiede ins Auge springen. Während im Süden Altersgründe für 80% ausschlaggebend sind, sind es deren nur für 56% im Zentrum und sogar nur für 30% im Norden sowie 25% im Osten des Landes.

43% der Frauen geben an, aus familiären Gründen aufhören zu wollen, aber nur 25% der Männer, eine bemerkenswerte Differenz. Des Weiteren führen 29% der Frauen zeitliche Probleme an, jedoch nur 10% der Männer. Hier bleibt demnach noch so manches zu tun, um die Beteiligungschancen für Männer und Frauen gerechter zu gestalten.

Die Motivation für ein politisches Engagement: Lust, etwas zu bewirken

Die Gewählten geben vor allem inhaltliche Gründe für ihr Engagement an. Auf die Frage "Kénnt Dir mir w.e.g. a kuerze Wieder soen, firwat Dir viru 6 Joer mat an d'Wale gange sidd" geben 26% an, sie wollten "weider maachen, weider féieren, wat ugefangen ass": 25% interessieren sich grundsätzlich für Politik; 34% möchten etwas bewirken. An vierter Stelle kommt die Aussage mit 13% "well ech gefrot gi sinn - bzw. well an der Sektioon een gebraucht ginn ass" (siehe Graphik 2).

Es versteht sich von selbst, dass der Wunsch "etwas weiter führen zu wollen" vor allem von den Bürgermeistern geäußert wird (54%) (32% bei den Schöffenräten, 26% im Durchschnitt).

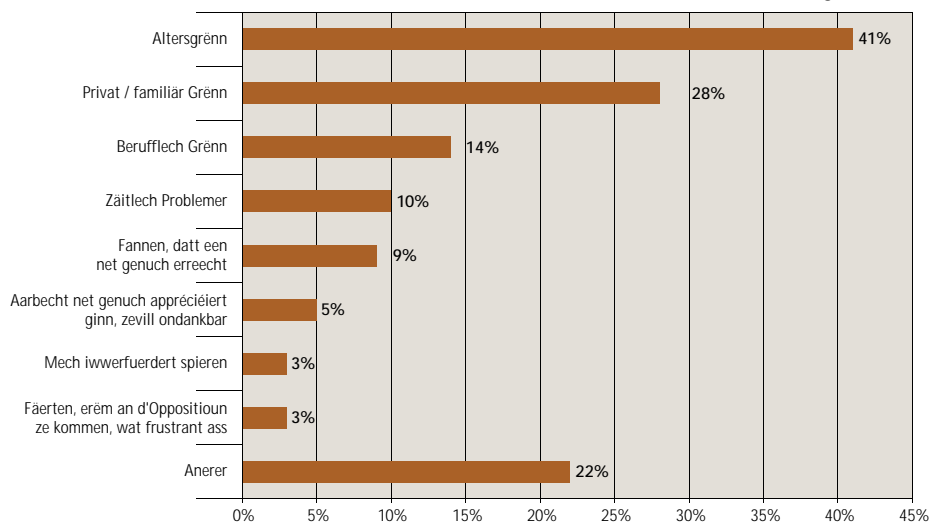
Eher positive Bilanz von Mitgliedern der Majorität – eher negative Bilanz der Oppositionspolitiker sowie der Frauen

Bemerkenswert ist, dass die absolute Mehrzahl der Befragten eine positive Bilanz ihres Engagements zieht. 39% geben an, ihre Erwartungen hätten sich "voll und ganz" erfüllt. 50% führen an "zum Teil" und nur 9% sind enttäuscht (5% "weider net vill", 4% "iwwerhapt net").

Es überrascht nicht, dass vor allem Majoritätsmitglieder, besonders Bürgermeister, angeben, ihre Erwartungen wären erfüllt worden. Bürgermeister geben zu 57% an voll und ganz zufrieden zu sein, Schöffen zu 51%, Majoritätsmitglieder aus dem Gemeinderat zu 40% und Gemeinderatsmitglieder in der Opposition zu 19% (siehe Graphik 3).

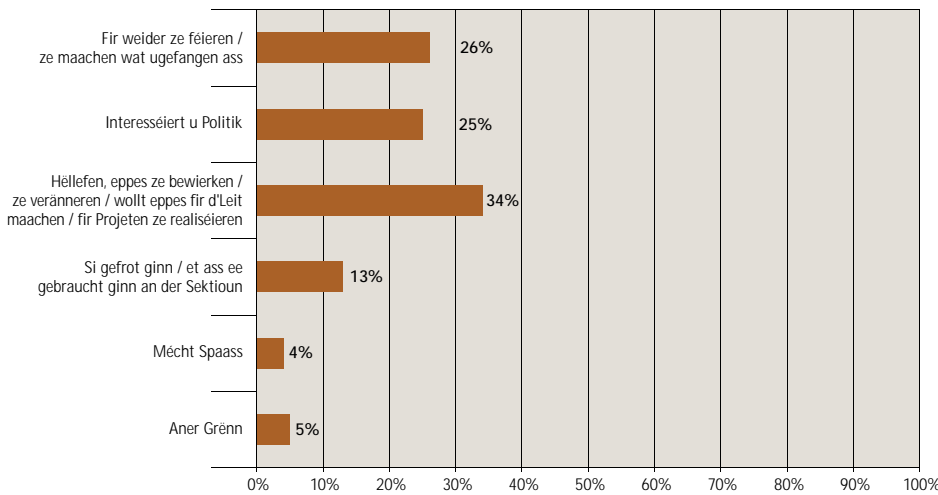
Frauen haben im allgemeinen eine negativere Sichtweise als Männer. Bei den Frauen haben sich die Erwartungen nur zu 17% voll und ganz erfüllt (Männer 43%) und zu 70% zum Teil (47% bei den Männern) (siehe Graphik 4).

Firwat kandidéiert Dir am Oktober 2005 net méi bei de Gemengewalen?



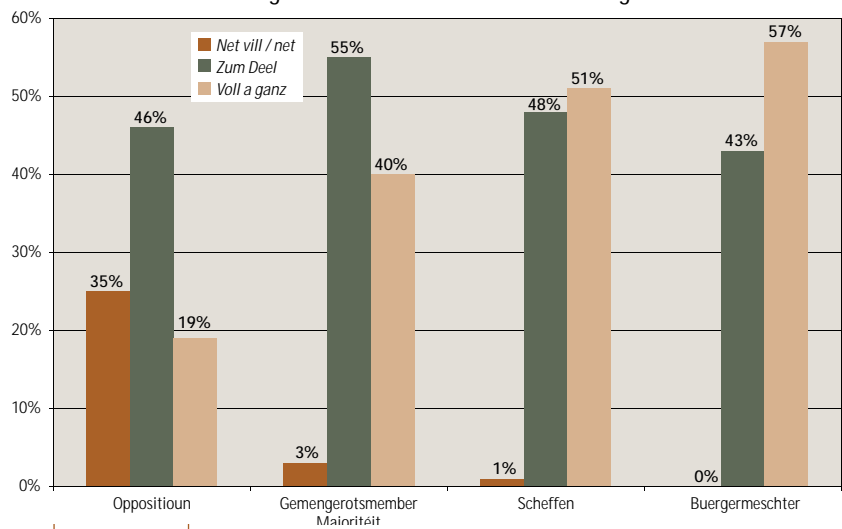
Graphik 1

Kénnt Dir w.e.g. a kuerze Stéchwieder soen, firwat Dir viru 6 Joer mat an d'Wale gange sidd?



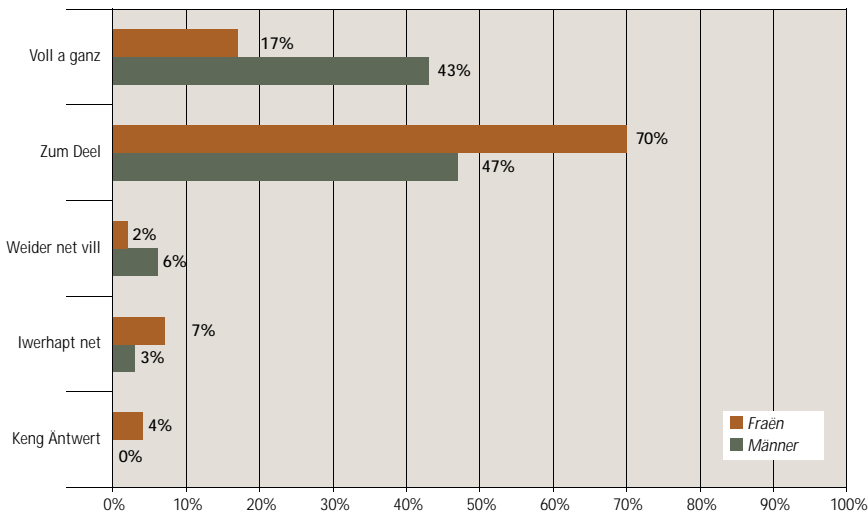
Graphik 2

A wei engem Ausmass hu sech Är Erwaardungen erfëllt?



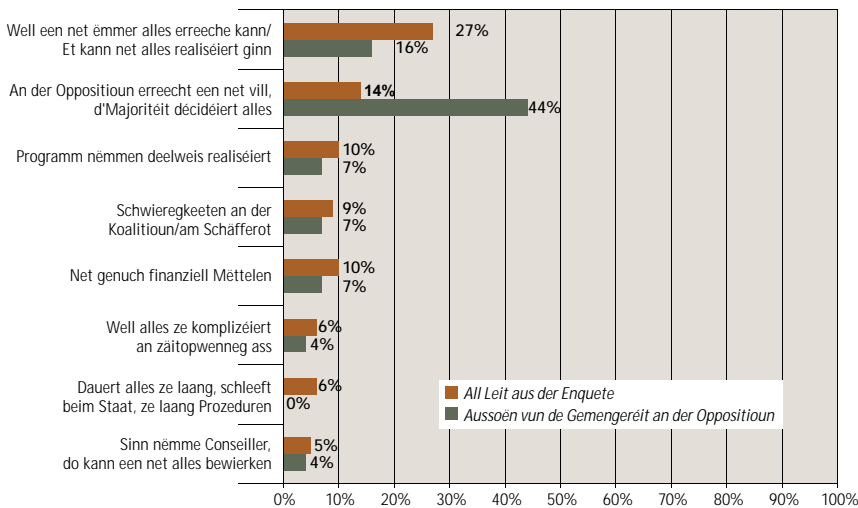
Graphik 3

A wei engem Ausmass hu sech Är Erwartungen erfellt?



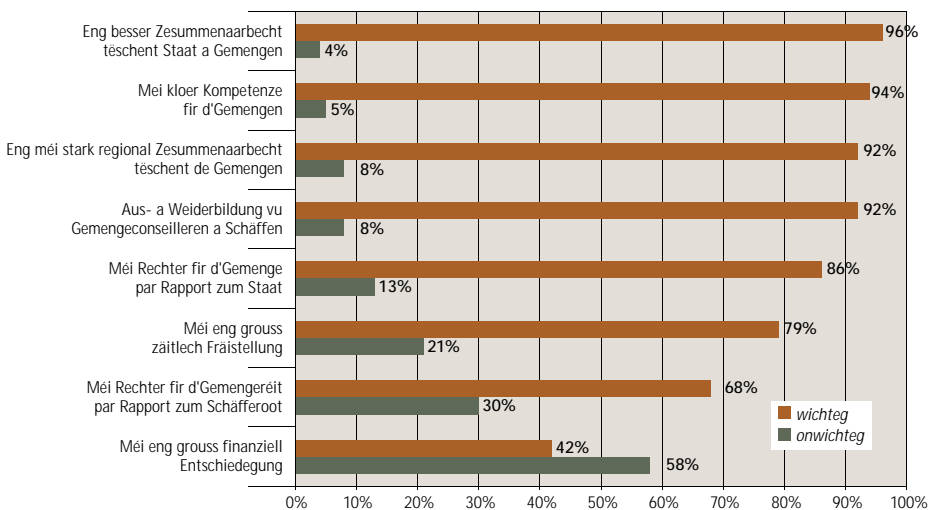
Graphik 4

Motivatioun fir d'Aschätzung vun deene Persounen, wou sech d'Erwartungen un hier Aarbecht net oder nëmmen deelweis erfellt hunn



Graphik 5

Vu folgenden Virschléi fir d'Gemengenaarbecht ze besseren a méi efficace ze maachen: sot mir all kéier a wei engem Mooss de Virschlag an Ären Aen wichteg ass



Graphik 6

Gründe für eine negative Einschätzung

Welche Gründe geben nun die Personen an, deren Erwartungen nur teilweise bzw. nicht oder nicht in dem erwünschten Ausmaß erfüllt wurden (59%)? 17% geben an: "weil man nicht immer alles erreichen kann", für 10% ist es die Tatsache, dass man in der Opposition sei und die Majorität über alles entscheide. Weitere Gründe sind: Programm nur teilweise umgesetzt (10%), nicht ausreichende finanzielle Mittel (10%), es kann nicht alles realisiert werden (10%), Probleme in der Koalition bzw. im Schäfferat (9%).

Die Frustration ist logischerweise bei der Opposition besonders hoch. 44% der Gemeinderäte in der Opposition geben an, sie würden als Problem sehen, dass die Majorität alles entscheide (siehe Graphik 5).

Die Arbeit des Gemeinderates erleichtern und verbessern

Sehr aufschlussreich sind die Antworten auf die Frage, wie die Arbeit im Gemeinderat verbessert werden könnte (siehe Graphik 6). Im Folgenden werden die Maßnahmen in der Reihenfolge der Prioritäten aus der Sicht der Gemeinderäte dargelegt:

- **Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden verbessern:** Diese Maßnahme findet bei den Befragten von allen vorgeschlagenen mit 96% "wichtig" die höchste Zustimmung (61% sehr wichtig, 36% wichtig). Hierbei fällt auf, dass dieser Punkt von den Bürgermeistern als besonders wesentlich empfunden wird (86% sehr wichtig gegenüber 61% im Durchschnitt aller Befragten). Es können keine signifikanten Unterschiede zwischen Majorz- und Proporzgemeinden festgestellt werden. Allerdings gibt es regionale Unterschiede, was die Nennung "sehr wichtig" anbelangt: das Bedürfnis ist im Süden etwas weniger ausgeprägt (53%), im Zentrum besonders hoch (67%), im Osten 63%, im Norden 61%.
- **Klarere Kompetenzen für Gemeinden:** Zweit wichtigste Maßnahme in den Augen der befragten Gemeinderäte ist mit 94% die Notwendigkeit, Kompetenzen der Gemeinden klarer zu regeln (50% sehr wichtig, 44% wichtig). Hier gibt es ebenfalls kaum Differenzen zwischen Majorz- und Proporzgemeinden oder den verschiedenen Regionen. Allerdings wird das Problem stärker von den Bürgermeistern genannt (63% sehr wichtig, gegenüber 50% im Durchschnitt aller Befragten).

- **Stärkere regionale Zusammenarbeit:** 92% sehen als dritt wichtigste Maßnahme eine stärkere regionale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden (57% ganz wichtig, 36% wichtig). Während es bei der durchgeführten Umfrage sehr häufig Differenzen in der Größenordnung von 10% aus der Sicht der verschiedenen Altersgruppen oder Einwohner der unterschiedlichen Regionen z.B. gibt, besteht bei dieser Frage ein extrem hoher Konsens. Sowohl im Zentrum als auch in den anderen Regionen des Landes wird die Zusammenarbeit als extrem wichtig angesehen, ein deutliches Signal! Die Nennung "sehr wichtig" erfolgt im Durchschnitt aller Befragten zu 57% (59% Zentrum, 57% im Süden, 56% im Norden sowie 54% im Osten). Der Auftrag an die Regierung gemeinsam mit den Gemeinden über neue Formen der regionalen Zusammenarbeit nachzudenken, ist demnach mehr denn deutlich.

- **Bessere Aus- und Weiterbildung:** 92% sehen die Aus- und Weiterbildung der Gemeinderäte als zentrale Herausforderung an (41% ganz wichtig, 51% wichtig). Hier gibt es einen interessanten Unterschied in der Gewichtung zwischen Männern und Frauen. Frauen messen der Aus- und Weiterbildung bei der "sehr wichtig" – Nennung eine noch zentralere Rolle zu (54% gegenüber 39% bei den Männern). Bei Befragten der Region Süden ist die Nennung "sehr wichtig" mit 51% höher als im ländlichen Raum (35% Norden, 37% Osten). Es darf auch erwähnt werden, dass Personen mit weniger hohem Bildungsstand einen stärkeren Wunsch nach Weiterbildung haben.

Der Weiterbildung kommt demnach auch aus der Sicht der unterschiedlichen sozialen Herkunft der Gemeinderatsmitglieder im Sinne einer Chancengleichheit eine wichtige Bedeutung zu. Eine weitere Folgerung scheint zu sein, dass Weiterbildung umso spezifischer sein muss, als die Komplexität der Problemfelder größer ist, die man als Gemeinderat zu bearbeiten hat. Dies dürfte wohl in erster Linie für die Regionen Süden bzw. Zentrum zutreffen.

- **Mehr Rechte für die Gemeinden:** Für 86% der Befragten ist der Aspekt "Mehr Rechte der Gemeinden gegenüber dem Staat" wesentlich, (für 43% sehr wichtig, für 42% wichtig). Bedenkenswert ist folgendes Resultat: 22% der Mitglieder der Opposition sehen diese Stärkung der Rechte der Gemeinde als nicht wichtig an (gegenüber 13% im Durchschnitt aller Befragten)

– der Bedarf wird vor allem von den Bürgermeistern gesehen (lediglich 6% geben an, es wäre nicht wichtig). Signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie Regionen sind nicht festzustellen, ebenso nicht zwischen Majorz- und Proporzgemeinden.

- **Größere zeitliche Freistellung:** 79% sehen eine größere zeitliche Freistellung als relevant an (44% sehr wichtig, 35% wichtig). Hier fällt auf, dass Befragte in der Alterskategorie bis zu 35 Jahren sogar zu 100% angeben, dies wäre sehr wichtig; vielleicht ein kleiner Hinweis, wie auch Jüngere für ein Engagement gewonnen werden könnten. Ebenso überzeugt von der Notwendigkeit dieser Maßnahme sind Schöffen und Bürgermeister (60% bzw. 63% sehr wichtig gegenüber 44% im Durchschnitt aller Befragten). Relevante Unterschiede zwischen Majorz- und Proporzgemeinden sowie den Regionen gibt es nicht.

- **Rechte der Gemeinderäte gegenüber Schöffenrat erhöhen:** 68% sehen "mehr Rechte der Gemeinderäte gegenüber dem Schöffenrat" als wesentlich an (27% sehr wichtig, 41% wichtig). Mitglieder der Opposition haben dabei verständlicherweise eine andere Sichtweise als jene in der Majorität. 49% der befragten Oppositionsmitglieder sehen die Stärkung ihrer Rechte im Gemeinderat als sehr wichtig an (Durchschnitt der Befragten 27%), Gemeinderäte in der Majorität 32%, Schöffen 8%, Bürgermeister 3% sehr wichtig. Signifikante Unterschiede zwischen Proporz- und Majorzgemeinden können nicht festgestellt werden.

- **Finanzielle Entschädigung erhöhen:** Eine höhere finanzielle Entschädigung der Gemeinderäte, so wie sie im Koalitionsprogramm vorgesehen ist (1), findet die geringste Zustimmung was die relative Wichtigkeit anbelangt. Nur 42% sehen diese Maßnahme grundsätzlich als wichtig an, 58% nicht. Es gibt allerdings einen ausgeprägten Unterschied zwischen Frauen und Männern: Frauen erachten die Erhöhung der finanziellen Entschädigung als wichtiger (61% gegenüber 38% Männer). Ebenso erwarten sich Bürgermeister eine bessere Entschädigung (63%), was wohl auch erklärt, dass diese Forderung eher auf der Tagesordnung erscheint, da diese Akteure sich doch stärker Gehör verschaffen können. Signifikante Unterschiede können ebenfalls zwischen verschiedenen Berufsgruppen festgestellt werden: Personen die "au foyer" tätig sind sowie "indépendants"

erachten eine finanzielle Entschädigung weitaus als wichtiger, als der Durchschnitt aller Befragten (64% bzw. 51% gegenüber 42% im Durchschnitt).

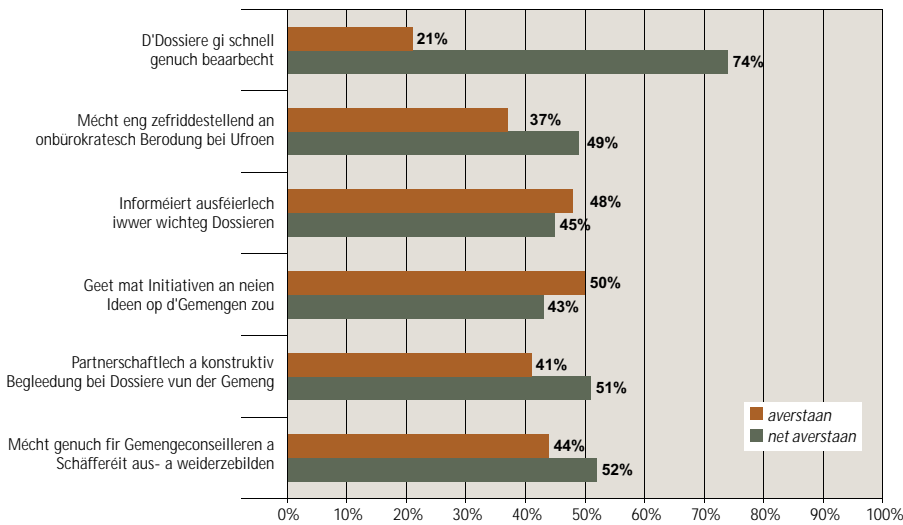
Die Einschätzung der Arbeit des Innenministeriums

Die Bewertung der Arbeit des Innenministeriums durch eine Mehrzahl der Gemeinderäte wirft viele Fragen auf und weist auf eine Vielzahl von Problemen in Bezug auf die Arbeitsweise, die Hilfestellung für Gemeinden, die Kooperation mit den Gemeinden sowie die aktuellen Angebote im Bereich der Weiterbildung hin (siehe Graphik 7).

- 74% aller Befragten geben an, **Dossiers würden nicht schnell genug bearbeitet**, wobei es bei den Antworten keine wirklich relevanten Divergenzen zwischen Majorz- und Proporzgemeinden gibt – nur 21% äußern diesbezüglich demnach Zufriedenheit;
- 49% geben an, das Innenministerium gewähre **keine zufrieden stellende und unbürokratische Beratung bei Anfragen**;
- 45% geben an, das **Ministerium würde nicht ausführlich über wichtige Dossiers informieren**, "nur" 48% sind demnach in dieser Beziehung mit der Arbeit des Ministeriums zufrieden. Bei den Antworten zu dieser Frage tritt ein deutlicher Unterschied zwischen Schöffenrat und Gemeinderat zu Tage. Nur 33% der Schöffen finden die Informationspolitik des Innenministeriums mangelhaft, jedoch 60% der Gemeinderäte.
- Lediglich 50% bejahen die Aussage, das **Ministerium ginge mit positiven Initiativen auf die Gemeinden zu**, 43% teilen diese Aussage nicht;
- Eine **partnerschaftliche und kooperative Begleitung der Gemeinden bei Dossiers** sehen nur 41% aller Befragten, 51% nicht.
- 52% sind der Meinung, das **Ministerium würde nicht genug für die Aus- und Weiterbildung der Gemeinderäte unternehmen**, 44% werten dies positiver.

Es scheint demnach einen überaus deutlichen Nachholbedarf in Bezug auf die Arbeitsweise des Innenministeriums als "autorité de tutelle" der Gemeinden zu geben. Es dürfte sich demnach aufdrängen, die aktuelle Diskussion über die territoriale Reorganisation auszuweiten und die Arbeit des Innenministeriums selbst bzw. die Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und Gemeinden zu überdenken.

Wei fannt Dir datt den Inneministère seng Aarbecht a folgende Punkte mécht?



Graphik 7

Schlussfolgerungen

Auch wenn eine tief greifende Analyse der Daten unumgänglich erscheint, können zu diesem Zeitpunkt eine Reihe erster Folgerungen gezogen werden:

Es macht Mut festzustellen, dass bei den befragten Gemeinderatsmitgliedern Motivation und Wille besteht, sich weiterhin gemeindepolitisch zu engagieren. Dies ist aufgrund der Tatsache, dass die Befragten alle in einer Wahl dazu legitimiert wurden, nachvollziehbar. Es wäre ohne Zweifel spannend im Rahmen einer weiteren Untersuchung festzustellen, wie es bei den BürgerInnen allgemein um das gemeindepolitische Interesse bzw. die Motivation zu einem solchen Engagement steht.

Die vorliegende Umfrage gibt eher ein Spiegelbild, wie bestehendes Engagement unterstützt werden, nicht aber a priori wie neues Engagement von BürgerInnen gewonnen werden kann. Die aus der Umfrage gewonnenen Erkenntnisse können jedoch wohl in verschiedenen Hinsichten auch für die allgemeine Förderung von politischem Engagement genutzt werden.

- **Politisches Engagement grundsätzlich erleichtern**
Es gilt ohne Zweifel politisches Engagement zu erleichtern. Vor allem auch für jene Akteure, die direkt in der Verantwortung stehen (Bürgermeister – Schöffen) sowie für Personen, denen ein Engagement aus privaten Gründen schwerer fällt. Da z.B. vor allem Frauen familiäre und zeitliche Probleme anführen, müsste hier nach Lösungen gesucht werden, damit ein Gemeinderat

noch einen Querschnitt aus den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten darstellen kann.

- **Oppositionsarbeit erleichtern**
Auch wenn es wohl verständlich erscheint, dass die Oppositionspolitiker weniger Zufriedenheit aus ihrem Engagement ziehen – da sie wohl weniger konkret und direkt umsetzen können – ist der recht hohe Unterschied in der Zufriedenheit doch bedenklich. Hier gälte es darüber nachzudenken, wie das Engagement in einer Opposition konstruktiver gestaltet werden könnte und eine bessere Einbindung erfolgen kann. Die Rechte der Mitglieder der Gemeinderäte im Allgemeinen und jene in der Opposition sollten überdacht werden.
- **Arbeit in der Majorität machbar gestalten**
Es ist ein Fakt, dass die Akteure in der Majorität Probleme sehen, die Arbeiten überhaupt zu gewährleisten (zeitliche Aspekte usw.). Diesem Problemfeld gilt es sich endlich offensiv zu stellen.
- **Rechte der Gemeinderäte gegenüber Schöffenrat überdenken**
Generell kann festgestellt werden, dass es sinnvoll wäre, die Kompetenzen des Gemeinderates gegenüber dem Schöffenrat (ob Gemeinderäte in der Majorität oder der Opposition) zu überdenken. Es werden seitens der "einfachen" Gemeinderäte Probleme beim derzeitigen Funktionieren geäußert.
- **Rahmenbedingungen für Gemeinde- und Regionalpolitik verändern**
Es besteht ein sehr breiter Konsens – in Regionen, Major- und Proporzge-

meinden sowie bei Mitgliedern in der Majorität und Opposition – über die Notwendigkeit von Maßnahmen, um die Arbeit der Gemeinden generell zu verbessern. Ein deutlicher Handlungsauftrag an den Staat, um die Rahmenbedingungen für Gemeinde- und Regionalpolitik zu ändern. Absolut prioritär erscheinen aufgrund der Antworten Maßnahmen in Bezug auf

- eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden
- die Regelung der Kompetenzen und Rechte von Gemeinden
- die Förderung einer regionalen Zusammenarbeit.
- **Angebot an Aus- und Weiterbildung verstärken – Freistellung erhöhen**
Eine verstärkte Aus- und Weiterbildung scheint angesichts der Komplexität der politischen Arbeit und zur Gewährleistung des politischen Engagements unumgänglich. In wiefern die im Koalitionsvertrag festgehaltene Erhöhung der finanziellen Entschädigungen eine prioritäre Maßnahme darstellt ist aufgrund der Umfrageergebnisse fraglich. Diese deuten eher auf die Notwendigkeit einer größeren zeitlichen Freistellung für Gemeinderatsmitglieder und vor allem für den Schöffenrat hin.
Es erscheint des Weiteren unerlässlich, regionalen Spezifitäten Rechnung zu tragen, wie z.B. den unterschiedlichen inhaltlichen Herausforderungen und dem daraus entstehenden Informationsbedarf.
- **Gesellschaftlich repräsentative Gemeinderäte gewährleisten**
Um eine gesellschaftliche Repräsentation im Gemeinderat zu gewährleisten, drängt sich ein Mix an Maßnahmen auf, die z.T. schon angesprochen wurden: erweitertes Angebot an Aus- und Weiterbildung, erhöhte Freistellung, finanzielle Entschädigung in Zusammenhang mit der Berufssituation...
- **Arbeitsweise des Innenministeriums grundsätzlich überdenken**
Das Innenministerium muss seine Zusammenarbeit mit den Gemeinden ohne Zweifel grundlegend reformieren. Dies, sowohl was die Informationspolitik, die Vermittlung neuer Konzepte und Ideen als auch was die Bearbeitung von Gemeindedossiers anbelangt.



2. Bereitschaft zum Engagement

aller BürgerInnen nutzen und Rahmenbedingungen verbessern

Im Rahmen der Umfrage bei Mitgliedern von beratenden Gemeindekommissionen wurden – wie bei der Umfrage bei Gemeinderatsmitgliedern – ebenfalls 304 telefonische Gespräche geführt. Es wurden lediglich Mitglieder von beratenden Kommissionen aus den Bereichen Umwelt, Transport und Bauten befragt, weil diese aus der Sicht einer Umweltgewerkschaft besonders wichtige Akteure darstellen.

29% der befragten Mitglieder von beratenden Kommission gehören der Gemeinderatsmehrheit an, 17% der Opposition, 45% sind als Privatpersonen in der Kommission, 6% als Vertreter einer Organisation.

93% der Gefragten waren nicht Mitglied im Gemeinderat, nur 7% waren gleichzeitig Gemeinderatsmitglied (es wurde bewusst entschieden, vor allem Mitglieder von beratenden Kommissionen zu befragen, die nicht gleichzeitig Mitglied im Gemeinderat sind).

Befragt wurden 259 Männer, 45 Frauen. Dabei gaben 59 Personen an, in der Kommission eine Verantwortung zu tragen (Präsident, Sekretär...), 245 nicht.

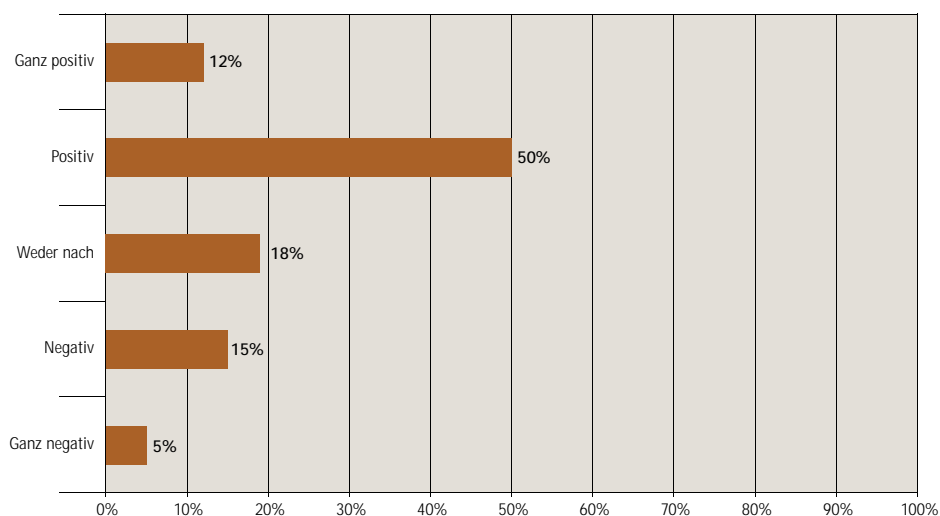
Die Bilanz der geleisteten Arbeit

Die Bilanz der Mitglieder der beratenden Kommissionen über ihre Arbeit ist gemischt, wobei jedoch bemerkenswert ist, wie positiv die Arbeit grundsätzlich gewertet wird (siehe Graphik 8).

12% sehen sie sehr positiv, 50% positiv. 18% sind unentschieden (weder noch) und 20% ziehen eine negative Bilanz (15% negativ, 5% sehr negativ). Auffallend ist, dass diese Bilanz in groben Zügen unabhängig davon ist, ob man ein Mitglied mit oder ohne Verantwortung in der Kommission ist, auch die regionalen Unterschiede sind nicht relevant.

Die Kommissionsmitglieder bestätigen die Korrelation, die auch bei den Gemeinderäten feststellbar war, dass je positiver die Bilanz der geleisteten Arbeit ist, auch die Bereitschaft steigt sich noch einmal zu engagieren. Die BürgerInnen, die sicher sind noch einmal in einer beratenden Kommission mitarbeiten zu wollen, werten die Bilanz der geleisteten Kommissionsarbeit zu 79% als positiv; diejenigen die wahrscheinlich wieder dabei sein wollen zu 49% als positiv; die unsicheren (*nee, wuel kaum nach eng Keier*) zu 44% als positiv, und die entschieden nicht mehr dabei zu sein (*secher net mei*) nur noch zu 25% als positiv.

Wéi e Bilanz zitt Dir vun Ärer Aarbecht an de Kommissiounen?



Graphik 8

Die Motive für die Bilanz

Die Motive für die eigene Einschätzung sind in der Reihenfolge: eine gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinde- und Schöffenrat (19%), gute Arbeit (18%), die Möglichkeit des Engagements – der Mitsprachemöglichkeit – etwas Bewirken können (18%), "Alibifunktion, nicht oft genug gehört" (9%), Frust – Enttäuschung – fehlende Anerkennung (8%)...

Wie sehen nun die Motive aus, je nachdem ob eine Person eine positive oder aber negative Bilanz gezogen hat?

- Die Kommissionsmitglieder, die eine positive Bilanz ziehen, nennen vor allem folgende Gründe: 31% die gute Zusammenarbeit mit Schöffenrat und Gemeinderat, 30% die gute Arbeit / viel geleistet und 29% die Möglichkeit des Engagements und der Mitsprache. An vierter Stelle kommt dann mit 12% die Möglichkeit konkrete Veranstaltungen zu organisieren sowie an fünfter Stelle zu 9% die Tatsache, dass Anregungen immer angenommen wurden.
- Die Kommissionsmitglieder, die weder eine positive noch eine negative Bilanz ziehen, nennen folgende Gründe: Frust – Enttäuschung – keine Anerkennung zu 25%, Alibifunktion – nicht oft genug gehört zu werden zu 20%, keine Zusammenarbeit – Projekte nicht realisiert zu haben zu 20%, wenige Versammlungen und Engagement zu 16%, Meinung nicht ernst genommen – keine Unterstützung zu 13%.

- Die negative Bilanz resultiert zu 26% aus der Überzeugung, dass die Kommission lediglich eine Alibifunktion habe, zu 16% dass keine gute Zusammenarbeit bestand und Projekte nicht realisiert wurden, zu 13% dass Projekte nicht angenommen wurden und der Schöffenrat entschied, zu jeweils 11% aus Frust – Enttäuschung bzw. weil es an Engagement und Versammlungen mangelte. Für 10% ist ausschlaggebend, dass Meinungen nicht immer ernst genommen werden.

Das Prinzip der beratenden Kommissionen z.T. in Frage gestellt

Befremdend ist, dass nur 54% der Kommissionsmitglieder der Meinung sind, das Modell der beratenden Kommissionen sei zeitgemäß, 40% – ein sehr hoher Prozentsatz – teilen diese Meinung nicht. Je negativer die Bilanz der geleisteten Arbeit ausfällt, desto stärker wird auch das Modell der beratenden Kommissionen in Frage gestellt.

Eine hohe Bereitschaft sich weiter zu engagieren

Die Bereitschaft sich weiter zu engagieren ist recht hoch, mit 77% Ja-, gegenüber 17% Nein-Aussagen der befragten Kommissionsmitglieder. Bei dieser Fragestellung wurden keine relevanten regionalen Unterschiede festgestellt.

Die Motive jener, die sich nicht mehr engagieren möchten

Welche Motive haben Personen, die nicht mehr in einer Kommission mitarbeiten möchten? (siehe Graphik 9)

Die Resultate zeigen folgende Reihenfolge: dass nicht genug erreicht werden konnte (45%), die Arbeit nicht genug geschätzt würde (33%) sowie Altersgründe bei 26%, zeitliche Gründe zu 7%.

Bei den Antworten zu dieser Frage konnten sehr große Unterschiede zwischen den verschiedenen Kategorien von Mitgliedern bzw. den Regionen festgestellt werden:

- Es gibt signifikant unterschiedliche Einschätzungen, je nachdem ob man Mitglied "mit" oder "ohne" Verantwortung ist. Mitglieder mit Verantwortung geben zu 33% an, man habe nicht genug erreicht, Mitglieder ohne Verantwortung zu 47%.
- Die Unterschiede werden noch relevanter zwischen Gemeinderatsmitgliedern und Kommissionsmitgliedern, die nicht im Gemeinderat sind. Nicht-Gemeinderatsmitglieder geben zu 47% an, man habe nicht genug erreicht, Gemeinderatsmitglieder nennen diesen Grund überhaupt nicht: 0%!
- Für die Mitglieder der Gemeinderäte stellt sich vor allem das Zeitproblem: 33% (gegenüber 6% der Nicht-Gemeinderäte).
- Relevant sind auch die Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Frauen geben weitaus stärker an, die Arbeit würde nicht genug geschätzt und sie wäre undankbar (67%), Männer tun dies nur zu 28%. Ebenso finden Frauen zu 56% man habe nicht genug erreicht, Männer nur zu 43%.
- Doch auch die regionalen Unterschiede sind interessant: vor allem in der Region Norden finden die Mitglieder, man habe nicht genug erreicht (63%), im Osten dominiert das Gefühl, die Arbeit würde nicht genug geschätzt (60%), im Süden dominieren die Altersgründe (35%) und im Zentrum findet man ebenfalls, man habe nicht genug erreicht (50%).

Verbesserungsmöglichkeiten der Arbeiten der beratenden Kommissionen

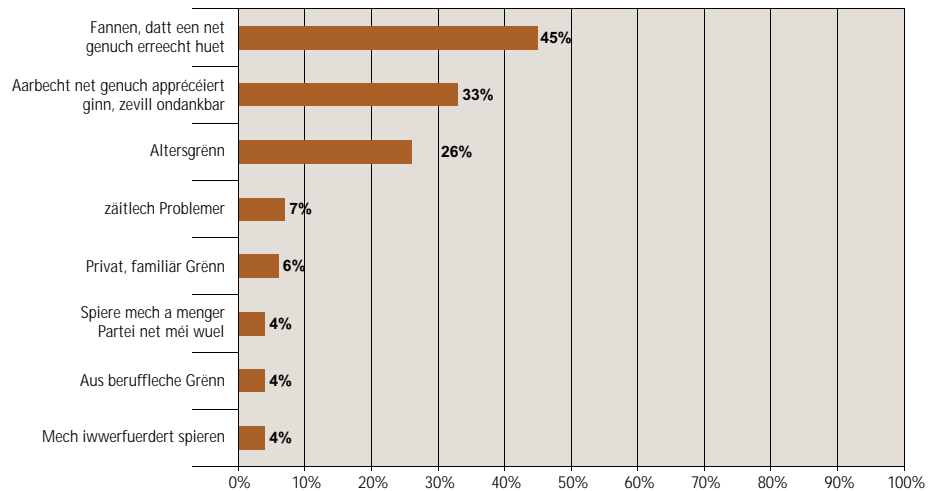
Stellt sich die grundsätzliche Frage, wie die Arbeit der beratenden Kommissionen verbessert werden kann (siehe Graphik 10).

Die Graphik zeigt, wie die Kommissionsmitglieder die verschiedenen Verbesserungsmöglichkeiten werten, je nachdem ob sie eine positive Bilanz bzw. eine negative Bilanz der Kommissionsarbeit gezogen haben.

Nachfolgend die vorgeschlagenen Maßnahmen in der Reihenfolge ihrer Nennung durch die befragten Mitglieder:

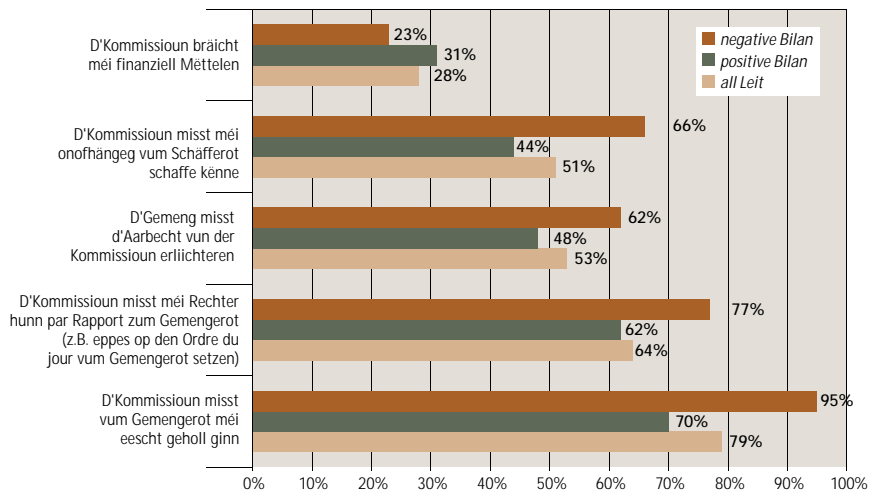
- Gemeinderat soll Kommissionen ernster nehmen
79% geben an, die Arbeit der beratenden Kommissionen müsse vom Gemeinderat ernster genommen werden (wobei auffällt, dass diese Aussage von nur 66% der befragten Mitglieder in der Region Süden gemacht wird). 95% der Personen, die die Bilanz der Kommissionen als negativ sehen, werten diese Maßnahme als zentral!
- Mehr Rechte gegenüber dem Gemeinderat
Als zweitwichtigste Maßnahme wird gesehen, dass die beratenden Kommissionen mit mehr Rechten gegenüber dem Gemeinderat versehen werden müsste (64% wichtig, 33% unwichtig).
- Arbeiten der Kommissionen erleichtern
Als drittwichtigste Maßnahme nennen 53% der befragten Personen die Forderung, die Gemeinde müsste die Arbeiten der Kommissionen erleichtern (Hilfestellung u.a.m.). Dies wird recht gleichgewichtig von allen Mitgliedern gesehen, unabhängig von der Art der Bilanz, die sie aus der Arbeit der Kommissionen gezogen haben.
- Unabhängigkeit gegenüber Schöffenrat erhöhen
51% werten es als wichtig, dass die Kommissionen unabhängiger vom Schöffenrat arbeiten können (45% unwichtig). Bei denjenigen, die die Arbeit der Kommissionen positiv werten, ist das Verhältnis in etwa das Gegenteil.
- Erhöhung der finanziellen Mittel
Nur 28% der Befragten erachten die Erhöhung der finanziellen Mittel als wesentliche Maßnahme.

Firwat géift Dir net méi welle matmaachen an enger Kommissioun déi nächste Kéier no de Walen?



Graphik 9

Wat misst Ärer Meenung no gescheien, fir d'Aarbecht vun de Kommissiounen ze verbessern?



Graphik 10

Schlussfolgerung

Es besteht nach wie vor eine sehr hohe Bereitschaft, sich in den Kommissionen zu engagieren. Allerdings müssten eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, um die Arbeit zu erleichtern bzw. ein wirkliches Mitwirken einer breiten Bevölkerungsgruppe zu gewährleisten:

- Als Erfolgsfaktor für das Engagement gilt vor allem, wenn so manches realisiert werden konnte. Entsprechend sollte eine besondere Sorge getragen werden, damit die Projekte der Kommissionen tatsächlich Gehör finden.
- Ein problematischer Faktor ist vor allem auch, wenn der Eindruck entsteht, die Arbeit würde nicht ernst genommen – dies vor allem von Personen, die nicht Vertreter der Majoritätsparteien sind. Hier müsste in einem Schöffenrat

ein klares Bekenntnis zum Stellenwert und zur Funktion der Kommissionen erfolgen und dies in aller Offenheit mit den Mitgliedern der Kommissionen geklärt werden. Die Rechte der Kommissionen gegenüber den Gemeinde- und Schöffenräten sollten deutlich geklärt und respektiert werden.

- Generell gilt es Wege zu finden, die Arbeiten der Kommission im erforderlichen Maß wertzuschätzen.
- Des Weiteren gilt es die Arbeiten der Kommission zu erleichtern, z.B. durch eine Sekretariatshilfestellung usw.

Da das Modell der Kommissionen z.T. als übernommen angesehen wird und mittlerweile neue Formen der Bürgerbeteiligung bekannt sind, gilt es zusätzliche Wege der Einbindung der BürgerInnen zu gewährleisten, z.B. über Workshops, offene Diskussionsformen...



3. Die gemeindepolitischen Herausforderungen

– die inhaltlichen Prioritäten

3.1. Wéi eng Themen sinn an der Gemeng besonnesch wichteg?

Von besonderem Interesse im Vorfeld der Gemeindewahlen ist natürlich die Frage, welche Themen auf gemeinde- bzw. regionalpolitischer Ebene als besonders wichtig erachtet werden. Dazu wurden sowohl die Mitglieder der Gemeinderäte als auch der beratenden Kommission befragt. Im folgenden sind die Themen in der Reihenfolge der Prioritäten aus der Sicht der Gemeinderäte dargelegt, wobei aber gleichzeitig angeführt wird, wie wichtig die Kommissionsmitglieder die Themen sehen (siehe auf Graphiken 11a sowie 11b).

Priorität: die Entwicklung der Gemeinde

Als wichtigstes und vorrangiges Thema wird die Frage gesehen, wie sich die Gemeinde in Zukunft entwickelt bzw. entwickeln soll: 97% sowohl der Gemeinderäte als der Mitglieder der beratenden Kommissionen erachten diese Frage als ganz wichtig bzw. als wichtig. Allerdings findet sich ein Unterschied in der Gewichtung: Gemeinderäte geben dem Thema einen noch höheren Stellenwert (68% "ganz wichtig" gegenüber 55% "ganz wichtig" bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen).

Wobei bei den Gemeinderäten der Region Zentrum die Klärung dieser Fragestellung am dringendsten erscheint: 79% "sehr wichtig" – Nennungen, während in der Region Norden diese Nennungen mit 61% am geringsten aller Regionen ist. Diese unterschiedliche regionale Gewichtung ist aber bei Mitgliedern der beratenden Kommissionen nicht erkennbar: im Gegenteil, hier sehen vor allem Kommissionsmitglieder aus Nordgemeinden den höchsten Handlungsbedarf – 60% "sehr wichtig" gegenüber 53% im Süden, 58% Zentrum und 48% Osten.

Zwischen Proporz- und Majorzgemeinden besteht ein Unterschied: das Thema liegt den Proporzgemeinden stärker am Herzen (80% gegenüber 66% "sehr wichtig" – Nennungen bei den Gemeinderäten).

Regionale Zusammenarbeit

Es ist bemerkenswert, dass die regionale Zusammenarbeit von den Gemeinderäten als zweitwichtigstes Thema – nach der Entwicklungsfrage ihrer eigenen Gemeinde – angesehen wird: dies mit 91% aller befragten Gemeinderäte, wobei es kaum Unterschiede zwischen Regionen, Altersgruppen usw. gibt.

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen hat das Thema zwar immer noch einen hohen Stellenwert, aber einen geringeren als bei den Gemeinderatsmitgliedern. Es fungiert erst an fünfter Stelle mit 84% der "wichtig" – Nennungen. Hier gibt es einen erstaunlichen Unterschied zwischen den Regionen: im Süden wird das Thema der regionalen Zusammenarbeit am wenigsten hoch bewertet (26% "sehr wichtig" – Nennungen gegenüber 35% im Durchschnitt bzw. 44% im Norden, 40% im Osten und 32% im Zentrum).

Verkehrsberuhigung

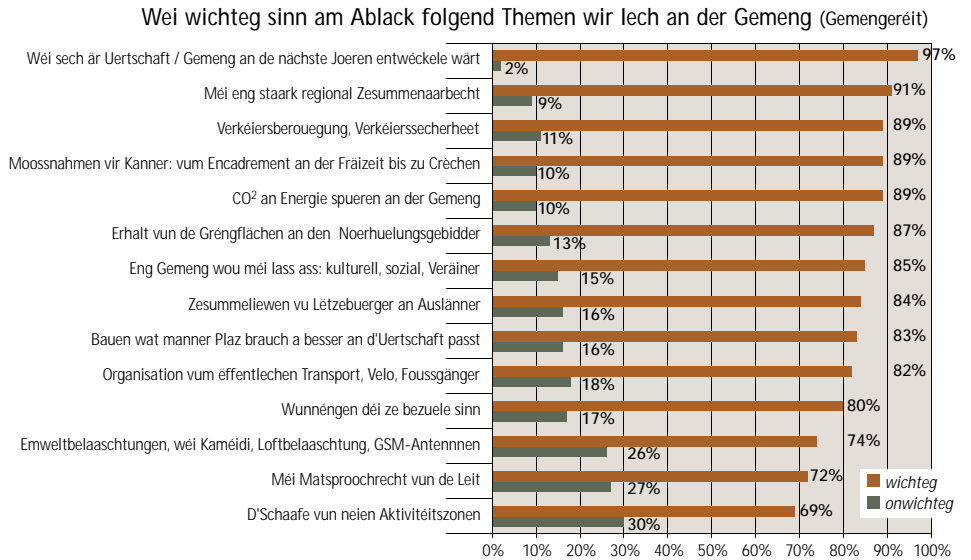
Als dritter Punkt fungiert sowohl bei den Gemeinderäten als auch den Kommissionsmitgliedern die Verkehrsberuhigung (89% bzw. 88% wichtig). Hier besteht bei den Gemeinderatsmitgliedern – jedoch nicht bei den Kommissionsmitgliedern – ein relevanter Unterschied zwischen Männern und Frauen (Frauen sehen das Thema zu 74% als sehr wichtig an, gegenüber 58% der Männer).

In Proporzgemeinden sehen die Gemeinderäte das Thema als weitaus relevanter an (78% sehr wichtig) als in Majorzgemeinden (56%). Das Thema wird ebenfalls im Norden als weniger relevant erachtet (48%) gegenüber 68% bzw. 69% in den anderen Regionen des Landes.

Bei den Kommissionsmitgliedern gibt es diesen Unterschied zwischen Majorz und Proporz nicht, allerdings ergibt sich ein anderer Unterschied zwischen den Regionen: dem Osten ist das Thema am wenigsten wichtig (42% sehr wichtig), dem Norden etwas stärker (49%), 54% im Süden sowie 56% im Zentrum.

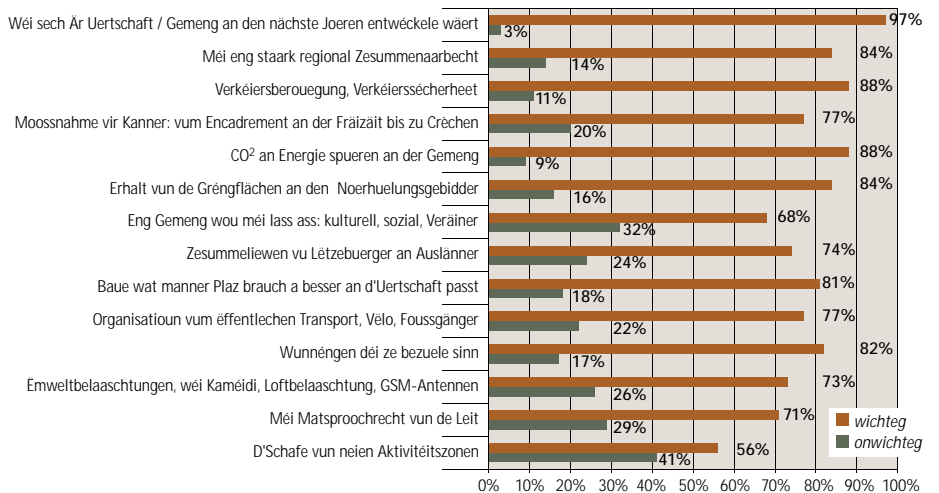
Maßnahmen für Kinder

Bei den Gemeinderäten werden als viertwichtigster Punkt Maßnahmen für Kinder genannt (89% wichtig, wobei 53% sehr wichtig). Es gibt in diesem Punkt zwar Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die aber nicht wirklich relevant sind (88% wichtig bzw. 96%). Das Thema wird im Süden als weit



Graphik 11a

Wei wichtig sinn am Ablack folgend Themen fir lech an der Gemeng (Memberen Kommissionen)



Graphik 11b

wichtiger angesehen (65% sehr wichtig) als im Norden (48%). Im Osten erachten 51% der Befragten das Thema als sehr wichtig, im Zentrum 53%.

Maßnahmen für Kinder kommen bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen erst an achter Stelle. Allerdings erachten es immer noch 77% als wichtig, wobei bedacht werden muss, dass nur die Mitglieder spezifischer Kommissionen befragt wurden. Allerdings fällt hier auf, dass der Unterschied zwischen Männern und Frauen weitaus relevanter ist: 75% wichtig bei Männern (35% sehr wichtig) gegenüber 87% bei Frauen (58% sehr wichtig).

Klimaschutz: Einsparen von CO²

An nächster Stelle folgt bei den Gemeinderäten das Einsparen von CO²-Emissionen (89%). Dies ist sehr bemerkenswert, umso mehr als das Innenministerium die Gemeinden weniger in dieser Rolle sieht und sie in diesem Bereich eher blockiert denn unterstützt.

Mitglieder der beratenden Kommissionen setzen dieses Thema sogar an die dritt wichtigste Stelle der Rangfolge. Es fällt auf, dass häufig Umweltthemen von den jüngeren Befragten weniger Berücksichtigung finden, allerdings bei dieser Fragestellung das Bewusstsein bei den jüngeren Gemeinderatsmitgliedern am höchsten ist.

Erhalt der Grünflächen und Naherholungsgebiete

87% der Gemeinderäte sehen den Erhalt der Grünflächen und Naherholungsgebiete als wichtig an; 84% sind es bei den Kommissionsmitgliedern, bei denen das Thema an vierter Stelle rangiert. Einige interessante Aspekte werden dabei ersichtlich: bei den Befragten der Region Norden sind die Nennungen am geringsten (30% "sehr wichtig"), im Zentrum am höchsten (69% "sehr wichtig"). Generell werten die Räte in den Proporzgemeinden das Thema höher (67% "sehr wichtig") gegenüber 44% bei Majorzgemeinden. Bemerkenswert ist, dass die Notwendigkeit für diese Maßnahme bei den Bürgermeister am geringsten ist (34% "sehr wichtig") und bei den Gemeinderäten in der Opposition am höchsten (53%).

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen rangiert das Thema an vierter Stelle (84% wichtig), bei diesen Personen gibt es keine derart relevanten Unterschiede z.B. zwischen den verschiedenen Regionen als bei den Gemeinderäten.

Kulturelles und soziales Leben

Als nächstes wichtiges Thema wird *"Eng Gemeng wou mei lass ass, kulturell, sozial, Veräiner..."* von den Mitgliedern im Gemeinderat genannt (85% wichtig).

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen fungiert das Thema an vorletzter Stelle auf Platz 13 (68% wichtig).

Zusammenleben mit Ausländern

Das Zusammenleben mit Ausländern ist für 84% der Gemeinderäte von Relevanz, 74% der Mitglieder der beratenden Kommissionen sehen es als wichtig an.

Flächensparendes Bauen sowie angepasste Bauformen

Bauformen, die flächensparender sind und sich in die Ortschaft integrieren sind für 83% der Gemeinderäte von besonderer Bedeutung. Hierbei fällt natürlich auf, dass die Jüngeren mehr Interesse am Thema haben als Personen über 65 Jahren (60% sehr wichtig gegenüber 33% sehr wichtig). Bürgermeister sehen das Thema als wichtiger an als Oppositionsgemeinderäte (51% sehr wichtig gegenüber 38%).

Bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen fungiert das Thema an siebter Stelle. Hier erachten es 81% als wichtig.

Organisation des öffentlichen Transportes

Die Organisation des öffentlichen Transportes, von Fahrrad und Fußgängern ist für 82% der Gemeinderatsmitglieder besonders wichtig, für 77% der Mitglieder der beratenden Kommissionen (Platz 9 bei diesen). Hierbei fallen bei den Gemeinderatsmitgliedern erhebliche regionale Unterschiede auf: während im Zentrum 62% und im Süden 59% das Thema als sehr wichtig erachten, tun dies "nur" 33% im Norden bzw. 37% im Osten. Unterschiede zwischen Majorz und Proporz sind nicht festzustellen.

Diese starke Diskrepanz gibt es in der Form nicht bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen.

Bezahlbarer Wohnraum

Als nächstes wichtiges Thema werden bei den Gemeinderäten "Wohnungen die zu bezahlen sind" genannt (80% wichtig) – für 82% der Mitglieder der beratenden Kommissionen ist dies ebenfalls wichtig (6. Platz). Bei den Gemeinderäten sind Unterschiede zwischen Regionen feststellbar: während 59% der Personen im Zentrum dieses Thema als sehr wichtig erachten, sind es deren "nur" 39% im Norden. Die Differenz gibt es auch, wenn auch weniger ausgeprägt, bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen, wobei hier der Osten abfällt (35% sehr wichtig).

Auch besteht ein Unterschied zwischen Majorz und Proporzgemeinden: 78% der Majorzgemeinden sehen das grundsätzlich als wichtig an, gegenüber 91% der Proporzgemeinden (84% - 73% bei den beratenden Kommissionen).

Umweltbelastungen

Umweltbelastungen wie Lärm, Luftbelastung, GSM-Antennen werden von 74% der Gemeinderäte und 73% der Mitglieder der Kommissionen als grundsätzlich wichtiges Thema gesehen, wobei das Thema innerhalb der Majorität an Interesse verliert und von den Bürgermeistern am wenigsten benannt wird.

Mehr Mitspracherechte der Bürger

Im Ranking recht hinten fungiert sowohl bei den Gemeinderäten als auch bei den Kommissionsmitgliedern (13te Stelle bzw. 12te bei den Kommissionsmitgliedern) das Mitspracherecht der Bürger. 72% der Gemeinderäte erachten es als wichtig, 71% der Kommissionsmitglieder.

Schaffen neuer Aktivitätszonen

An letzter Stelle fungiert bei beiden Akteuren das Schaffen neuer Aktivitätszonen. 69% wichtig bei den Gemeinderäten – 56% bei den Mitgliedern der beratenden Kommissionen.

3.2. "Wann Dir Buergermeschter wäert an Ärer Gemeng, wéi eng 3 Saachen géift Dir virun allem maachen?"

Befragt, welche Priorität die Gemeinderäte als erste umsetzen wollen, falls sie gewählt werden, ergibt sich folgendes Ranking:

Kinderbetreuung / Auffangstrukturen (15%)
Schulinfrastrukturen verbessern (12%),
Wohnungsraum schaffen / sozialer Wohnungsbau (9%),
Lebensqualität (6%),
Mitbestimmung (5%).

(Vor allem im Süden des Landes wird der Wunsch nach Kinderbetreuung / Auffangstrukturen besonders häufig geäußert (31% gegenüber 15% im Landesdurchschnitt).

Untersucht man, welche Prioritäten sich herauschälen, wenn die 3 meistgenannten Maßnahmen zusammengezählt werden, so ergibt sich folgendes Bild der am häufigsten genannten Themen bei den Gemeinderäten (siehe auch Graphik 12 a).

Kinderbetreuung / Auffangstrukturen 24%
Verbesserung der Schulinfrastrukturen 21%
Lebensqualität 19%
(sozialer) Wohnungsbau 18%
Umweltmaßnahmen 13%
Verkehrssituation verbessern 13%
Dorf- und Stadtentwicklungsplanung 12%
PAG 12%
Regionale Zusammenarbeit 11%
Infrastrukturen 11%.

Die befragten Mitglieder der beratenden Kommissionen setzen im Vergleich zu den Mitgliedern der Gemeinderäte andere Prioritäten. (siehe Graphik 12b)

19% geben als erste ihrer Prioritäten die Bauten- und Wohnungsbaupolitik an, gefolgt von der Verkehrsberuhigung (16%), der Umweltpolitik 8%, der Lebensqualität und dem Zusammenleben 7% und den Kontakt mit den Bürgern verbessern 7%. Das Schulsystem kommt mit 6% an nächster Stelle.

Betrachtet man erneut die Prioritäten, wenn die 3 meistgenannten Maßnahmen zusammengezählt werden (Priorität 1+2 +3 zusammengezählt), so ergibt sich folgendes Bild: Bauten- und Wohnungsbaupolitik 37%, Umweltpolitik 31%, Verkehrsberuhigung 30%, Schulsystem verbessern 21%.

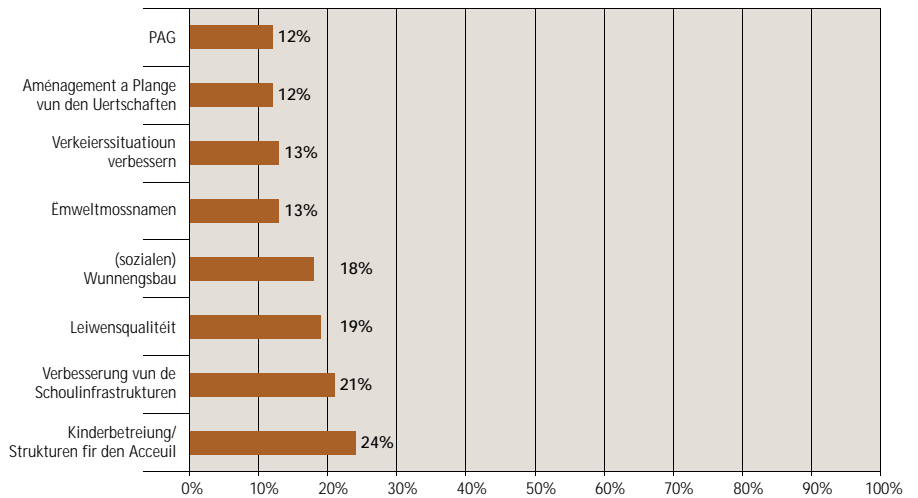
Schlussfolgerungen

Es schälen sich deutliche inhaltliche Prioritäten heraus, die bereits dargelegt wurden und an dieser Stelle nicht noch einmal zusammengefasst werden sollen. Wobei diese vor allem auf der Ebene der allgemeinen Entwicklung liegen, der regionalen Zusammenarbeit, der Transportpolitik, den Maßnahmen im Interesse von Kindern.

Es gilt hierbei zu erkennen, dass es unterschiedliche Prioritäten zwischen Frauen und Männern, Personen mit oder ohne Verantwortung und je nach Region bzw. je nach Majorz- oder Proporzgemeinden gibt. Auch die verschiedenen Alterskategorien äussern unterschiedliche Prioritäten. Insofern muss eine Gemeindepolitik, die den diversen Interessen Rechnung trägt, sehr breit gefasst sein.

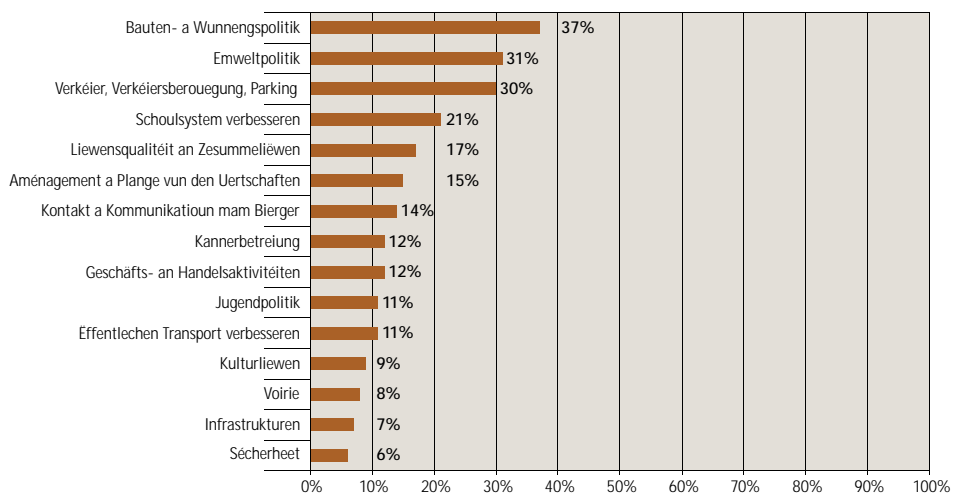
Spannend ist, dass sich das Bewusstsein für die Probleme schärft, falls man in der Verantwortung steht. Dies ist eines der wichtigsten Argumente das für die Bürgerbeteiligung spricht, aber häufig vergessen wird. Je stärker engagiert man ist, desto häufiger erhält man scheinbar – auf Gemeindeebene - auch einen Einblick in wichtige Problemfelder.

Wann Dir Buergermeschter wäert an Ärer Gemeng, wei eng 3 Saachen géift Dir virun allem maachen? (Gemengeréit)



Graphik 12a

Wann Dir Buergermeschter wäert an Ärer Gemeng, wei eng 3 Saachen géift Dir virun allem maachen? (Kommissiounsmemberen)



Graphik 12b



4. Die Prioritäten

der regionalen Zusammenarbeit

Bei den Themen, in denen die regionale Zusammenarbeit besonders wichtig erachtet wird, ergibt sich folgende Hierarchie (die Liste wird nach den Prioritäten der Gemeinderatsmitglieder dargelegt, beinhaltet aber ebenfalls die Stellungnahme der Kommissionsmitglieder) (siehe Graphiken 14a und 14b).

- **Öffentlicher Transport / Fahrrad / Fußgänger**
Das Thema öffentlicher Transport / Fahrrad / Fußgänger steht bei allen Akteuren an erster Stelle (91% wichtig bei den Gemeinderäten – 88% bei den Kommissionsmitgliedern). Das Thema wird von den Gemeinderäten der Proporzgemeinden mit 70% sehr wichtig, als relevanter angesehen, als in den Majorzgemeinden: 51% sehr wichtig.
- **Planung neuer Aktivitätszonen**
An zweiter Stelle kommt bei den Gemeinderäten die Planung der Aktivitätszonen (89% wichtig), bei den Kommissionsmitgliedern wird dies weniger relevant gesehen (79%, 6. Stelle). Besonders bemerkenswerte regionale Unterschiede gibt es nicht. Hier ist besonders spannend, dass die Planung der Aktivitätszonen als kommunales Thema als weitaus weniger wichtig gewichtet wurde... ein deutlicher Auftrag auch an den Staat, hier regionale Akzente zu setzen.
- **Verkehrsberuhigung und -sicherheit**
An dritter Stelle fungiert bei den Gemeinderäten die Verkehrsberuhigung / Verkehrssicherheit (88% wichtig), bei den Kommissionsmitgliedern an zweiter Stelle (85%). Hier fällt auf, dass das Thema bei den Befragten in der Region Norden als weniger wichtig angesehen wird (46% sehr wichtig) und im Zentrum am meisten wichtig (69%). Das Thema wird ebenfalls von den Gemeinderäten in Majorzgemeinden als weniger relevant angesehen (52% sehr wichtig), als in Proporzgemeinden (67% sehr wichtig). Bei den Kommissionsmitgliedern besteht ein Unterschied zwischen Majorz und Proporz (53% sehr wichtig gegenüber 32%). Regionale Unterschiede gibt es in bemerkenswerter Weise nicht.
- **Sports- und Kulturinfrastrukturen**
Danach ergibt sich folgende Reihenfolge: Sports- und Kulturinfrastrukturen (87%) bei Gemeinderäten – 81% bei Kommissionsmitgliedern.
- **Grünflächen und Naherholungsgebiete**
Grünflächen und Naherholungsgebiete folgen an nächster Stelle bei den Gemeinderatsmitgliedern (84% wichtig), wobei auffällt, dass vor allem den Jüngeren dieses Thema sehr

wichtig ist, 80% ganz wichtig gegenüber 39% im Durchschnitt), und auch die Proporzgemeinden stärker interessiert sind (52% sehr wichtig gegenüber 36% bei Majorzgemeinden). Bei den Kommissionsmitgliedern rangiert das Thema auf Rang 5 mit 81%. Unterschiede zwischen den verschiedenen Gemeinden, wie sie bei den Gemeinderatsmitgliedern erkennbar sind, gibt es hier nicht.

- Straßenbau

Der Straßenbau folgt mit 83% als nächstes, bei den Kommissionsmitgliedern erachten ihn 80% als wichtig. Hier fällt auf, dass die Kommissionsmitglieder aus dem Osten das Thema weitaus weniger interessiert (22% sehr wichtig gegenüber 39% im Durchschnitt sowie 50% im Zentrum).

- Auffangstrukturen für Kinder

Auffangstrukturen für Kinder sind für 81% der Gemeinderäte wichtig, für 72% der Mitglieder von beratenden Kommissionen.

- Zusammenleben von Luxemburgern und Ausländern

Das Zusammenleben von Luxemburgern und Ausländern sehen 78% der Gemeinderäte als wichtig an, 71% der Kommissionsmitglieder.

- Wohnungsbau

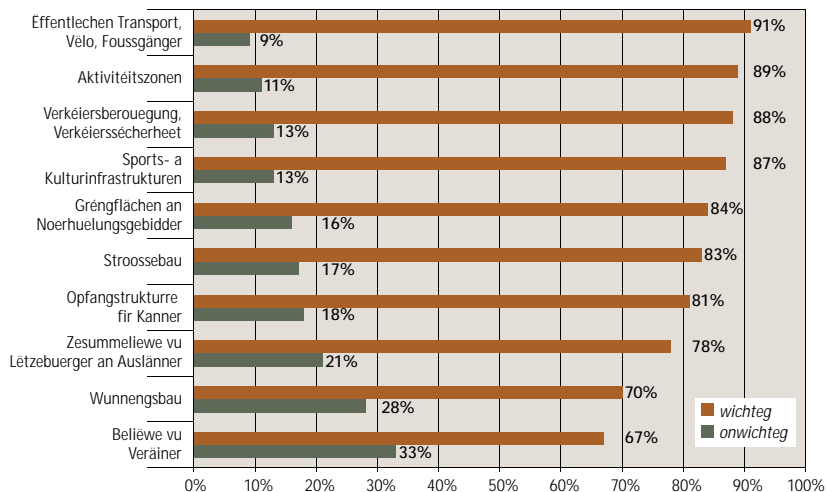
Wohnungsbau rangiert mit 70% wichtig bei den Gemeinderatsmitgliedern relativ hinten, ebenfalls bei den Kommissionsmitgliedern mit 65%. Wirklich relevante Unterschiede zwischen Regionen gibt es nicht bei den Kommissionsmitgliedern.

Spannend ist aber, dass gerade im Zentrum der Wohnungsbau seitens der Gemeinderäte als besonders wichtig angesehen wird (47% gegenüber 34% im Landesdurchschnitt sowie 29% im Norden als sehr wichtig). Entsprechend gibt es auch Unterschiede zwischen Majorz- und Proporzgemeinden: 31% sehr wichtig gegenüber 46%. Diese Diskrepanz gibt es bei den Kommissionsmitgliedern nicht.

- Beleben der Vereine

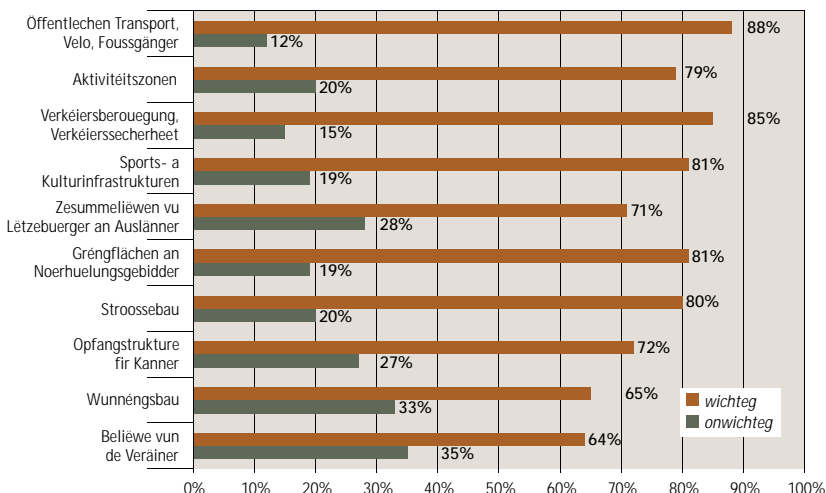
Das Beleben der Vereine fungiert jeweils an letzter Stelle. 67% sehr wichtig bzw. 64%.

Wei wichtig ass et an Ären Aen, datt a folgende Beräicher verstärkt an Ärer Region zsummegegeschafft gëtt (Gemengeréit)



Graphik 13a

Wei wichtig ass et an Ären Aen, datt a folgende Beräicher verstärkt an Ärer Region zsummegegeschafft gëtt (Kommissiounsmemberen)



Graphik 13b

Schlussfolgerung

An dieser Stelle seien die prioritären Themen der regionalen Zusammenarbeit nicht noch einmal resumiert. Fest steht aber, dass ein bemerkenswerter Konsens besteht, dass sich eine verstärkte regionale Zusammenarbeit aufdrängt. Es gilt die Voraussetzungen hierzu auf den unterschiedlichen Ebenen (Gesetze, Finanzinstrumente, Strukturen u.a.m.) umgehend in die Wege zu leiten.

Wohlfühlen in den eigenen vier Wänden...



- Naturfarben
- Tapeten und Wandbeläge
- Naturdämmstoffe
- Parkett, Teppichböden
- Türen
- Innenausbau
- Maschinenverleih

Öffnungszeiten:

Dienstag - Freitag
9 - 12 14 - 18 Uhr
Samstag 9 - 12 14 - 17 Uhr
Montag geschlossen

98, rue de Bonnevoie L-1260 Luxembourg
Tel. 49 65 51 Fax 40 23 03 info@biotop.lu www.biotop.lu

OEKOTEC



ein Luxemburger Betrieb - Ihr Partner für:

- Solarstrom und Solarwärme • Regenwasser • Blockheizkraftwerke
- Windenergie • Wärmepumpen • Heizungsanlagen usw.

18 Jahren Erfahrung
und über 350 Photovoltaik
und Solarthermische Anlagen sprechen
für unser Know How. Zu unseren Service-
Leistungen gehört die Stellung sämtlicher
Anträge, sowie Hilfe bei der Finanzierung.
Gerne vermitteln oder mieten wir
Dachflächen zum Bau von Solaranlagen.
Auch können Ihre Anlagen
von uns fernüberwacht
werden.



e - mail : info@oekotec.lu • www.oekotec.lu
13, Parc d'Activité Syrdall • L - 5365 Munsbach
Tel : ++ 352 26 35 26 02 • Fax : ++ 352 26 35 26 04

**Komplette Energieberatung für
landwirtschaftliche Betriebe**

Stadtlandschaften der Südregion

Puzzle von ständig wechselnden Lebensräumen und Nutzungsmischungen

Stadtkern versus offene Landschaft

Der Begriff Stadtlandschaften an sich scheint eigentlich ein Unding zu sein, denn er birgt unserer gewohnten Betrachtungsweise entsprechend einen Widerspruch.

Auf der einen Seite können wir uns sehr gut die dichten, geordneten europäischen Städte vorstellen, wie sie sich seit dem 19. Jahrhundert im Nordwesten Europas entwickelt haben, mit ihren identitätsbildenden Stadtkernen, deren corporate identity sich immer mehr auf einige wenige mainstream touristische Attraktionen, öffentliche und kulturelle Verwaltungsgebäude, ob historisch oder modern, und der so beliebten Flanier- und Shoppingmeile reduziert.

Dem gegenüber steht die Idee der großen offenen europäischen Kulturlandschaften, im Idealfall im Laufe des industriellen Zeitalters zu etablierten Ausflug- und Erholungslandschaften für gestresste Städter mutiert.

Alternativer gestalterischer Umgang mit eigentlich zum Abriss vorgesehener Ruine der Stadtlandschaft: Restaurierte ehemalige Molkerei CELULA gleich an der Eisenbahnlinie nach Esch. In dem Gebäude sind Artisanal- und Dienstleistungsbetriebe, Loftwohnungen, eine Galerie, ein Restaurant und eine Bar untergebracht



Unerwartete Ästhetik in der Stadtlandschaft – erhaltenswert?

Die Realität der Südregion Luxemburgs: Functional New Urban Landscapes

Die Wirklichkeit der luxemburgischen Südregion, genau wie die von vielen anderen Ballungsräumen im Nordwesten Europas, ist jedoch eine andere: der Kontrast zwischen Innenstadt mit einer Überfülle an Ästhetik und der idealisierten ruralen Kulturlandschaft wird immer verschwommener und eine Transitzone hat sich dazwischen eingefunden.

Ein Patchwork (Flickenteppich), bestehend aus kleinteiligen Stadtgebieten, Gewerbe- und Industriezonen, isolierten Wohnsiedlungen, Autobahnauf- und abfahrten, Brachflächen, Deponien, stillgelegten Schlackenhalde, neu entstandenen Pionierwäldern, Bagger- und Kühlweihern, Flussauen, Schrebergärten, ehemaligen Tagebaugebieten, und, und, und ... ist in dieser Transitzone zwischen Stadt und Landschaft entstanden, gekennzeichnet von einerseits intensiv genutzten Bereichen und andererseits brachenähnlichen, wilden Zwischen- und Freiräumen. Dieser Flickenteppich stellt die "New Urban Landscapes" dar.

Dieser neue Raumtypus, behaftet mit negativen Konnotationen wie Zersiedlung, Terrainfraß, unmäßiger Landverbrauch, gleichermaßen vom Durchschnittsbürger und Städte(Raum)planer ungeliebt, ist jedoch in einem hohen Maße funktional, so dass sich hier ein Großteil des sozialen Umgangs der Bevölkerung abspielt.

Ansätze von programmatischen Leitlinien für den neuen Raum- typus Stadtlandschaft

Für diese neue Übergangszone, nennen wir sie ruhig Stadtlandschaft, werden im Gegensatz zum Stadtkern und den historischen Stadtvierteln (Beispiel Quartier Al Esch), wenig Budgetmittel für Gestaltung, Verschönerung und funktionale Renovation eingesetzt, sondern es wird viel mehr auf die Mechanismen des freien Marktes gesetzt, und Kommunen und Staat tun sich schwer in diesem Raum gestalterische Vorgaben zu machen.

In Zeiten von I.V.L. und Regionalplan Süd soll sich dies jedoch allmählich ändern und der Staat sowie die innerhalb des Syndikats PRO-SUD organisierten Südge-meinden wollen sich auch für diesen Übergangsbereich programmatische Leitlinien geben.

EU-Projekt S.A.U.L. (Sustainable and Accessible Urban Landscapes)

Genau hier ist der Ansatzpunkt eines Projektes im Rahmen des EU-Interreg-Programmes namens S.A.U.L. (Sustainable and Accessible Urban Landscapes), zu gleichen Teilen finanziert mit EU-Geldern und Budgetmitteln des Landesplanungsministeriums, ein Projekt mit dem man sich erhofft eine Bewusstseinsbildung sowie gestalterische Ansätze für die neu entstandene Stadtlandschaft zu schaffen,

diese sozial integrativer und nachhaltiger als bisher zu gestalten.

Erste Schritte zur Findung einer neuen Corporate Identity, einer neuen Identitätsfindung für eine Region, die durch den Wegfall des Erzabbaus und der Hochofenverhüttung schwer in den Köpfen der Einheimischen zu vollziehen ist. In der Tat halten diese zu einem Großteil noch an dem durch seinen Retro-Charakter gekennzeichneten Bildes des "Minnetedapps" fest.

Neue Corporate Identity – Identitätsfindung in der Südregion

Der Umbruch von einer einst durch Schwerindustrie geprägten Region hin zu einer von Artisanalbetrieben, Dienstleistungsgewerben und P.M.E. gezeichneten Stadtlandschaft, mit zum Glück noch ausgedehnten Grünflächen, Wäldern, sogar Naturschutzreserven (auf den ehemaligen Tagebaugebieten) und immer wieder neu entstehenden Brachflächen (gestalterische Herausforderung), bedingt durch den allmählichen Rückzug der Stahlindustrie (Beispiel Walzwerk der Ex-Arbed Dudelange) muss von den Bewohnern der Südregion erst nach und nach verdaut werden.

EU-Projekte wie S.A.U.L., die auch transnational in Partnerregionen wie dem

Überraschungsmoment in der Stadtlandschaft: Kappelle in einer Garagenzeile (Differdange-Fousbann)



Ruhrgebiet, dem Saarbrücker Raum (grenzüberschreitend nach Frankreich), den Ballungsräumen um London und Amsterdam zum Tragen kommen, versuchen unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft eine gewisse planerische Kultur in den Transitraum Stadtlandschaft hinein-zubekommen, wo alle implizierten Regionen von den gegenseitig gemachten Erfahrungen profitieren sollen.

Die luxemburgische S.A.U.L.- Gruppe

Die Zivilgesellschaft ist im luxemburgischen S.A.U.L. Projekt durch verschiedene Sektionen des Mouvement Ecologique, der LNVL, durch die Vélosinitiativ, die "Frënn vun der Haard" vertreten, und man mag bedauern, dass die durch Beamte vertretenen Südgemeinden es nicht fertiggebracht haben, mehr Bürgervertreter an diesem Projekt teilhaben zu lassen. Außerdem kommt man nicht umhin festzustellen, dass einige Kommunen des PRO-SUD sich vor allem durch einen Mangel an Interesse am S.A.U.L.- Projekt hervortun.

Geleitet, moderiert, koordiniert und ausgewertet werden die Sitzungen der S.A.U.L.- Gruppe von dem Raumplanungsbüro (mit Schwerpunkt kooperative Planung und Gestaltung von urbanen Landschaften) Ursula Stein und Henrik Schultz, mit Sitz in Frankfurt/Main, so wie Philippe Peters vom Landesplanungsministerium. Technisch begleitet wird die Gruppe vom Oekobüro aus Rumelange, das sich vor allem um das Kartenmaterial kümmert. Das CEPS mit Sitz in Differdange, durch seinen Direktor Patrick Busch, so wie Beamte des ORESUD, bzw. PRO-SUD Büros sind ebenfalls Mitwirkende.

Einbindung des Künstlers und Städtereiseorganisors Boris Sieverts in das Projekt

Ein großes Plus (ich glaube nicht, dass ich allein diese Auffassung vertrete) für die Arbeit der S.A.U.L.-Gruppe ist das sporadische Hinzuziehen des Künstlers und Organisors für Stadtrandreisen (Motto: Paris ohne Eiffelturm) Boris Sieverts aus Köln.

Boris Sieverts, Mitte 30, in einem Spiegel-Artikel einmal als Schäfer der Un-orte bezeichnet, hat Kunst in Düsseldorf studiert, auch mal als Schäfer in Frankreich gejobbt und führt nun in Köln ein Büro "für besondere Städtereisen zu den wahrhaftigen Orten unserer Ballungsräume" (Boris bereist bei seinen Touren z.B. die

A40, ehemalige B1, eine Autobahn, die quer durch den Kohlepott führt, unter dem Motto "Auto auf den Seitenstreifen und hopp über die Leitplanke in die Terra Incognita!")

Städtereisen der anderen Art

Seine Reisen verknüpfen Brachflächen und Siedlungen aller Art, Parkplätze, Abrisszenarien, Baggerseen, Kühlteiche, Wälder, Wiesen, Gärten, Autobahnen, Schulen, Gleistrassen, Gewerbegebiete (wo man als teilnehmender Umweltschützer doch hart an die Grenze des Zumutbaren geführt wird), Tunnels, Sackgassen, Trampelpfade, Flussauen, Deponien und vieles mehr zu "wunderschönen bis krassen Raumfolgen". Sie eröffnen neue Landschaften, wo "das Ende der Welt vor der eigenen Haustür beginnt". Die alte Orientierung an Bauwerken und Verkehrswegen löst sich bei Boristouren auf.

Er hat es fertiggebracht, dass die Teilnehmer der S.A.U.L.-Gruppe versucht haben, die Südregion auf dialektische Weise zu betrachten, und es unterlassen haben, sich ausschließlich auf die aus naturschützerischer und architektonischer Sicht reizvollen Orte zu fokussieren.

In einem Almanach, in dem er Ratschläge gibt, wie man Städte bereisen soll, finden sich unter anderem Hinweise wie: "Orsteile finden und aufsuchen, die im kollektiven Selbstbewusstsein der Stadt unterrepräsentiert bzw. gar nicht vorhanden sind, sich längere Zeit dort aufhalten, mit Leuten sprechen, die typisch für diesen Ortsteil erscheinen, in den unscheinbarsten

Lokalen einen trinken gehen, Autobahnen nicht über die zum Systemelement gehörenden Auf- und Abfahrten verlassen, sondern über die Leitplanken oder durch Bach- und Kanalunterführungen hindurch schwupps hinein in die Terra Incognita abtauchen, die Weite der linearen Asphalt- und Betonwüste Autobahn auf Fußgängerüberwegen auf sich einwirken lassen"

Boristouren in der Südregion Luxemburgs

Auf seinen Touren durch die Luxemburger Südregion, z.B. durch den "Kessel" - topographisch gesehen - von Differdingen, sucht der Künstler und Reiseorganisator mit seinen Tourenteilnehmern spannungsreiche, von Brüchen gekennzeichnete Orte und Unorte auf.

Boris selbst beschreibt seine Tour durch den Kessel von Differdingen so: *"... wie bei einer Kamerafahrt bewegt sich das Auge um Stahlwerk, Siedlung, Anhöhen und gliedert diese konzentrisch umeinander. Auf unserer Wanderung verlangsamen wir dieses Bildererlebnis, kosten es aus, zerlegen es in seine Bestandteile, dringen in seine Elemente ein - eintägige Wanderung und Radtour ..."*

So wird z.B. geschlossenes Arbed-Gelände durchquert, ein Terrain, das die meisten von uns bisher nur durch Gitter hindurch betrachten durften bzw. ausschließlich die hohen Mauern rund herum kennen, man lässt sich von einem Vorarbeiter der Firma Cloos bei entsprechenden Erklärungen über die Unterschiede von Hochofen- und Elektrostahlschlacke, über die hügelige



Eingang in den Differdinger Kessel. Kombination verschiedener Lebensräume auf engem Raum: Vorne ruraler Flecken mit Bauernhof, im Hintergrund Arcelor-Anlagen und Chronospan

Schäfer Boris Sieverts führt seine Herde hinauf auf die Anhöhen der Doggerstufe um Differdingen



*Picknick im Schrebergarten:
Erholungsphase bei der Stadtrandtour*



*Ratschlag für Stadtreisende:
In einem unscheinbaren Lokal
einen trinken gehen*



unreale Terra Incognita der Differdinger Schlackenhalde geleiten, hindurch zwischen riesigen Baggern und Brechern, wandert mit der Gruppe am Fuße der Chronospan-Anlagen vorbei, die unmittelbar an das Terrain der Schlackenhalde grenzen, genießt zusammen mit den anderen Teilnehmern der Boristour ein ausgiebiges Picknick in einem Schrebergarten gleich neben einem Komposthaufen, lädt einen portugiesischen Kleingärtner zu einem Glas Wein und einem Plausch über Nacktschnecken ein, macht Einkehr in einer katholischen Garagenkapelle in Fousbann, lässt bei Kaffee und Kuchen die Blicke vom Terrassendach des ehemaligen ARBED-Verwaltungsgebäudes (heute Sitz des CEPS) über Differdingen schweifen, erklimmt per Mountain-bike die Anhöhe der umgebenden Doggerstufe und fährt durch Wälder und über Picknickwiesen hinüber nach Belvaux, mit herrlichem Blick auf die Belval-Ouest Baustelle.

Ansicht von bekannten Künstlern zu den Stadtlandschaften

Boris liest auch gerne Zitate von berühmten Künstlern vor, wie z.B. John Szarkowsky, dem Direktor der photographischen Abteilung des Museums of Modern Art in N.Y. (ein Posten, den übrigens auch Edward Steichen lange inne hatte): *„... Moral lautet, dass die Landschaft unser Lebensraum ist. Wenn wir sie schlecht behandelt haben, können wir sie dafür nicht verachten, ohne uns selbst zu verachten. Wenn wir sie missbraucht haben, ihre Gesundheit zerstört und unsere Denkmäler der Ignoranz auf ihr errichtet haben, ist sie noch immer unser Raum, und ehe wir weitermachen können, müssen wir lernen, sie zu lieben. So wie Hiob vielleicht von neuem anfing, indem er lernte die Asche zu lieben...“*,

Bezeichnenderweise ist der Lieblingssong von Boris "Penny Lane" der Beatles, der eine Busendhaltestelle in Liverpool beschreibt: Wendehammer für den Bus, einige letzte Häuserzeilen, gleich dahinter ein Acker, in der Ferne vielleicht die Schlotte einer stillgelegten Fabrik und *“...beneath the blue suburban sky”* eben einer dieser Transiträume, die Boris bei seinen Reisen aufsucht und versucht, seinen Begleitern die von ihm entdeckte Ästhetik aufzuzeigen und zu vermitteln, was nicht immer gelingt.



Eindringen in die von keiner Seite einsehbare Terra Incognita: Differdinger Schlackenhalde. Unmittelbar dahinter: Die skandalträchtige Chronospan

Blickwinkel für die eigene Region erweitern

Bei einigen von Boris' Aussagen und auch bezüglich der Ästhetik der recherchierten Unorte (wie z.B. die Foetzer Gewerbezone, entstanden auf der grünen Wiese) bekommt man als überzeugter Umweltschützer doch heftigen Schluckauf. Allerdings sollte man diese Betrachtungsweise nicht gleich als Überzogenheit eines Künstlers abtun, sondern sie dazu nutzen, den eigenen Blickwinkel für die Heimatregion zu erweitern, und die zu häufig ausschließlich negative Vorstellung von diesen Unorten, wenn auch nicht vollständig revidieren, doch teilweise relativieren.

Rundweg zu spannungsreichen und von Brüchen gekennzeichneten Orten der Südregion

Wenn bei der Arbeit der S.A.U.L. Gruppe z.T. auch die Philosophie vorherrscht, dass der Weg das Ziel sei, so soll das vorläufige Endprodukt doch etwas Handgreifliches und Nützliches sein, nämlich eine Karte mit einem Rundweg zu spannungsreichen und von Brüchen gekennzeichneten Orten und Unorten der Südregion.

Einerseits soll die Wahl der Orte die Vergangenheit der Region, aber andererseits vor allem ihren Umbruch illustrieren. Nichts desto trotz führt der Rundweg auch zu Orten, die durch ihre Ästhetik hervorstechen, sei es die natürliche, die bauliche oder aber die planerische und gestalterische Ästhetik.



Nordausblick von der ehemaligen Düdelinger Schlackenhalde auf die patchworkartige Stadtlandschaft des Raumes Düdelingen-Bettemburg



Aussicht nach Südwesten von der Schlackenhalde mit Humpenwagen aus auf die Abbruchkanten des ehemaligen Tagebaugebietes und heutigen Naturschutzreserve Haard



Nostalgischer Ort: Terrassenlandschaft des Kalksteinbruchs der Intermoselle in Rümelingen, die an die Tagebaugebiete in der Minettregion vor 50 Jahren erinnert

Als Beispiele dieser Reiseziele sei die Düdelinger Schlackenhalde genannt, die einerseits nach Norden hin einen Ausblick auf die flickenteppichartige urbane und gleichzeitig rurale Landschaft der Gemeinden Dudelange und Bettemburg bietet, und andererseits nach Süden hin die Aussicht auf die Naturschutzreserve Haard ermöglicht, sozusagen ein Paradies aus zweiter Hand, mit ihrer für Luxemburg atypischen Flora und Fauna.

Ein anderer unerwarteter Ort ist die ehemalige Gasleitungstrasse in Differdingen, die vom Grüngürtel der Stadt aus quer durch Wohnsiedlungen, vorbei an Schrebergärten, Hinterhöfen in das Herz der Stadt führt, wo sie auf der Brache des Plateau du Funiculaire endet, die ihrer urbanen Gestaltung harrt, ohne jedoch die Renaturierung der Korn an diesem Ort aus den Augen zu verlieren.

Die einzelnen Etappen der Rundreise sind so gewählt und gestaltet, dass sie noch von den Kommunen vor Ort ausgebaut und verfeinert werden, bzw. mit Konzepten wie "Konscht am Bësch" ausgestattet werden können.

Im Herbst 2005 planen Studenten der Uni Hannover ein zusätzliches Projekt, das vorsieht an einigen Orten, bzw. Unorten der Südregion Freiräume spielerisch umzugestalten und so punktuell einen Verfremdungs- und Neugierdeeffekt bei der einheimischen Bevölkerung zu erzielen.

Jean-Jacques Muller

Referendum zum EU-Verfassungsvertrag



Pro und Kontra - Argumente für eine bewusste Entscheidung

Der diesjährige Kongress des Mouvement Ecologique hat entschieden, dass der Mouvement Ecologique keinen Appell für oder gegen den EU-Vertragsentwurf in Zusammenhang mit dem Referendum vom 10. Juli 2005 herausgeben würde. Dies aus zahlreichen Gründen: einerseits kann man ein derartiges Projekt nicht nur aus ökologischer Sicht bzw. vom Blickpunkt der Nachhaltigkeit aus betrachten, andererseits herrschte die Überzeugung vor, jeder Einzelne solle sich aufgrund einer Abwägung der Pro und Contra Argumente entscheiden.

Gleichzeitig hat der Kongress entschieden, dass der Mouvement Ecologique seine Informationspflicht besonders gegenüber seinen Mitgliedern erfüllen müsse. Damit solle dazu beigetragen werden, dass in aller Sachlichkeit eine Debatte über die unterschiedlichen Aspekte des Vertragsentwurfes geführt werden könne.

In der vorliegenden Kéisécker-Nummer finden Sie deshalb ein Schwerpunkt-Dossier zum Thema.

Dabei wurde ein "etwas anderes" Modell als üblich gewählt. Persönlichkeiten, die sich für den Verfassungsvertragsentwurf äußern, beziehen Stellung zu Argumenten der Gegner und umgedreht. Daraus ist ein interessanter Meinungsaustausch entstanden.

Daneben kommentiert Ben Fayot, ein überzeugter Vertreter des Vertragsentwurfes, eine via E-mail stark verbreitete Powerpoint - Präsentation, die sich sehr kritisch mit dem Vertragsentwurf auseinandersetzt.

Weitere Informationen bzw. Stellungnahmen sind im Internetforum zum EU-Referendum einzusehen: www.oekozenner.lu

DER EU-Verfassung

Eine kritische Au

De Kéisécker möchte auch einen Beitrag um die Debatten zum EU-Verfassungsentwurf leisten. Dabei wählten wir – um die Pro und Contra-Argumente besser gegeneinander abwägen zu können – eine etwas unkonventionelle Form: 2 Befürworter der EU-Verfassung (Claude Turmes und Marcel Detaille) stellten sich 4 zentralen Argumenten der Gegner. Und umgedreht stellten sich André Hoffmann und ATTAC wesentlichen Argumenten der Befürworter. Heraus kam ein sehr spannender Beitrag.



Claude Turmes

Die Widersprüche zwischen den beiden ersten Kapiteln und dem Kapitel III rühren daher, dass sie aus verschiedenen Epochen stammen. Während die Kapitel I und II vom EU-Verfassungskonvent vorgeschlagen wurden und damit den neuen Teil des EU-Verfassungsvertrags darstellen, werden im Kapitel III die bisher bestehenden EU- und EG-Verträge zusammengeführt. Dieser bestehende Vertragssockel konnte von den Regierungen aus Zeitmangel und Kompromisschwierigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten nur minimal verändert werden.

Weil das Kapitel III die "Summe" der bisherigen Verträge darstellt, ist auch nicht verwunderlich, dass dort die wirtschaftlichen Aspekte überwiegen. Schließlich wurde die EG vor 50 Jahren in erster Linie als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet. "Horizontale" Klauseln in den beiden neuen Verfassungskapiteln schreiben jedoch die Integration von Sozial-, Umwelt- und Tierschutzaspekten in sämtliche EU-Politikbereiche vor.

Generell haben die veralteten Formulierungen keine zwingende Auswirkung auf die konkrete Politik der EU. Ein gutes Beispiel ist die rein quantitative Definition der EU-Agrarpolitik, die schon im Jahre 1957 im ersten EU-Vertrag stand. Doch trotz dieses Vertragsziels haben sich die Mitgliedstaaten vor kurzem auf eine grundlegende Agrarreform im Sinne einer qualitativen Agrarproduktion und strengen Auflagen im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes geeinigt.

Die Gegner des Verfassungsvertrages sollten bedenken, welche reelle Tragweite eine Ablehnung der Verfassung hat: bei einem "Nein" werden die fortschrittlichen Ziele der ersten beiden Kapitel verworfen, während das dritte Kapitel weiterhin Bestand hat, da es sich dabei um den Vertrag handelt, der im Jahre 2000 in Nizza ausgehandelt wurde. Ein "Ja" garantiert eine Balance zwischen allen Teilen der Verfassung.

Marcel Detaille

Liberalismus ist ein Wert, der eng mit Demokratie verknüpft ist.

Genau diese beiden Tugenden sind im Vertrag beinhaltet und bestimmen die Zielsetzungen der EU, so wie sie in Teil I und Teil II vorgegeben werden. Die ursprünglichen vier Grundfreiheiten des EG-Vertrages werden in der Verfassung, so wie in Artikel 1-3, mit sozialen und beschäftigungspolitischen Garantien unabdingbar verknüpft und somit auf einen gemeinsamen Nenner gebracht.

Die Verankerung der Grundrechte unterstreicht den Stellenwert, den die Urheber des Vertrages geben wollten, nämlich der einer Verfassung.



4 Thesen

von Gegnern des EU-Verfassungsentwurfs, und was Befürworter davon halten

These 1

Kapitel 3 enthält eine ganze Reihe von Vorgaben, die z.T. im Widerspruch zu den in den Kapiteln 1 und 2 formulierten Zielen und Werten stehen. In Kapitel 3 sind Stipulationen enthalten, die sehr stark von einem neoliberalen Geist geprägt sind und ein deutliches Primat des freien Warenverkehrs festlegen. Während Passagen im sozialen und ökologischen Bereich eher als "Empfehlungen" formuliert sind, sind Maßnahmen z.B. im Sinne des freien Warenverkehrs weitaus klarer festgelegt. Hier werden die falschen Prioritäten und vor allem das Primat der Wirtschaft festgeschrieben.

Vertragsentwurf: auseinandersetzung

These 2

Der Vertragsentwurf enthält zu viele Vorgaben, die aus sozialer und ökologischer Sicht nicht hinnehmbar sind. Wie z.B. dass die einzelnen Mitgliedsstaaten die Verpflichtung haben ihre Militärausgaben erhöhen zu müssen, dass im Bereich Landwirtschaft nach wie vor die Quantität im Vordergrund steht – anstatt die Qualität, dass die Mitgliedsstaaten sich verpflichten müssen die Liberalisierung voranzutreiben u.a.m.

Claude Turmes

Der Verfassungsvertrag ist aus sozialer und ökologischer Sicht ein Fortschritt: Das Verfassungsziel der Integration von Umweltschutz und Sozialem in alle anderen EU-Politikbereiche sowie die Stärkung der Mitspracherechte des Europaparlaments in einer Reihe von Bereichen (Außenpolitik, Agrarpolitik, Asylrecht und Immigration, Budget...) sind dabei besonders hervorzuheben. Dies wird ein konkretes Gegengewicht zum in den EU-Gründungsverträgen verankerten Ziel des Binnenmarktes schaffen. Das sehen auch die europäischen Dachverbände der Gewerkschaften und Umweltverbände so, die in ihren Analysen den Verfassungsvertrag eher als fortschrittlich betrachten.

Die praktische Konsequenz der sicherheitspolitischen Ziele der Verfassung darf man nicht überschätzen: In der Verfassung wird nicht ausdrücklich eine "Erhöhung der Militärausgaben" oder eine "Aufrüstung" gefordert, sondern eine "Verbesserung" der militärischen Kapazitäten der EU für Einsätze im Sinne der UN-Charta. Das bedeutet vor allem eine bessere Einsatzfähigkeit und könnte sogar auf eine Truppenverringerung hinauslaufen. Man muss in Erinnerung behalten, dass die bisherigen Militärstrukturen in den EU-Ländern größtenteils in den Zeiten des Kalten Krieges entstanden sind. Zudem ist hervorzuheben, dass die EU-Mitgliedstaaten auch in Zukunft eigenständig über die konkrete EU-Militärpolitik sowie über ihre Militärbudgets entscheiden. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass die Verfassung gleichzeitig auch den Frieden und die Konfliktprävention als oberste Ziele bzw. Mittel der EU-Sicherheitspolitik festhält.



Marcel Detaille

Eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist für die EU ebenso wichtig wie eine gemeinsame Agrarpolitik. Die dafür nötigen Ausgaben dienen nicht nur der Verteidigung der EU und seiner Mitgliedsstaaten, sondern ebenfalls der Bereitstellung von Friedenstruppen in Krisenregionen.





Claude Turmes

Selten zuvor wurde so intensiv und kontrovers über das Projekt Europa diskutiert wie jetzt im Rahmen des EU-Verfassungsentwurfs. Diese Debatte ist nicht erst in den letzten Monaten entstanden; sie wurde bereits seit längerem in den nationalen Parlamenten, im Europaparlament und im EU-Konvent geführt. Auch die Zivilgesellschaft hat die Arbeit des Verfassungskonventes seit Jahren aktiv und kritisch begleitet und im Verfassungstext manches ihrer Ziele durchgesetzt. Diese Verfassung ist also keineswegs im Hauruckverfahren und unter Ausschluss der Öffentlichkeit entstanden.

Das Resultat der langwierigen Verhandlungen ist ein guter Kompromiss, der uns konkrete Mittel in die Hand gibt, um unseren politischen Zielen näher zu kommen. Es wäre fahrlässig, diesen Kompromiss in Frage zu stellen. Besser ist es, mit der Verfassung die positiven Punkte festzuschreiben und mit deren Hilfe auf eine baldige Reform zu drängen, um die restlichen Mängel zu beheben.

These 3

Endlich findet eine Diskussion über die Ausrichtung der EU statt. Die generelle Bereitschaft zum Nachdenken sollte genutzt werden, tatsächlich eine Debatte über die Ausrichtung von Europa zu führen. Ein Vertagen eines Verfassungstextes kann der EU nur gut tun und eine wirkliche Debatte über die EU von morgen erlauben.



Marcel Detaille

Die Debatte über Europa wird – Gott sei Dank – schon seit der Entstehung der EG geführt und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen und Zielsetzungen wurden im Konvent von den Teilnehmern zu Papier gebracht.

Ein Vertagen bringt die Entwicklung und den Integrationsprozess in Gefahr, da das Entscheidungsverfahren des Nizza-Vertrages ungeeignet für das erweiterte Europa ist.

Das Inkrafttreten der Verfassung hindert niemanden daran Textverbesserungen vorzuschlagen und diese auch später zu verwirklichen. Dies ist ja auch eine für Gesetzesänderungen gängige Praxis in jedem beliebigen Rechtsstaat.



Claude Turmes

Zuerst muss man präzisieren, dass der vorliegende Text eigentlich keine klassische Verfassung ist, sondern ein internationaler Vertrag zwischen 25 unabhängigen Staaten. Als Verfassungsvertrag muss dieser, wie auch alle vorherigen EU-Verträge, in letzter Instanz von den Regierungen angenommen werden und zwar einstimmig und entsprechend den Bestimmungen ihrer eigenen Verfassungen.

Man muss zugestehen, dass der vorliegende Text in der Tat sehr komplex und für die Bürgerinnen und Bürger nur schwer verständlich ist. Doch die EU ist insgesamt ein sehr komplexes politisches Gebilde, das auf Kompromissen beruht, die in den letzten 50 Jahren zwischen recht unterschiedlichen Ländern ausgehandelt wurden. Der vorliegende Verfassungsentwurf spiegelt diese Entwicklung wieder. Er baut auf der wirtschaftlichen Entstehungsgeschichte der EU auf und vertieft ihre demokratischen, ökologischen und sozialen Ansprüche.

These 4

Der vorliegende Textentwurf ist von seiner Struktur und seinem Umfang her schlichtweg undemokratisch und untransparent. Hier werden die Bürger gehalten sich zu einem Text zu bekennen, der auch für den Interessierten Bürger – vom Volumen und vom Aufbau her – kaum nachvollziehbar ist. Ein Verfassungsentwurf müsste auf das wesentliche konzentriert sein.

Marcel Detaille

Der Verfassungstext ist wie viele Gesetztexte mühsam zu lesen und zu verstehen.

Dass der Laie sich schwer tut, ist verständlich, nur ist es ein Ding der Unmöglichkeit, die Komplexität eines Textes ad absurdum zu vereinfachen.

Nichtsdestotrotz ist der Verfassungstext zweifellos ein Fortschritt gegenüber allen bisherigen Verträgen, da durch die Verankerung der Grundrechte und die sozialen Garantien, der Bürger im Mittelpunkt steht.





André Hoffmann

Die "wesentlichen Fortschritte" im sozialen und ökologischen Bereich sind unauffindbar. Die Werte und Ziele der Union im I. Teil wiederholen größtenteils die Versprechen aller Verträge seit 1957. Sie implizieren keine neuen Verpflichtungen – weder für die Union als solche noch für die Mitgliedstaaten. Dem Ziel des "freien und unverfälschten Wettbewerbs" wird derselbe Verfassungsrang zugeschrieben wie dem Frieden oder dem Wohlstand der Völker (Art. 1.3.). Dieses Ziel bleibt aber eben nicht nur eine abstrakte Absichtserklärung: vor allem im dritten Teil wird der Wirtschaftsliberalismus erneut in allen Einzelheiten verbindlich festgeschrieben und wirkt sich auf alle möglichen Bereiche aus.

Die viel gelobte Charta der Grundrechte (Teil II.) ist größtenteils die Abschrift der Europäischen Menschenrechtskonvention (Europarat) von 1950, deren juristische Verbindlichkeit durch den Europäischen Gerichtshof in Straßburg bereits abgesichert ist. Also auch hier nichts Neues. Im Gegenteil: viele Bestimmungen bleiben hinter dem zurück, was in nationalen Verfassungen steht oder auch inzwischen in internationalen Pakten (wie dem Pakt zu sozialen und ökonomischen Rechten der UNO von 1966 oder der Sozialcharta des Europarats) vereinbart ist. Kein Recht auf Arbeit, kein Recht auf Wohnung, kein Recht auf ein Mindesteinkommen, kein Recht auf soziale Sicherheit. Die Kapitel über die Beschäftigungspolitik (Art. 203 bis 208), Sozialpolitik (Art. 209 bis 219) und Umwelt (Art. 233 bis 234) im III. Teil sind – außer einigen rein formalen oder sprachlichen Änderungen – die wörtliche Abschrift der bestehenden Verträge seit Maastricht. Der Vertrag von Nizza hat an diesen Bestimmungen nichts geändert – sie würden also auch bei einer Ablehnung des Verfassungsentwurfs weiterbestehen. Übrigens wurde der "schlechte" Vertrag von Nizza mit überwältigender Mehrheit bei uns im Parlament gestimmt. Nur ein Abgeordneter stimmte dagegen: der Vertreter der "Lénk". Nizza war bekanntlich vor allem ein institutionelles Gerangel im Zuge der Erweiterung, mit einem schäbigen Ergebnis. Bei einer Ablehnung werden diese institutionellen Bestimmungen sowieso neuverhandelt werden müssen.

ATTAC

Pour ATTAC, cet argument est fallacieux, car si le traité de Nice est mauvais, le traité constitutionnel européen (TCE) qu'on nous demande d'adopter n'est pas meilleur, l'Europe sociale y étant toujours globalement ignorée.

Le TCE, comme le traité de Nice, consacre comme libertés fondamentales de l'Union : la liberté d'établissement et de circulation des personnes, des biens, des services et des capitaux mais, à la différence du traité de Nice, ces libertés ne sont pas assorties de conditions ni de limites, ce qui permettra de remettre en cause les politiques sociales des états, à la façon de la directive Bolkestein.

Les délocalisations à l'intérieur de l'Europe des 25 seront facilitées et accélérées comme s'en est félicité la commissaire européenne Danuta Hübner. Les fonctions opératrices, régulatrices et redistributrices de l'Etat ne sont pas reprises dans les fonctions essentielles (I-51) et toute politique sociale est obligée de ne pas contrarier l'économie de marché où la concurrence est libre (III-177) et soumise à une unanimité de blocage (III-210).

D'un point de vue environnemental, rappelons que le TCE :

- institutionnalisera une politique agricole commune productiviste (III-227), alors qu'elle a largement démontré sa capacité de nuisance, non seulement sur le plan environnemental, mais aussi en ce qui concerne l'exode rural, le chômage des paysans et l'écrasement des agricultures non européennes;
- n'apportera pas d'avancées concrètes dans le domaine de la lutte contre les émissions de gaz à effet de serre, la pollution de l'air, de l'eau, les produits chimiques, les OGM ;
- stipule dans le protocole 36 que le traité instituant la Communauté européenne de l'énergie atomique, qui a pour objet la promotion du nucléaire, doit continuer à produire ses pleins effets.



4 Thesen

von Befürwortern des EU-Verfassungsentwurfs, und was Gegner davon halten

These 1

Der EU-Verfassungsentwurf stellt eine einmalige Chance dar und bringt wesentliche Fortschritte auch in den Bereichen Soziales und Ökologie mit sich. Vor allem die Kapitel betreffend die Werte und Ziele der EU sind als grundsätzlich positiv zu werten – dabei ist das umstrittenere Kapitel 3 in der Mehrheit die Übernahme von bereits heute gültigen "traités". Grundsätzlich bringt der Vertragsentwurf deshalb entsprechend wesentliche Verbesserungen mit sich. Eine Nicht-Akzeptanz des Entwurfs würde die EU auf den Vertrag von Nizza zurückwerfen, der weitaus mangelhafter ist in sozialen und ökologischen Fragestellungen.



André Hoffmann

Meiner Auffassung nach steckt die EU seit Jahren in einer tiefen Krise. Die wirtschaftsliberale Orientierung der EU zumindest seit den 80er Jahren hat den sozialen Abbau, die Arbeitslosigkeit, das Steuer- und Sozialdumping in Europa nicht verhindert, sondern gefördert. Das "demokratische Defizit" der EU hat die Europäische Union den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend entfremdet. Und auch die Art und Weise, wie dieser Verfassungsentwurf uns als "alternativlos" aufgezwungen werden soll, ist eigentlich das Symptom einer Legitimitätskrise. Dass dieser Entwurf ein Kompromiss oder gar Konsens der politischen Eliten und der Regierungen Europas ist, ist an sich kein Qualitätslabel. Auch die Handlungsfähigkeit der EU kann kein Selbstzweck sein: es kommt darauf an, wohin der Weg führt.

Das Referendum in verschiedenen Mitgliedsstaaten hat den Verdienst, die Debatte um die grundsätzliche Orientierung Europas zum öffentlichen Thema zu machen – aber auch nur, weil die kritischen Stimmen sich lauter als erwartet zu Wort gemeldet haben. Eine Ablehnung des Vertrags müsste eigentlich dazu führen, dass diese Debatte vertieft wird. Geschieht das nicht, wird die Legitimitätskrise der Europäischen Union sich verschärfen.

These 2

Eine Nicht-Verabschiedung des Verfassungsentwurfes würde die EU in eine tiefe Krise stürzen. Der vorliegende Entwurf ist – trotz Mängel – ein Konsens, der ein konsequentes Weiterarbeiten im Sinne eines sozialen und ökologischen Europas erlaubt. Er gewährleistet die Handlungsfähigkeit der EU.

ATTAC

La menace d'une crise et l'affirmation qu'il s'agit du meilleur compromis possible ne peuvent pas être des arguments pour approuver le TCE. Pas besoin de se laisser guider par des considérations sur d'hypothétiques rapports de force en Europe. Il s'agit simplement d'exprimer notre avis de citoyens sur le contenu d'un TCE élaboré en notre nom.

En ce sens le Non montrerait que ce consensus élaboré par la convention et les Etats ne correspond pas à la vision que la majorité des personnes ont de leur avenir.

Pour nous, le Non ne détruit rien, il laisse l'Union Européenne en état et l'avenir ouvert à tous les combats et à toutes les négociations pour une Europe plus démocratique, écologique et sociale.

C'est une chimère de penser qu'une fois le TCE approuvé, il sera possible de continuer d'œuvrer pour une Europe sociale et écologique. En effet le TCE détermine d'avance une orientation toujours plus libérale et interdit mêmes certaines politiques progressistes comme par exemple l'harmonisation des règlements et lois sociales (III-210). L'unanimité reste la règle pour toutes les questions essentielles (politique étrangère, sociale, fiscale): même une large majorité ne peut infléchir l'orientation des politiques européennes.



André Hoffmann



Unbestreitbar gibt es auch Verbesserungen: die Mitentscheidungs-Befugnisse des Europäischen Parlaments, die Information und das Mitspracherecht der nationalen Parlamente werden erweitert. Allerdings bleibt die Hegemonie der Exekutiven (Kommission, Rat) bestehen. Die Chance, weiter in Richtung einer föderalen Demokratie zu gehen, wurden verpasst – oder waren eben noch nicht durchzusetzen. In punkto Wirtschaftsdemokratie gibt es nicht den geringsten Fortschritt. Die Charta gewährt den Beschäftigten lediglich das "Recht auf Unterrichtung und Anhörung" (Art. II, 87). Das "Mehr an Demokratie" das tatsächlich notwendig wäre, müsste von breiten Bewegungen der europäischen Bevölkerung und der zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgehen.

These 3

Der Vertragsentwurf beinhaltet eine Reihe von Verbesserungen, vor allem auch aus demokratischer Sicht, u.a. durch die Aufwertung der Rolle der nationalen Parlamente sowie des EU-Parlamentes. Dabei werden ebenfalls die Bürgerrechte gestärkt, z.B. im Rahmen der Charta der Grundrechte, betreffend die Informationspflicht. Diese Chance zu einem Mehr an Demokratie gilt es wahrzunehmen.

ATTAC

Les avancées démocratiques du TCE manquent cruellement d'ambition.

Le pouvoir du Parlement Européen, seule institution européenne élue au suffrage universel, demeure très relatif. Ainsi le Parlement Européen n'a toujours pas le droit de proposer des textes législatifs, alors qu'il s'agit d'une fonction de base de l'institution parlementaire (I-26). De plus il ne peut modifier les textes soumis par la Commission que si celle-ci marque son accord. La Commission garde donc le monopole de l'initiative législative et le Parlement Européen ne peut orienter les choix politiques proposés par la Commission et approuvés par le Conseil des ministres. Les membres de cette Commission ne peuvent pas être directement sanctionnés par le vote des citoyens.

La possibilité de soumettre une pétition signée par au moins un million de citoyens (I-47) ne permet que "d'inviter la Commission" à tenir compte des propositions formulées. Autrement dit, la Commission en fait ce qu'elle veut.

La constitution institutionnalise les principes libéraux. Elle ne laisse plus de place à des politiques alternatives quand bien même elles sont souhaitées par la majorité des citoyens lors de futures élections.

La Charte des droits fondamentaux n'aura pas de valeur contraignante et sur certains points, elle se situera même en deçà de la législation internationale: ainsi le droit à l'emploi et au logement ne sont-ils pas reconnus, alors qu'ils le sont dans la Déclaration universelle de 1948.

Le droit d'information et de consultation des travailleurs au sein de l'entreprise (II-87) tout comme les droits de grève, de négociation et d'action collective (II-88) et le droit à la protection en cas de licenciement (II-90) sont renvoyés aux conditions prévues par les pratiques et législations nationales, donc aucune avancée ni aucune harmonisation vers le haut des législations nationales.





André Hoffmann

Die Präzisierung der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit könnte eine Aufwertung der gewählten Gremien auf nationaler und kommunaler Ebene bedeuten. Die Frage ist allerdings, wie das in der Praxis aussieht. Die bisher betriebene Liberalisierung der öffentlichen Dienste, der sich die Parlamente beugten und die Kommunen beugen mussten, lässt umso weniger Hoffnung aufkommen, als die "Verfassung" die Mitgliedstaaten auffordert, die Liberalisierung über die EU-Bestimmungen hinaus zu treiben. Im übrigen ist die Subsidiarität eine Sache der Form – nicht des Inhaltes. Genauso wie die Regel der Einstimmigkeit kann sie auch dazu dienen, positive Veränderungen zu blockieren. In den Bereichen Wirtschafts-, Steuer-, Sozial-, Beschäftigungs- und Umweltpolitik müssten der Europäischen Union – und das heißt für mich: vor allem dem Europäischen Parlament – mehr Kompetenzen zugeschrieben werden. Allerdings unter dem inhaltlichen Vorbehalt, dass – kurz gesagt – die wirtschaftsliberale Orientierung ersetzt wird durch ein neues Modell sozialstaatlicher und ökologischer Regulierung.

These 4

Es ist sehr wichtiger positiver Schritt, dass das Subsidiaritätsprinzip im Vertragsentwurf festgeschrieben wird und alle nicht explizit der EU übertragenen Zuständigkeiten bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. In diesem Sinne ist es auch positiv, dass das Prinzip der Verhältnismäßigkeit ebenfalls gewährleistet wird, d.h., dass Aktionen der EU nicht über das für die Erreichung der Ziele der Verfassung erforderliche Maß hinausgehen dürfen.

ATTAC

Le TCE introduit en effet une modeste concrétisation du principe de subsidiarité et de proportionnalité avec la possibilité, pour un tiers des parlements nationaux (soit 9 sur 25), d'obliger la Commission Européenne à réexaminer l'une des ses propositions. Il y a cependant une réserve importante: la Commission peut maintenir sa proposition. D'autant qu'elle est investie du pouvoir de "veiller" à l'application des dispositions de la constitution". Il faut alors que ces neufs parlements nationaux introduisent une action devant la Cour de justice européenne. On voit dans quels enlacements procéduraux et judiciaires un choix politique contraire à celui de la Commission risque d'être enterré.

Cependant la véritable question est de savoir si le partage des compétences, tel qu'il est défini dans le TCE, garantit une Europe solidaire et sociale.

Ainsi, la Commission est compétente pour la politique économique, elle-même enfermée dans les principes idéologiques définis dans le TCE, à savoir le libéralisme. Les Etats par contre sont compétents pour les aspects fondamentaux de la politique sociale (salaires, pensions, santé, etc.). Cette situation met en concurrence des pays avec des normes sociales hétérogènes et engendre forcément un nivellement vers le bas des acquis sociaux. En d'autres termes, le TCE laisse aux gouvernants nationaux et aux pouvoirs locaux le choix de mécontenter leurs concitoyens en amoindrissant la compétitivité de leurs entreprises par des charges sociales ou en livrant le gros de leur population à la précarité en amoindrissant les charges sociales et du même coup la protection sociale qu'elles permettent.

*Auteurs Attac Luxembourg:
Tania Walisch, Jean-Sébastien Zippert*



Gesunde Lebensführung für Haut und Haar

M. D. Buttek

May  Dötsch

Naturkosmetik an Naturfrisör
Tél. 35 92 17

15, rue de Luxembourg
L-5314 Contern Fax: 35 64 51

Ech sin op:

Mëttwochs: 8:30 - 12:00 14:00 - 20:00

Donneschtes: 8:30 - 20:00 14:00 - 18:00

Freides: 8:30 - 20:00

Samschdes: 8:30 - 12:00

Kein Tag ohne wohltuende Düfte und gesunde
Raumatmosphäre. 100 % naturreine ätherische
Öle dienen Ihrem Wohlbefinden und entspannen.
Sie pflegen Körper, Geist, Seele und den Gaumen.



*Ich arbeite mit natürlichen Produkten,
Basisfetten und -ölen sowie mit Essenzen
und Hydrolater. Ich färbe die Haare mit
Pflanzenfarben und -extrakten.*

*Bei mir finden Sie Ruhe zum Stillen Ihres
Babys sowie eine Spielecke für Ihre Kinder. In
der giftfreien und entspannenden Atmosphäre
können Sie sich wohlfühlen.*

**Große Auswahl an naturkosmetischen und
Geschenkartikeln:**

Primavera, Martina Gebhard, CULUMNATURA,
farfalla, Avalon, Alva, Sodasan, Himalya-Salz,
Vielharmonie, Bücher, ODIN, Feige, Duftlampen,
-brunnen, -steine, Bade- und Körperöle,
Räucherstäbchen, -kräuter und Harze.

Bestellungen für Mischungen aus ätherischen
Ölen nach Inge Stadelmann aus den
Apotheken in Kempten und Karlsruhe sowie
Rosenkugeln für Frauen von Nadja Meffert,
Stadtapotheke Baden-Baden.

Constitutiontestezvosconnais.pps

A l'heure actuelle, un message électronique
prenant position pour le "non" sous forme de
devinettes a fait le tour des ordinateurs.
Ben Fayot, député européen luxembourgeois
socialiste, était prêt à commenter, à la demande
du "Kéisécker", chacun des dix-huit points
de ce message.



Si le mot "banque" apparaît 176 fois (ce que je n'ai pas contrôlé),
c'est que le Traité constitutionnel contient six articles (III-185 à III-
191) sur la politique monétaire où il est question de la Banque cen-
trale européenne, un article (III-382) sur le fonctionnement de la
Banque centrale européenne, deux articles sur la Banque euro-
péenne d'investissement. La même remarque vaut pour le terme
"concurrence" et "marché" puisqu'un des objectifs traditionnels de
l'Union, c'est la mise en place d'un marché intérieur, avec des règles
précises pour le fonctionnement de la concurrence.

Grâce à la Constitution, le progrès social apparaît à l'article I-3
comme un des grands objectifs de l'Union, à côté d'autres termes
qui précisent le modèle social: " L'UE (...) combat l'exclusion socia-
le (...) promeut la justice et la protection sociales, (...) la solidarité
entre les générations(...). "

Le chapitre sur la politique sociale de l'Union (article III-209) in-
dique comme objectifs "la promotion de l'emploi, l'amélioration des
conditions de vie et de travail (...), une protection sociale adéquate
(...)", etc.

Point n'est besoin de compter les mots pour trouver les orientations
essentielles de la Constitution.



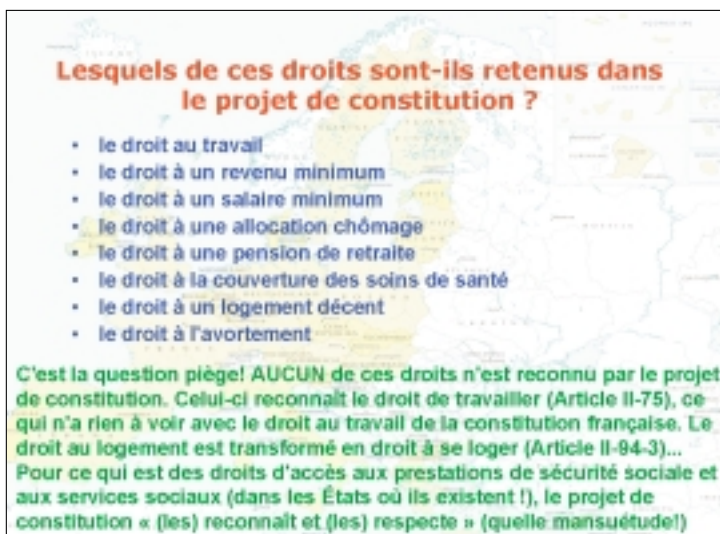
La Constitution européenne n'est pas française. Il y a une propension hexagonale fâcheuse de tout mesurer à l'aune de la République. Effectivement, la fraternité n'est pas considérée comme une valeur de l'Union, et aucun Français ne l'a d'ailleurs jamais proposée. Faut-il donc mettre tous les mots connotés positivement qui apparaissent dans toutes les constitutions des 25 Etats membres ?

Par ailleurs, ni la libre concurrence ni la libre entreprise ne sont sacralisées. Elles font tout simplement partie d'une société libre, au contraire d'une dictature communiste. L'essentiel est qu'elles soient encadrées par le droit social et une juste redistribution des richesses.



La Constitution européenne n'est pas française. Si le terme de "services publics" est courant dans le domaine francophone, il ne l'est pas dans beaucoup d'autres Etats membres. D'ailleurs le terme de "services d'intérêt économique général" est utilisé en Europe depuis 1957. Il y a beaucoup d'Etats européens qui offrent de bonnes conditions de vie à leurs ressortissants sans suivre forcément le modèle français.

Cependant, suite aux pressions françaises, avec le soutien luxembourgeois et belge, la Constitution est le premier traité à fournir une base juridique (article III-122) pour une loi qui permet de garantir les services publics dans les pays de l'UE qui entendent les maintenir et les développer.



La question révèle une profonde méconnaissance de ce qu'est l'UE. Celle-ci n'est pas destinée à remplacer l'Etat national dans le domaine social. Aucun Etat national, sous quelque gouvernement que ce soit, de droite ou de gauche, n'a jusqu'ici voulu abandonner à l'UE la compétence de fixer le salaire ou le revenu minimum, de déterminer son allocation de chômage, etc. L'avortement est du ressort purement national, contrairement à ce qu'on a affirmé pendant la campagne française, l'Europe n'a rien à y voir.

Ces droits d'ailleurs ne se trouvent pas non plus dans la Constitution française ni d'ailleurs dans la Constitution luxembourgeoise.

La Charte des droits fondamentaux précise bien que l'Union "reconnait et respecte" tous ces droits, "selon les règles établies par le droit de l'Union et les législations et pratiques nationales." Ce n'est pas de la mansuétude, c'est une simple constatation d'un état de fait que les Etats membres souverains ne veulent pas voir modifié.



Il est faux d'affirmer que la mort des services publics soit programmée. La disposition citée (art. III-166-2) existe depuis de longues années dans le Traité de la Communauté européenne. Or, le service public de l'enseignement, de la santé, de la culture continue dans chaque Etat, selon la volonté nationale. Ils ne sont pas concernés par les règles de concurrence. Ceux des services concernés par ces règles et assurés par des entreprises publiques comme les télécommunications, la poste, les transports se portent très bien en France, au Luxembourg et ailleurs. Pour ces services, l'article III-166-2 doit être cité correctement: "Les entreprises chargées de la gestion de services d'intérêt économique général ou présentant le caractère d'un monopole fiscal sont soumises aux dispositions de la Constitution, notamment aux règles de concurrence, dans la mesure où l'application de ces dispositions ne fait pas échec à l'accomplissement en droit ou en fait de la mission particulière qui leur a été impartie." Cet article existe également depuis 1957 et n'a pas empêché les services publics de se développer, ni en France ni au Luxembourg.

Selon le projet de Constitution, les budgets militaires devront obligatoirement :

- baisser
- rester stables
- augmenter
- la constitution n'en parle pas

Chaque pays de l'Union européenne est dans l'obligation d'augmenter son budget militaire (Article I-41.3).

Il est faux d'affirmer que "chaque pays (doit) augmenter son budget militaire." L'article I-41-3 dit: "*Les Etats membres s'engagent à améliorer progressivement leurs capacités militaires*". Cela signifie avant tout que pour les missions de maintien de la paix et de prévention de conflits inscrites dans la Constitution, les Etats ont besoin d'autres capacités que celles datant de la guerre froide. Ils doivent adapter leurs capacités militaires aux nouvelles missions de notre époque (renforcement de la sécurité internationale, conformément aux principes de la charte des Nations Unies). Dans le domaine de la sécurité et de la défense, chaque Etat membre est libre de participer ou non. L'unanimité règne. Le Luxembourg peut donc participer à des missions de paix et de prévention de conflit ou non. Il peut laisser cette charge aux autres Etats membres. Voulons-nous laisser les autres prendre en charge notre sécurité ?

Quelle sera la référence commune des politiques militaires de l'Union Européenne?

- les intérêts européens
- l'OTAN
- la constitution n'en parle pas

La référence c'est l'OTAN (Article I-41-7). Cet alignement éloigne la perspective d'une défense européenne émancipée de l'emprise américaine puisque, au contraire, le projet de constitution affiche l'objectif pour l'Europe d'occuper une place plus importante dans la machine de guerre impériale des USA.

Il est faux d'affirmer que la politique de sécurité et de défense a comme seule référence l'OTAN. Il est vrai que 21 Etats membres de l'UE sont membres de l'OTAN et veulent le rester. La Constitution développe les perspectives d'une défense européenne. Il est donc faux d'affirmer en tout cas que l'Europe veut se rapprocher de la "machine de guerre impériale des USA". Mais l'équation à résoudre pour l'UE est de concilier les intérêts militaires des Etats neutres et des Etats membres de l'OTAN. A cet égard la Constitution constitue une avancée importante dans le sens d'une défense européenne propre.

Selon le projet de constitution, qui aura l'initiative de proposer les lois ?

- les parlements nationaux
- le parlement européen
- la commission européenne
- le conseil des ministres européen

C'est la commission européenne et le conseil des ministres oui proposent des lois (Article I-26-2). Le parlement européen, pourtant élu, n'en a pas la possibilité.

La Commission propose l'essentiel des lois européennes. Mais le PE peut également demander à la Commission de soumettre des propositions de loi (art. III-332). L'article I-47 introduit la possibilité pour un million de citoyens de demander à la Commission de soumettre une proposition de loi.

Au Luxembourg, les propositions de loi émanant de députés sont rares. L'essentiel de la législation se fait sur la base de projets de loi gouvernementaux, comme dans la plupart des démocraties parlementaires dans le monde.

La priorité économique de l'Union Européenne sera de lutter contre :

- le chômage
- la misère
- l'inflation

La priorité de l'Union c'est la lutte contre l'inflation (Article I-3-3) dont une conséquence connue est la montée du chômage.

La priorité économique de l'UE est "*d'œuvrer pour le développement durable de l'Europe fondé sur une croissance économique équilibrée et sur la stabilité des prix, une économie sociale de marché hautement compétitive, qui tend au plein emploi et au progrès social, et un niveau élevé de protection et d'amélioration de la qualité de l'environnement*". Voilà l'article I-3-3 dans son ensemble. En arrachant un mot à son contexte, on dénature un texte. Vieille méthode de la propagande.



La Constitution dit que la Banque centrale est une institution indépendante. Selon l'article III-383, elle présente chaque année un rapport au Parlement européen qui peut tenir un débat général. Mais il est vrai que l'idée fondamentale a été de créer une Banque centrale protégée des influences des Etats membres pour garantir la stabilité de la monnaie. Il est vrai aussi que de cette façon l'instrument monétaire de la politique économique que certains Etats (comme la France ou l'Italie) ont utilisé autrefois n'existe plus. Les dévaluations compétitives pour relancer la machine par le commerce extérieur étaient autrefois et jusqu'il y a peu un moyen classique pour un Etat (France, Italie p.ex.) d'être plus compétitif que ses partenaires sans autre effort, mais évidemment au détriment de ses partenaires.



Il est vrai que la Constitution, comme les traités actuels, ne peut être modifiée qu'à l'unanimité. Je n'ai rencontré personne en France ni ailleurs dans aucun parti ni dans aucun groupe qui ait demandé de la modifier à la majorité.

La raison c'est que l'Union rassemble des Etats indépendants qui entendent le rester. Le Luxembourg trouve d'ailleurs dans l'unanimité un levier pour défendre ses intérêts, tout comme les autres Etats.

Personne ne peut dire s'il est impossible de modifier la Constitution à l'avenir. Ce sera sans doute difficile, c'est pour cela que la Constitution prévoit des procédures plus flexibles surtout pour modifier la partie III. Dans le passé, les traités ont été modifiés de nombreuses fois. Ils le seront aussi à l'avenir, si les conditions et les situations l'exigent.

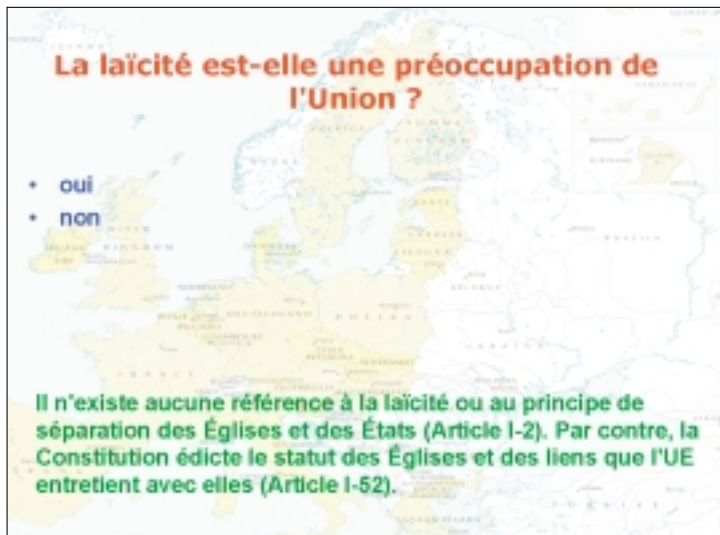


Il est prévu de faire adhérer la Roumanie et la Bulgarie en 2007. Il faut que pour cela chaque Etat ratifie le traité d'adhésion. La Croatie n'a pas encore commencé ses négociations.

L'adhésion de 10 nouveaux Etats membres a été approuvée au Luxembourg à l'unanimité des 60 députés, dont le CSV, le DP, le LSAP, l'ADR, un député de "Déi Lenk".



Mon exemplaire du Traité constitutionnel, publié par l'Office des publications des CE, compte 482 pages avec les protocoles, annexes, acte final, déclarations diverses. Le texte proprement dit de la Constitution en compte 198.

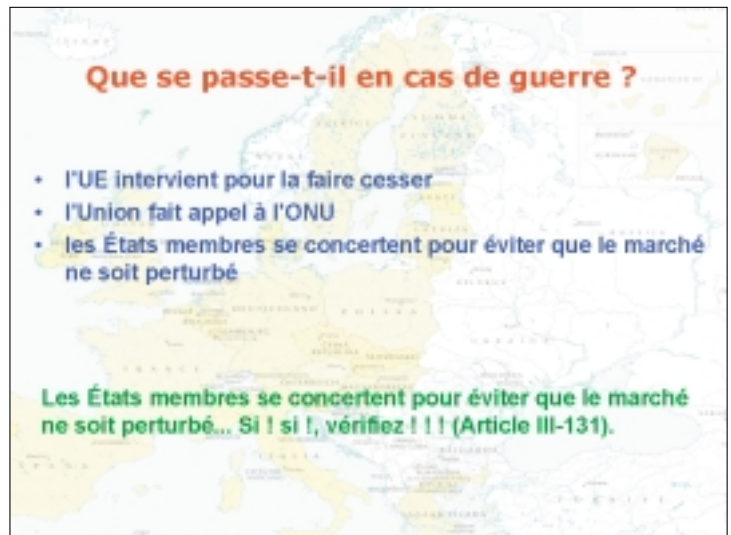


Il n'y a en effet aucune référence à la laïcité telle que l'entend la Constitution française. C'est que chaque Etat membre a son propre régime en matière de relation entre l'Etat et les églises.

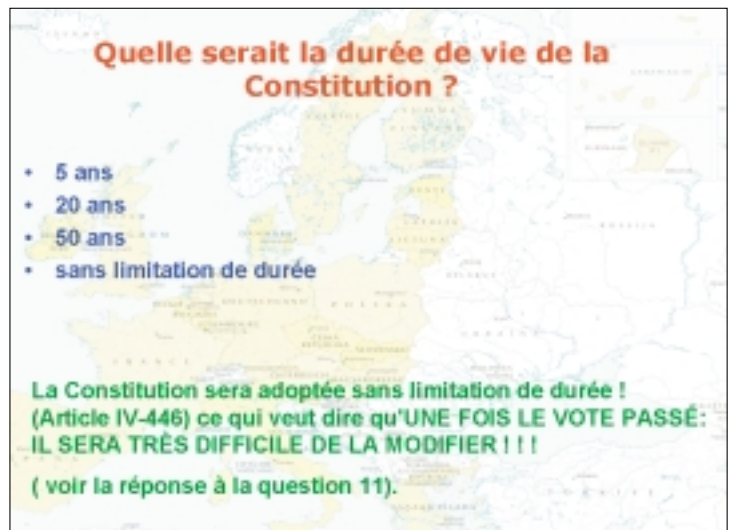
C'est pour cela qu'il n'y a pas de référence à Dieu dans la Constitution.

Il est faux d'affirmer que la Constitution édicte le statut des Eglises. Edicter signifie imposer. Or la Constitution précise que l'Union "respecte et ne préjuge pas du statut" des Eglises dans les Etats membres. Elle ne s'en mêle pas, heureusement.

La seule chose que l'Union accepte dans l'article I-52, c'est un dialogue régulier et transparent avec les églises et les organisations confessionnelles et non confessionnelles. Quelqu'un a-t-il un problème avec le dialogue ?



Il est vrai que certaines dispositions de la partie III, comme cet article 131, viennent d'un autre âge et n'ont plus rien à voir avec notre époque. Ces dispositions anciennes, datant de 1957, incluses dans le chapitre sur le marché intérieur, sont dépassées.



L'article IV – 446 qui dit que la Constitution a une durée illimitée est repris des traités antérieurs. C'est la formule consacrée et c'est dans la logique de ce que l'Union veut faire: l'intégration européenne à approfondir et à rendre toujours plus solide pour vaincre le nationalisme.

Et si le non l'emporte?

Evidemment on continuera avec le Traité de Nice. Rien de cassé donc?

Si. Dès à présent la perspective d'une Europe politique forte, avec un modèle de société tel que décrit dans la Constitution, avec le principe du développement durable, avec un rééquilibrage social et écologique, s'éloigne, au profit d'une zone de libre échange. Les Britanniques s'en réjouissent ouvertement.

Le "non" a déjà fait des ravages contre l'euro, instrument indispensable pour la compétitivité de nos entreprises. L'Europe est en crise, nettement.

On peut s'en réjouir. Moi non !



Voilà une affirmation qui cite un article de la Constitution, mais de façon incomplète: "La Constitution et le droit adopté par les institutions, dans l'exercice des compétences qui sont attribuées à celle-ci, priment le droit des Etats membres." Ce qui signifie que là où les Etats membres attribuent des compétences à l'Union, le droit de l'Union prime. Il est donc naturel que les Etats coopèrent loyalement dans ces domaines. Sans cela, rien ne va plus.

Für eine kooperative Naturschutzpolitik mit der Landwirtschaft



Gemeinsame Stellungnahme von Mouvement Écologique, Naturpark Oewersauer, SICONA-Centre, SICONA-Ouest

In den letzten 50 Jahren ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Luxemburg um 80 % zurück. Das real sinkende Einkommen und eine europäische Agrarpolitik, die bis vor kurzem noch auf Produktionssteigerung ausgerichtet war, zwang die Landwirte zu einer höheren Produktion und zu einer Verringerung der Kosten.

Seit die Forstverwaltung Anfang des Jahres einen Interpretationsvorschlag für Artikel 17 des Naturschutzgesetzes vorgelegt hat, gibt es in Umwelt- und Landwirtschaftskreisen heftige Diskussionen darüber, wie Naturschutz- und Agrarpolitik in Zukunft verstärkt zusammengeführt werden können. Leider fand diese Debatte bis dato noch keine positive Lösung, die für alle Seiten akzeptabel wäre. Dass indes Handlungsbedarf besteht kann nicht bezweifelt werden – die biologische Vielfalt Luxemburgs geht vielerorts weiter zurück. Über das "Wie" muss im Rahmen des in Ausarbeitung befindlichen nationalen Naturschutzplans kurzfristig entschieden werden. Sicher ist jedoch, dass nicht repressive Instrumente im Vordergrund stehen sollten, sondern nur über eine Politik, die den Landwirten Anreize bietet, den Naturschutzgedanken in ihre Betriebe einzubringen, langfristige Erfolge erreicht werden können.

Im folgenden möchten die Unterzeichner eine Reihe konkreter Anregungen für ein Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz vorlegen, wobei die Interpretation des genannten Artikels des Naturschutzgesetzes nur ein Element einer Gesamtstrategie sein kann. Dabei wurde unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes und positiver Erfahrungen aus kooperativen Projekten mit der Landwirtschaft ein kohärenter Instrumentarienmix entwickelt, der nicht nur defensiven Charakter hat, sondern mehr Natur in die Agrarlandschaften Luxemburgs bringen dürfte.



Zur Lage der Natur...

Objektive, flächendeckende und aktuelle Daten zur Lage von Natur und Landschaft fehlen zur Zeit gänzlich. Dies stellte bereits das Audit von BASLER und ERSÄ von 1998 über den Zustand der natürlichen Umwelt in Luxemburg fest und seither wurden keine Schritte unternommen, um dieses Defizit zu decken. Trotzdem besteht kein Zweifel, dass auch bei uns seit den sechziger Jahren viele Landschaften zunehmend monotoner werden und besonders Arten extensiver Nutzungssysteme stark zurückgegangen sind und noch weiter zurückgehen (man denke nur an die Umwandlung der meisten nicht oder wenig gedüngten Heuwiesen in stark gedüngte, vielschnittige Silageflächen). Auch auf der Ebene der Tierarten sind die Zahlen erschreckend: Von z.B. 3400 - 4200 Steinkauzpaaren (Schätzung um 1960) sind nur 20-40 Paare übriggeblieben (also etwa 1%). Aber auch die Pflanzenwelt ist bedroht: auf der Roten Liste der Luxemburger Gefäßpflanzen stehen 34% aller einheimischen Arten. Davon sind 7,6% bereits bei uns ausgestorben und weitere 9,2% vom Aussterben bedroht, so die Zahlen des Naturhistorischen Museums. Das oben erwähnte Audit über den Zustand der natürlichen Umwelt hat des Weiteren festgestellt, dass der Gefährdungsgrad für viele Tiergruppen in Luxemburg weitaus kritischer ist, als in unseren Nachbarländern.

Statt jeden kleinen Eingriff in die Natur, selbst Maßnahmen die aus Naturschutzsicht durchaus sinnvoll sind, genehmigungspflichtig zu machen, scheint es uns sinnvoller, in kurzer und übersichtlicher Form die Eingriffe zu definieren, die zum notwendigen Management der Landschaft gehören. So kann etwa eine ökologisch sinnvolle Heckenpflege stattfinden, ohne dass Tausende von Genehmigungen anfallen.

Andererseits ist die biologische Vielfalt in verschiedenen Landschaftsräumen Luxemburgs trotz hoher Verluste während der letzten Jahrzehnte noch immer hoch im Vergleich mit unseren Nachbarregionen. Ein hoher Grünlandanteil und eine reliefbedingte, verhältnismäßig kleinräumige Nutzung haben bisher einer Reihe anspruchsvoller Arten, die in verschiedenen Nachbarländern schon sehr selten geworden sind, eine Überlebenschance geboten. So kommen in Luxemburg z.B. noch 50 - 100 Raubwürgerpaare vor – heute eine vergleichsweise hohe Dichte für eine europaweit gefährdete Vogelart der strukturierten Agrarlandschaften.

Viele andere Landschaften dagegen – besonders jene mit hohem Ackeranteil – wurden sehr stark ausgeräumt und intensiviert. Große Schläge, hohe Düngergaben, wenige Randstrukturen bedeuten für viele Arten das Aus. Typische Arten der Feldflur werden zu Raritäten: So sank der Rebhuhnbestand in Luxemburg in den letzten 50 Jahren um über 99 % und das bei einem Ausgangsbestand von 6000 Paaren.

Die Lage der Natur in Luxemburg ist somit sehr unterschiedlich: in Abhängigkeit von natürlichen Gegebenheiten wie Böden oder Relief, den vorherrschenden Nutzungen, dem Flächendruck durch Landschaftsverbrauch und den persönlichen Ansichten und Überzeugungen der landwirtschaftlichen Betriebsleiter, variieren unsere Landschaften von naturnah bis total ausgeräumt und intensiviert.



Änderungen auf der Ebene der landwirtschaftlichen Prämien sind eine Grundvoraussetzung zur Schaffung besserer Rahmenbedingungen für den Naturschutz: der Schutz von natürlichen Strukturen muss belohnt statt bestraft werden. Auch in intensiver genutzten Fluren müssen naturnahe Flächen vorhanden sein.

Keine Schuldzuweisung

Die Entwicklung von Natur und Landschaft in den letzten Jahrzehnten wurde durch die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung maßgeblich beeinflusst: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nahm in den letzten 50 Jahren um mehr als 80% ab – bei gleichzeitiger rapider Zunahme der Mechanisierung der Landwirtschaft. Im selben Zeitraum blieben die Erzeugerpreise für viele Lebensmittel mehr oder weniger konstant – die Landwirte konnten nur durch eine höhere Produktion und eine Verringerung der Kosten ihr Einkommen halbwegs stabilisieren.

Die Reduktion der Betriebe, das real sinkende Einkommen für die Landwirte und eine europäische Agrarpolitik, die noch bis vor kurzem auf Produktionssteigerung ausgerichtet war, blieb nicht ohne Konsequenzen für die Landschaft. In der Tat:

- lassen sich große Parzellen kostengünstiger bewirtschaften als kleine;
- bringt die Erhaltung der Landschaftsstrukturen Arbeit und Kosten mit sich;
- können extensive Nutzungsformen, wie z.B. Heuwiesen, nur in einem gewissen Ausmaß in normale Milchviehbetriebe integriert werden;

- werden Grenzertragsböden zunehmend aus der landwirtschaftlichen Extensivnutzung entlassen und verbuschen, was fast immer mit einem Verlust an Biodiversität verbunden ist;
- führt der Verlust landwirtschaftlicher Böden durch Urbanisierung und Straßenbau, durch den Straßenbau bedingte Kompensationsmaßnahmen oft zu zusätzlicher Intensivierung der Landwirtschaft, um den Flächenverlust zu kompensieren;
- waren Landschaftselemente ab einer gewissen Breite bisher nicht prämiert, so dass die Entfernung und Reduzierung von Landschaftselementen für den Landwirt ökonomisch sinnvoll war.

Schlussfolgernd kann festgestellt werden, dass Naturschutz in der Agrarlandschaft ohne Veränderungen der landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zum Scheitern verurteilt ist. Ökonomische Faktoren wie die Erzeugerpreise, aber vor allem die landwirtschaftlichen Prämien, spielen eine entscheidende Rolle. Letztere stellen zur Zeit über 80 % des Gewinns der landwirtschaftlichen Betriebe dar.

Kooperation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft bringt mehr Biodiversität: aus positiven Beispielen lernen!

Selbst wenn vielerorts die biologische Vielfalt rasant schwindet, gibt es auch positive Beispiele in Luxemburg: In der Gemeinde Bartringen z.B. konnten seit 1990 durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Landwirten zahlreiche Naturschutzprojekte realisiert werden.

In 15 Jahren wurden über 7 km Hecken, Säume, Baumreihen oder Uferstreifen an Gewässern angelegt, Baumgruppen und Obstwiesen gepflanzt und vor allem fast 180 ha Extensivwiesen und –weiden im Rahmen der Biodiversitätsverträge gesichert. Die Vertragsnaturschutzflächen stellen damit zur Zeit mehr als 16 % der landwirtschaftlichen Gesamtfläche in dieser Gemeinde dar. Außerdem konnten fast 10 ha Feuchtwiesen aufgekauft und durch eine angepasste Nutzung (größtenteils über Vertragsnaturschutz durch Landwirte) erhalten oder wiedervernässt werden. Dieses Jahr wurde auch ein Projekt zur Anlage von Buntbrachen im Ackerland gestartet.

Viele Arten der Agrarlandschaft haben auf diese Maßnahmen positiv reagiert, konnten ihre Bestände halten oder sich sogar substanziell erholen. Beispielhaft seien hier mindestens 3 Rebhuhnreviere, jeweils 10-20 Neuntöter- und Schwarzkehlchenpaare oder auch mehrere Vorkommen des Großen Feuerfalters - einer europaweit gefährdeten Schmetterlingsart - erwähnt, die man heute wieder in dieser Gemeinde findet.

Diese Erfolge basieren einzig und allein auf einer kooperativen Vorgehensweise d.h.:

- einem intensiven und kontinuierlichen Dialog zwischen einem Naturschutzsyndikat und den lokalen Landwirten;
- einer hohen Akzeptanz für den Naturschutz seitens der meisten Landwirte, aufgrund attraktiver Angebote und eines langsam entwickelten Vertrauensverhältnisses;
- der Bereitstellung substantieller Mittel seitens der betroffenen Gemeinde für Biotoppflege, Neuanlage und Flächenankauf;

- der finanziellen Unterstützung des Naturschutzsyndikats respektiv der Gemeinde durch die Forstverwaltung im Rahmen des Großherzoglichen Reglements betreffend Beihilfen für die Erhaltung der natürlichen Umwelt;
- der großflächigen Anwendung der Biodiversitätsprogramme in der Agrarlandschaft mit Mitteln des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums.

Dieses Beispiel ist zugegebenermaßen nicht auf das ganze Land übertragbar. Trotzdem gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Gemeinden die eine kooperative Zusammenarbeit zwischen Landwirten, Grundeigentümern, Umweltstiftungen, Förstern, Naturschutz- und Naturparksyndikaten, Gemeinden und Staat praktizieren. Diese kann mit Sicherheit noch optimiert werden, vor allem aber gilt es sie flächendeckend umzusetzen.

5 konkrete Vorschläge für eine kooperative Naturschutzpolitik in der Agrarlandschaft

Aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte fordern die Unterzeichner eine offensive und kooperative Naturschutzpolitik mit der Landwirtschaft. Das bedeutet, dass die Erhaltung der Natur zum Standard der landwirtschaftlichen Praxis wird und sich auch finanziell für den Landwirten lohnen muss. Dies beinhaltet auch, dass alle Betriebe einen Beitrag zur Erhaltung oder Wiederherstellung der biologischen Vielfalt leisten. Diese Maßnahmen bedingen nur verhältnismäßig geringe Zusatzaufwendungen der öffentlichen Hand und können z.T. bereits durch Umschichtungen finanziert werden. Darüber hinausgehende, spezielle Unterhaltsarbeiten von Lebensräumen, sowie Landschaftsrestaurierungen müssen von Staat und Gemeinden übernommen werden, wobei sie teilweise ebenfalls von den Landwirten gegen Entgelt realisiert werden können.



Bartringen – ein positives Beispiel für den Naturschutz: Die Kooperation zwischen Staat, Gemeinde, Naturschutzsyndikat und lokalen Landwirten hat nach 15 Jahren Zusammenarbeit zu einem sehenswerten Resultat geführt – auf 16 % der Agrarlandschaft haben die Landwirte Biodiversitätsverträge unterzeichnet, 800 Bäume wurden in die Feldflur gepflanzt, Uferstreifen und stehende Gewässer angelegt, so dass heute insgesamt ca. 20 % der Landschaft für den Naturschutz zu Verfügung stehen.

Ökologisch besonders wertvolle Flächen bedürfen auch in Zukunft eines besonderen Schutzes, der aufgrund des hohen Stellenwerts des Grundeigentums nur über einen Ankauf durch öffentliche Träger gewährleistet werden kann. Allerdings handelt es sich hierbei um geringe Flächenanteile, die außerdem größtenteils von Landwirten unter Auflagen genutzt werden können.

Dieser gesamte Prozess muss von einem nachvollziehbaren Monitoring der Landschaft und ausgewählter Zielarten begleitet werden, um die Wirksamkeit oder aber etwaige Schwachpunkte für beide Seiten nachvollziehbar zu machen.

Die unterzeichnenden Organisationen schlagen deshalb mehrere Bausteine vor, um dieses Miteinander zu gewährleisten.

1. Naturschutz als Bestandteil der guten landwirtschaftlichen Praxis

Die Unterzeichner halten es für unverzichtbar die landwirtschaftlichen Grundprämien (Betriebsprämie - Cross-compliance -, Ausgleichszulage und Landschaftspflegeprämie) an das Vorhandensein eines Mindestanteils an naturnahen Flächen pro Betrieb zu koppeln. Dies ist aus ökologischen und sozialen Gründen notwendig, da nur so ausgeräumte Landschaften restauriert und naturfreundliche Landwirte nicht benachteiligt werden. **Natur wird so zu einem positiven Faktor für den Landwirt, da sie dem Betrieb angerechnet wird, statt durch repressive Maßnahmen erhalten zu werden!**

In dem Zusammenhang fordern die Unterzeichner

- bei der nächsten Revision die Cross-Compliance-Prämie an das Vorhandensein eines Mindestanteils naturnaher Elemente pro Betrieb zu koppeln, wobei obligatorische Stilllegungsflächen mit entsprechenden Naturschutzmaßnahmen (z.B. Buntbrachen) in diesen Mindestanteil einfließen können.
- auch bei der anstehenden Neugestaltung der Ausgleichszulage und der Landschaftspflegeprämie einen entsprechenden Mindestanteil von Landschaftsstrukturen (z.B. Hecken, Buntbrachen) und Extensivflächen (z.B. Magerwiesen) pro Betrieb festzuschreiben (z.B. insgesamt mindestens 5 % bei der Ausgleichszulage und insgesamt 7 % bei der Landschaftspflegeprämie)



Viele Arten der Agrarlandschaft sind aufgrund der steigenden Intensivierung inzwischen bei uns stark gefährdet oder sogar bereits ausgestorben- der Steinkauz, einst eine häufige Art Luxemburgs, ist seit 1960 von 3400-4200 Paaren auf 20-40 Paare zurückgegangen, d.h. um 99% !

Dieses Modell stellt die bestehenden Agrarumweltprogramme und die Biodiversitätsprogramme nicht in Frage, da es nur das Bereitstellen der Flächen für Biotope honoriert, nicht jedoch notwendige Pflegemaßnahmen oder eine extensive Nutzung. Diese Leistungen können daher weiterhin über die beiden genannten spezifischen Programme abgewickelt werden. Außerdem würde diese Vorgehensweise die Chancen für den Erhalt der Ausgleichszulage erhöhen, die unseren Informationen nach durch Vorgaben der Brüsseler Kommission gefährdet ist.

Auch in der landwirtschaftlichen Praxis ist dieses Modell absolut umsetzbar, da es zur Zeit bereits eine Reihe von Betrieben gibt, die zwischen 10 und 20 % ihrer Betriebsfläche im Rahmen von Biodiversitätsprogrammen nutzen oder einen hohen Anteil an Extensivflächen und Landschaftsstrukturen aufweisen.

2. Optimierung spezifischer Programme für weitergehendere Maßnahmen

Aufbauend auf dem oben vorgeschlagenen, modifizierten Grundprämiemodell, fordern die Unterzeichner auch eine kurzfristige Überarbeitung der Agrarumweltprogramme und der Biodiversitätsprogramme, sowie eine Aufstockung der entsprechenden Kredite. Wenn der kooperative Naturschutz, wie im Koalitionsprogramm der Regierung festgeschrieben, Vorrang vor reglementarischen und repressiven Maßnahmen haben soll, dann halten die Unterzeichner es für unabdingbar, dass:

- Agrarumweltprogramme und Biodiversitätsprogramme kurzfristig durch eine Expertengruppe analysiert und optimiert werden;
- die Bearbeitungszeiten inklusive die Zeitdauer bis zur Auszahlung bei Biodiversitäts- und Agrarumweltprogrammen, massiv verkürzt werden;
- die Umweltschutzorganisationen und die Naturpark-/Naturschutzsyndikate mindestens je 1 Vertreter in der "Commission Biodiversité" erhalten;
- die Budgetmittel für die Erhaltung der Biodiversität in der Agrarlandschaft im Etat von 2006 auf 2 Millionen € erhöht werden, um bis 2010 das Niveau von mindestens 4 Millionen € zu erreichen;

- die Budgetmittel für die Neuanwerbung von Verträgen und die nachträgliche Betreuung ab 2006 auf mindestens 300.000.- € erhöht werden.

3. Besonderer Schutz für besonders relevante Flächen

Komplementär zu den oben genannten Maßnahmen ist der Flächenankauf und der Kauf von Tauschflächen (Öko-landbanking) bei besonders seltenen und gefährdeten Biotopen oder in den Kernbereichen von Naturschutzgebieten durch Umweltstiftungen oder öffentliche Träger (Staat, Gemeinden) unerlässlich. In dem Zusammenhang begrüßen die Unterzeichner die Aufnahme einer entsprechenden Regelung in das abgeänderte Gesetz des Umweltfonds. In der praktischen Umsetzung bestehen jedoch eine Reihe von Problemen die es kurzfristig zu lösen gilt:

Die Unterzeichner fordern in Bezug auf den Umweltfonds:

- die Bereitstellung von mindestens 2,5 Millionen € jährlich für Flächenankäufe durch Umweltstiftungen, Gemeinden und Syndikate;
- das Ermöglichen des Ankaufs von Tauschflächen;
- die substantielle Verkürzung der Bearbeitungszeiten bei den Anträgen;
- die Bindung der subventionierten Flächenankäufe an entsprechende Servituten im notariellen Kaufakt;
- die Modifizierung des rezenten ministeriellen Zirkulars an die Gemeinden in Bezug auf die finanzielle Obergrenze beim Ankaufspreis;
- die Vertretung der Umweltschutzorganisationen und der Naturpark/Naturschutzsyndikate durch mindestens je 1 Vertreter im Comité de Gestion des Umweltfonds, zumindest mit Beobachterstatus.

4. Landschafts- und Biodiversitätsmonitoring als Barometer für die Effizienz einer kooperativen Politik

Luxemburg braucht objektive und aktuelle Daten zur Entwicklung der Landschaft und ausgewählter Zielarten. Über die Berichtspflicht, die Luxemburg im Rahmen der europäischen Habitatrichtlinie erfüllen muss, hinausgehend, ist es unumgänglich die Gesamtlandschaftsentwicklung mittels

Tableau concernant la gestion normale de certains biotopes mentionnés à l'article 17 de la loi du 19 janvier 2004

Type d'habitat

Gestion normale – non soumise à autorisation

Mare

y compris annexe 1 de la loi:

Eaux eutrophes avec végétation de type Magnopotamion ou Hydrocarition

- Pose de clôtures autour des mares sises dans des pâturages permanents avec une charge de bétail supérieure à 0,5 UGB/ha;
- Pâturage à faible densité (maximum 0,5 UGB/ha) ou
- Fauchage avec enlèvement de la masse végétale de *Typha latifolia* ou d'autres espèces invasives (intervention seulement entre le 16 juillet et le 28 février);
- Pas de fertilisation et de chaulage, pas de biocides.
- Mares en forêt: pas de gestion courante nécessaire.
- Toute intervention soumise à autorisation.

Haie

Broussaille

- Toute taille sera réalisée moyennant des machines qui assurent une coupe nette ou manuellement et sera limitée à environ 1/3 de la longueur respectivement du volume de chaque haie. Toutefois les haies / broussailles de petites taille (moins de 20 m de longueur) peuvent être taillées ou mises sur souche en deux pas, tout en respectant les intervalles susmentionnés dans les temps mentionnés ci-après;
- La taille verticale peut être réalisée annuellement du côté des chemins si le passage des engins (agricoles) ou des promeneurs l'exige;
- La taille verticale du côté des cultures agricoles sera réalisée tous les 4 ans au plus, sans pourtant endommager ou enlever le corps de la haie;
- La taille horizontale régulière ou même annuelle est limitée aux endroits précaires du point de vue de la sécurité, tels que les sorties des parcelles agricoles ou les carrefours.
- La taille annuelle des haies taillées en caisson (Kastenhecken) se fera seulement sur les haies existant sous cette forme depuis 3 ans au moins;
- La mise sur souche d'une haie / de broussaille peut se faire moyennant des tronçons de maximum 30 m de longueur respectivement maximum 50 m pour les haies de plus d'un kilomètre de longueur tout en respectant le seuil de 33 % de la surface et du volume par saison. Les interventions sur un même tronçon sont espacées d'au moins 6 ans pour les haies à dominance de noisetiers et de frênes et d'au moins 10 ans pour les autres haies. Dans la mesure du possible au moins 1 arbuste par tronçon est maintenu.

Pelouse sèche

y compris annexe 1:

Pelouses calcaires karstiques

Pelouses calcaires de sables xériques

Pelouses calcaires sèches

semi-naturelles

Formations de *Juniperus communis*

Formations stables à *Buxus*

sempervirens

- Maintenir la végétation ligneuse au niveau actuel;
- Pâturage itinérant avec des moutons ou des chèvres gardés; animaux à mettre en enclos nocturne à l'extérieur de la pelouse sèche; intervalles entre les passages au moins 8 semaines; 10 % au moins de la surface sont à exclure du pâturage ou;
- Fauchage (maximum 2 coupes annuelles) avec enlèvement du matériel; 10 % au moins de la surface sont à exclure du fauchage;
- Pas de fertilisation et de chaulage, pas de biocides.

annexe 1 de la loi:

Prairies maigres de fauche

- La gestion comprend max. deux coupes annuelles avec enlèvement du matériel ou une coupe suivie de pâturage
- Pas de fertilisation ou maximum 50 kg N/ha (de préférence du fumier), pas de labour, de resemis, de traitement chimique ou d'affouragement

Statt zahlreiche Arbeiten von Landwirten einer Genehmigung zu unterwerfen, schlagen der Mouvement Ecologique und die Syndikate eine "Positivliste" vor. D.h., werden Arbeiten entsprechend durchgeführt, muss keine Genehmigung angefragt werden. Folgende Tabelle bietet Beispiele, wie eine derartige Liste gestaltet werden könnte.

standardisierter Methoden zu beobachten. Diese Daten stellen eine fundierte Basis bei der Bewertung der Naturschutzinstrumentarien dar, fördern eine Versachlichung der Diskussion und liefern eine Grundlage für politische Entscheidungen. Sie sind auch wichtig, damit betroffene Personengruppen, etwa Landwirte die Notwendigkeit bestimmter Naturschutzmaßnahmen nachvollziehen können. Außerdem erlauben sie eine objektive Überwachung der Wirksamkeit oder der Grenzen des kooperativen Naturschutzes und ermöglichen gegebenenfalls eine Gegensteuerung. Wünschenswert wäre eine Anlehnung an entsprechende Biomonitoringprogramme der Schweiz oder der Landesanstalt für Ökologie in Nordrhein-Westfalen.

Die Unterzeichner fordern das Umweltministerium auf:

- ein nationales Landschafts- und Biodiversitätsmonitoring im Rahmen des "Plan National pour la Protection de la Nature" festzuschreiben;
- die Daten regelmäßig vorzustellen und über Internet allgemein zugänglich zu machen;
- bei einer weiteren Verschlechterung des Zustandes der natürlichen Umwelt die Ursachen feststellen zu lassen und unverzüglich Maßnahmen einzuleiten.

5. Gesetze als letzte Hürde: für eine pragmatische Interpretation des Naturschutzgesetzes

Das Naturschutzgesetz und besonders der von der Forstverwaltung ausgearbeitete Interpretationsentwurf zu Artikel 17 führten, wie bereits erwähnt, in den letzten Monaten zu starken Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Akteure. Die Unterzeichner plädieren, wie vorher ausgeführt, grundsätzlich für einen kooperativen Ansatz, der allerdings eine entsprechende Reform der Rahmenbedingungen und eine substantielle Aufstockung der Finanzmittel voraussetzt. In Bezug auf den Interpretationsentwurf stellen die Unterzeichner fest, dass:

- die bisherige, weniger weitgehende Interpretation von Artikel 17 (alter Artikel 14) den Arten- und Biotopschwund seit 1982 nicht zu stoppen vermochte;
- über die im Interpretationsentwurf erwähnten Biotope hinaus, die Habitate von europäischer Bedeutung ebenfalls aufgrund von Artikel 17 – Anhang 1 geschützt sind und daher in einem Interpretationsentwurf berücksichtigt werden müssen;
- auch die Habitate der europaweit gefährdeten Arten, die durch Artikel 17 (Anhänge 2 und 3) geschützt sind, zu berücksichtigen sind;
- die von der Forstverwaltung vorgeschlagene Interpretation zu einer unvermeidbaren Bürokratisierung des Naturschutzes führt, die die Verwaltung rein personell überhaupt nicht bewältigen kann;
- die beabsichtigte strenge Interpretation bei den Landwirten Trotzreaktionen provoziert, die die ablehnende Haltung gegenüber dem Naturschutz verstärkt;

- durch diese Vorgehensweise proaktiver und kooperativer Naturschutz in Zukunft behindert wird;
- die Auswirkungen der genannten Interpretation auf die Gemeinden und Privatleute unklar ist, da die Anwendbarkeit des Artikel 17 innerhalb des Bauperimeters bisher juristisch nicht geklärt ist.

Die Unterzeichner schlagen in diesem Zusammenhang vor:

- Artikel 17 im Regelfall nur bei den namentlich und den in Anhang 1 des Gesetzes aufgeführten Habitaten und Biotopen, sowie bei den Habitaten von Arten der Anhänge 2 und 3 anzuwenden;
- für jeden in Artikel 17 angeführten Habitattyp die normale, nicht genehmigungspflichtige Nutzung oder Pflege festzuschreiben, so dass nur wenige genehmigungspflichtige Eingriffe übrig bleiben;
- den Ausbau und Neubau von Wegen über Artikel 6 zu regeln;
- beim Schutz der Bäume ausschließlich die Bestimmungen von Artikel 14 anzuwenden;
- gegebenenfalls außergewöhnliche Bäume mittels Gesetz vom 18. Juli 1983 über den Denkmalschutz als Naturdenkmal auszuweisen;
- bei schwierig zu erkennenden Habitaten schnellstmöglich Karten mit den entsprechenden Zonen allen Akteuren mittels Internet zur Verfügung zu stellen;
- gleichzeitig die Betroffenen über die sich in ihrem Besitz befindlichen Biotope zu informieren und für entsprechende Agrarumwelt- oder Biodiversitätsprogramme zu sensibilisieren;
- mit dem Innenministerium eine Klärung herbeizuführen, wie Naturschutzgesetz und Bautengesetz ineinander greifen und inwiefern die Ausführungen des Naturschutzgesetzes grundsätzlich auch im bebauten Bereich Gültigkeit haben.

Die vorgeschlagene Beschreibung der normalen, nicht genehmigungspflichtigen Nutzung resp. Pflege der von Artikel 17 visierten Habitats, wird nachstehend tabellarisch anhand einiger Beispiele dargestellt. Die Gesamttabelle mit allen Habitats wird dem Umweltminister separat zugestellt. Dieser Text stellt einen Entwurf dar, der mit Sicherheit noch diskutiert und ergänzt werden kann.



Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern fehlen in Luxemburg zuverlässige und standardisierte Daten zur Entwicklung der Landschaft und der Artenvielfalt. Ein nationales Biodiversitätsmonitoring – ähnlich wie etwa in der Schweiz – ist ein wichtiges Instrument für eine objektive Bewertung der Situation, ein zielgerichtetes Handeln und eine Akzeptanzverbesserung bei den Betroffenen.

Au début du 20^{ème} siècle, le Luxembourg comptait encore 2 espèces d'écrevisses indigènes: l'écrevisse à pieds rouges ou écrevisse noble (Astacus astacus) (Edelkrebs) dans la plupart de nos cours d'eau et l'écrevisse des torrents ou écrevisse de pierre (Austropotamobius torrentium) (Steinkrebs) dans certains affluents de la Moselle. De ces deux espèces, il ne subsiste plus actuellement qu'une petite population d'écrevisses des torrents sur un affluent de la Moselle.

Quelle menace pour la biodiversité de nos écrevisses indigènes?

Le Roudersbaach, zone surpâturée et remblayée, à protéger par une clôture.



L'écrevisse des torrents (*Austropotamobius torrentium*).

La cause principale de la disparition de l'écrevisse à pieds rouges est liée à l'apparition d'un champignon appelé peste de l'écrevisse. Cette maladie serait arrivée vers 1860 en Europe à Venise par les eaux de cale de bateaux en provenance des Etats Unis. La peste de l'écrevisse se serait ainsi propagée petit à petit dans nos cours d'eau et aurait décimé toutes les populations d'écrevisses à pieds rouges du Luxembourg.

D'autres facteurs sont également intervenus dans le déclin progressif de ces populations, à savoir la pollution des cours d'eau ainsi que l'introduction volontaire ou involontaire d'espèces exotiques à forte croissance, plus agressives, résistantes aux maladies et vecteurs passifs de la peste. Nous songeons tout d'abord à la petite écrevisse américaine (*Orconectes limosus*) (Kamberkrebs) qui a été introduite en Allemagne pour la première fois en 1890. Cette espèce peut supporter de grandes variations de température et de faibles valeurs en oxygène. De plus, elle résiste fort bien aux pesticides et aux métaux lourds. La petite écrevisse américaine est présente le long de la Moselle, aux gravières à Remerschen et dans les eaux du lac de barrage de la Haute-Sûre.

L'écrevisse de Californie ou écrevisse signal (*Pacifastacus leniusculus*) (Signalkrebs) a été introduite au Luxembourg à partir 1972 à l'aide d'individus en provenance de Suède. L'Administration des Eaux et Forêts a déversé plus de 40 000 individus entre 1972 et 1984 dans la Sûre, l'Attert, la Wark, l'Eisch, la Syre ainsi que de nombreux étangs.

L'écrevisse de Californie est non seulement toujours présente dans les cours d'eau où elle avait été introduite, mais elle a également colonisé la Mamer, l'Ernz blanche et l'Ernz noire. Cette espèce exotique a une croissance rapide. En 2 ans, elle peut atteindre la taille de 6,8 cm et devient apte à la reproduction. Elle est très agressive, supporte de faibles teneurs en oxygène et constitue un vecteur passif de transmission de la peste des écrevisses. Tout comme sa petite sœur, l'écrevisse de Californie est résistante aux métaux lourds et aux pesticides.

Par comparaison, l'écrevisse à pieds rouges a une croissance beaucoup plus lente: elle atteint environ 5 cm de long en 2 ans. Elle est sensible à la peste.

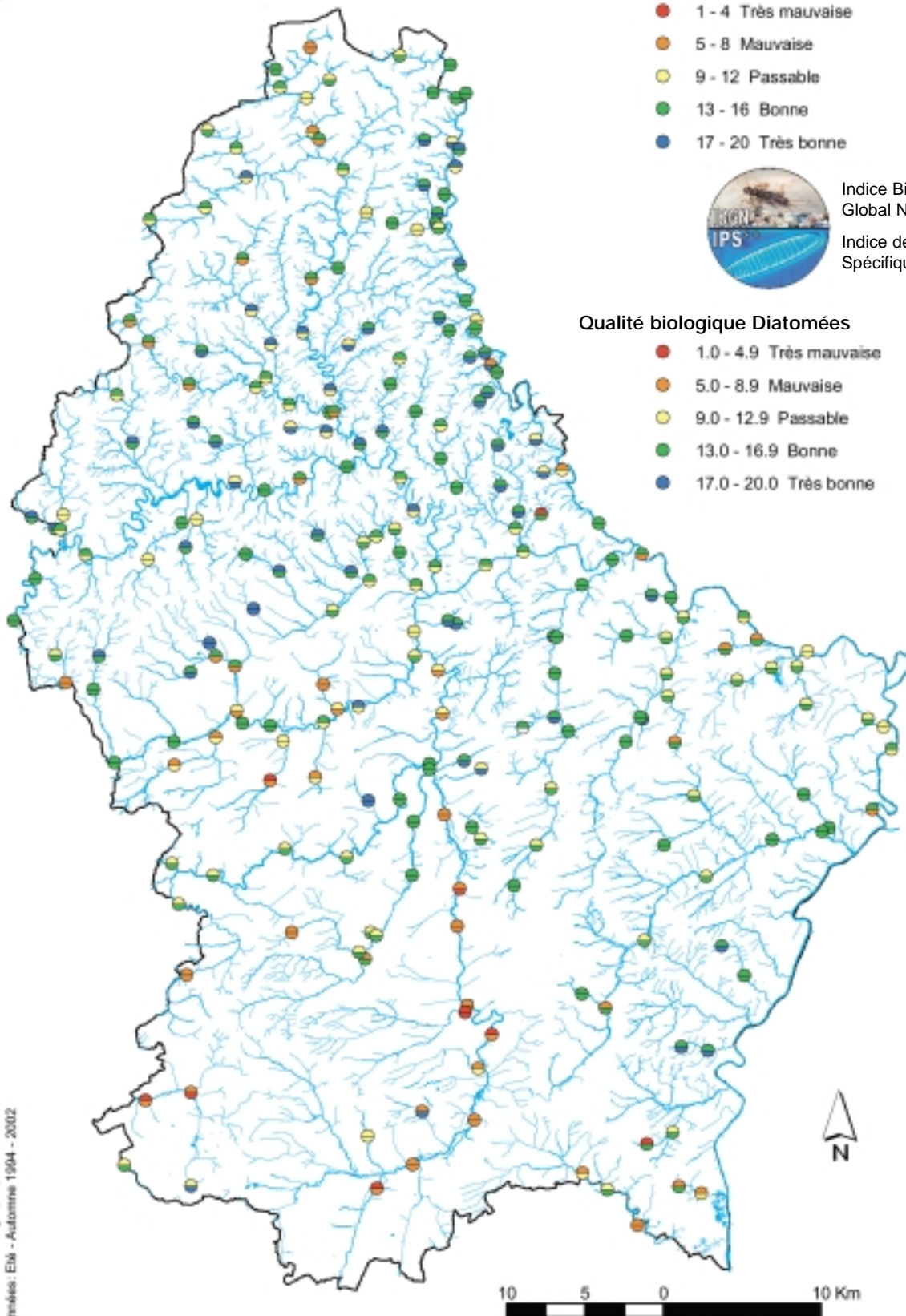
Le "Rouderbaach", affluent de la Moselle, habitat favorable à l'écrevisse de torrents.

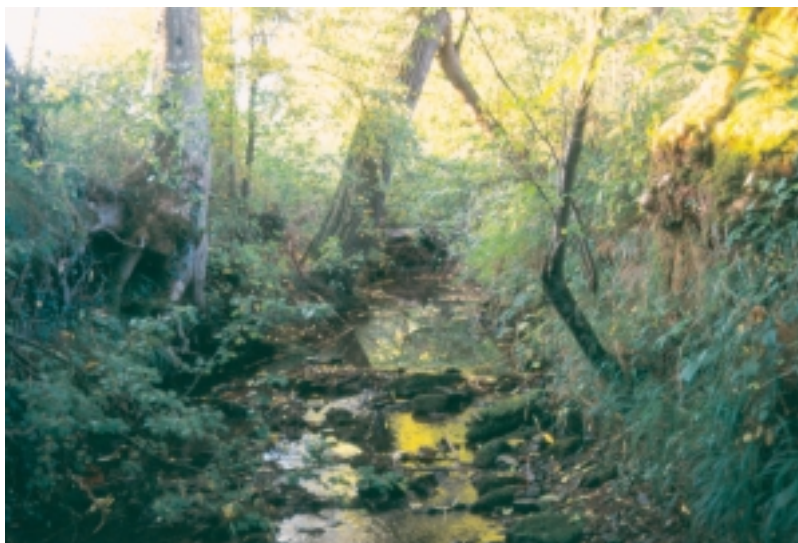


L'introduction de ces 2 écrevisses américaines a ruiné tout espoir de revoir un jour l'écrevisse à pieds rouges dans nos principaux cours d'eau. La réapparition de notre crustacé "phare" ne pourra se faire que sur des plans d'eau et des cours d'eau secondaires de très bonne qualité et indemnes d'espèces exotiques porteuses de la peste.

Jusqu'en 1998, l'écrevisse des torrents était présente sur 2 affluents de la Moselle. Hélas, là aussi l'introduction de l'écrevisse de Californie sur un des 2 affluents a permis de supplanter la population d'écrevisse des torrents. Subsiste donc une seule et unique population d'écrevisse des torrents estimée à +/- 300 individus sur un autre petit affluent de la Moselle. La survie de cette espèce est par conséquent très menacée.

Carte de la qualité biologique des cours d'eau au Luxembourg





L'Asselbaach (affluent du "Busserbaach/Aalbaach", affluent de la Moselle), habitat potentiellement idéal pour l'écrevisse des torrents.

*L'écrevisse à pieds rouges
(Astacus astacus)*



La situation de nos écrevisses indigènes reflète malheureusement aussi l'état de santé de nos ruisseaux qui ont subi des dégradations importantes de leur qualité d'eau ainsi que de leur morphologie (modifications de la structure des berges, de la végétation, ...). Si la situation s'est améliorée au niveau de la qualité de l'eau (voir carte), certains cours d'eau comme l'Alzette, la Chiers, l'Attert et la Gander gardent une qualité de l'eau considérée comme mauvaise. Par ailleurs, cette amélioration n'a cependant pas permis de résoudre dans bien des cas les problèmes d'eutrophisation et de dégradation de la morphologie des cours d'eau luxembourgeois.

L'Administration de la Gestion de l'Eau, Service de la Pêche, mène entre autre une politique de protection des espèces aquatiques indigènes menacées de disparition. La dernière population d'écrevisses des torrents est actuellement l'objet d'un monitoring qui a été confié l'OekoZenter Lëtzebuerg. En vue d'améliorer l'habitat de cette espèce, il est proposé de créer des bandes protégées le long des cours d'eau et de sensibiliser les propriétaires riverains.

Une étude comparative des petits affluents devrait permettre d'introduire l'écrevisse des torrents sur un cours d'eau potentiellement favorable et de favoriser ainsi l'émergence d'une nouvelle population.

Une démarche similaire pourrait être initiée en vue de réintroduire l'écrevisse à pieds rouges dans des étangs et petits ruisseaux vierges de toute espèce d'écrevisses exotiques.

Ce programme devra contribuer à la sauvegarde de la biodiversité aquatique des cours d'eau au Luxembourg et permettre une restauration partielle des populations d'écrevisses indigènes. Cette politique devra également s'inscrire dans les objectifs de la nouvelle loi sur la conservation de la nature (19 janvier 2004). Elle devra prendre en compte la directive "Habitats" (92/43/CEE) et le règlement grand-ducal du 22 mars 2002 instituant un ensemble de régimes d'aides pour la sauvegarde de la biodiversité biologique. En effet, la directive en question considère l'écrevisse des torrents comme espèce d'intérêt communautaire dont la conservation nécessite la désignation de zones spéciales de conservation alors que le règlement la reprend comme espèce menacée d'extinction (annexes II et I des documents mentionnés ci-avant). L'écrevisse à pieds rouges est reprise comme espèce d'intérêt communautaire dont le prélèvement et l'exploitation sont susceptibles de faire l'objet de mesures de gestion (annexe 5 de la directive).

Il convient toutefois d'indiquer que présentement le site de la dernière population d'écrevisse des torrents n'est pas repris dans la zone Habitats LU0001024 Machtum-Pellembierg-Froumbierg-Grevemaacherbiérg alors qu'elle devrait y figurer.

La situation actuelle est donc critique mais peut-être pas désespérée! A nous d'agir en conséquence!

*Gérard Schmidt
OekoZenter Lëtzebuerg*



Langsamverkehr

Neue Initiativen im Interesse von Fußgängern und Radfahrern

Wer zu Fuß geht oder mit dem Fahrrad fährt, betreibt eine nachhaltige Form der Mobilität. Er verursacht weder Luftverschmutzung noch CO2 oder Unfälle, fördert seine eigene Gesundheit sowie die seiner Mitbürger und verursacht keine Kosten, weder für sich noch für seine Mitbürger. Diese beiden Fortbewegungsarten werden aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten neuerdings mit dem Begriff Langsamverkehr betitelt. Ob der Begriff allerdings zutrifft, darüber kann man sich streiten, denn angesichts von Staus und Parkplatzsuche erweist er sich besonders in den Städten oft als die schnellere Fortbewegungsart und sollte deshalb vermehrt zum Einsatz kommen.

Denn Gehen und Fahrradfahren können (fast) alle Menschen, ab dem ersten Lebensjahr bis ins hohe Alter. Sogar alkoholisiert oder unter starkem Stress stehend ist Mensch weit weniger gefährlich, wenn er/sie nicht hinter einem Lenkrad sitzt. Nur wird es zusehends schwieriger und unattraktiver auf und entlang Straßen mit lärmendem, stinkendem und einschüchterndem Autoverkehr. Um den Menschen wieder aus seiner Blechkiste hervorzulocken und ihm den Gebrauch seiner eigenen Füße wieder schmackhaft zu machen, müssen die Kommunen sich einiges einfallen lassen.

In Luxemburg haben einige Kommunen sich dazu entschieden, einen Gesamtmobilitätsplan auszuarbeiten um alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen und die Fußgänger und Radfahrer ganz besonders zu fördern. Die Elemente sind in der Regel Fahrradwegenetz, Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger, Tempo-30-Zonen, Geschwindigkeit reduzierende Maßnahmen usw.

In der Gemeinde Langenthal im Kanton Bern ist man auch auf den Weg der Erstellung eines Verkehrskonzeptes gegangen. Franz Felder, Stadtplaner im Stadtbauamt der Stadt Langenthal, stellte seine Stadt und ihr Verkehrskonzept bei einem Seminar vom Mouvement Ecologique vor, in Zusammenarbeit mit der "Lëtzebuurger Vélos-Initiativ" und der "Association des Victimes de la route".



Der Kreisverkehr vorher und nachher: die Fahrbahn wurde im Zuge des Umbaus deutlich eingeeignet und umlaufend wurden Radspuren markiert. Im Vordergrund führt die Veloroute tangential über den Kreisverkehr, so dass Radfahrer direkt geradeaus weiterfahren können. Durch Aufpflasterungen wurde die Furt der Veloroute sicher gestaltet.



Zebrastreifen auf Bürgersteigniveau kombiniert mit einseitiger Fahrbahnverengung: durch die Rampe wird das Tempo auf der Fahrbahn verringert und durch die Verengung wird die Überquerungsdistanz kürzer.



Hier ist die Baumscheibe begehbar und erlaubt, dass man auch mit Kinderwagen bequem vorbeikommt. Das Mäuerchen eignet sich ideal als Sitzgelegenheit.

Verkehrskonzept für Langenthal

Langenthal im Kanton Bern ist eine Kleinstadt von rund 14.500 Einwohnern und Versorgungszentrum einer Region von rund 60.000 Einwohnern. Die Stadt ist Eisenbahnknotenpunkt verschiedener Regionalbahnen, verfügt über jeweils 2 Orts- und Regionalbuslinien und liegt in einem flachen, breiten Tal.

In Langenthal gibt es seit 1993 ein Verkehrskonzept bestehend aus Richtplänen und Maßnahmen. Praktisch alle in der Stadt vorgenommenen Anpassungen der Straßeninfrastruktur der letzten 15 Jahre wurden im Sinne der Vorgaben dieses Verkehrskonzeptes vollzogen. Oberstes Ziel ist die Erfüllung der Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer mit Priorität auf die Sicherheit der am stärksten gefährdeten Verkehrsteilnehmer. Um das Fahrrad zu fördern, wurden Hauptachsen mit Radstreifen markiert, Kreisverkehrsplätze angelegt, Fahrradständer aufgestellt und sogar eine bewachte Velostation am Bahnhof eingerichtet.

Widerstandskataster mit der lokalen Bevölkerung

Von ganz besonderem Interesse ist das Projekt Widerstandskataster Langsamverkehr. "Ausgehend von einem Anfang der Neunziger-Jahre erstellten Velowiderstandskataster wurde nunmehr auch der Fußgänger mit allen seinen Belangen integriert. Im Interesse eines Multiplikationseffektes für die Sensibilisierung reifte auch die Idee für den Einbezug von Betroffenen in die Aufnahme- und Aktualisierungsarbeiten", so Franz Felder. Ausgehend von einem Pilotquartier wurde die Bestandsaufnahme auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt.

Fußgänger ist nicht gleich Fußgänger

Als Grundlage diene eine Definition der Bedürfnisse der Fußgänger und Fahrradfahrer, für jeweils drei unterschiedliche Kategorien:

- nach Alter: Kinder bis 11 Jahre, Jugendliche und Senioren
- für Alltagsverkehr: Einkaufende, Pendler und Arbeitende
- für Freizeitverkehr: Einwohner, Besucher, Freizeitsportler.

„Den Fußgänger gibt es nicht, es handelt sich hier um eine komplexe Gattung, mit vielen verschiedenen Bedürfnissen mit unterschiedlichen Bewegungsabläufen,“ so Daniel Grob vom Büro Grobplanung, Planungsbüro der Stadt Langenthal. Will ein Pendler möglichst auf kürzestem Weg von der Bushaltestelle zu seiner Arbeitsstelle, so macht ein Shopper schon mal einen Umweg, um an einem attraktiven Schaufenster vorbeizukommen. Ein Kind möchte vielleicht einfach nur im Straßenraum spielen, wogegen der Schüler einen abenteuerlichen Schulweg mit kleinen Schlenkern begrüßt, der ruhig auch mal etwas länger sein darf. Hinzu kommen die besonderen Bedürfnisse Mobilitätsbehinderter Menschen.

Die zu begutachtenden Straßenteilstücke wurden dann nach Sicherheit, Direktheit, Attraktivität, Komfort und Zusammenhang beurteilt. Per Anzeige wurden Freiwillige gesucht. Circa 30 Personen aus allen Altersschichten haben sich gemeldet und haben, nachdem sie von den Fachberatern instruiert waren, eifrig einzeln oder in Gruppen Aufnahmen getätigt. Die Fachberater mussten die Aufnahmeteams allerdings zum Teil unterstützen, da diese oftmals nicht alle Elemente berücksichtigten. Die Beanstandungen reichen von einer zu breiten Hecke am Bürgersteig über mangelnde Beleuchtung bis hin zu fehlenden Absenkungen oder zu tief liegendem Gullydeckel auf der Fahrradspur.

Die Stadt hat sich dazu entschieden, einerseits bei Erneuerung der Infrastrukturen im öffentlichen Straßenraum, andererseits bei regelmäßigen Unterhaltsmaßnahmen die Beseitigung der Mängel anzugehen. Der Ausschuss der Arbeitsgruppe Verkehr wird die Umsetzung verfolgen und jährlich einen Rechenschaftsbericht erstellen, der auch der Öffentlichkeit zugänglich werden soll.



Wo sich auf dieser Bundesstraße neben den Alltagsradlern besonders auch der Schülerverkehr vorher selbst einen Weg bahnen musste, sorgen heute Radstreifen dafür, dass Radler auch im dicksten Gewühl auf eigenen Spuren fahren können.



Troisdorf: Besonders im engen Unterführungsbereich wurden die Radfahrer häufig an den Rand gedrängt. Zur Sicherung des Radverkehrs wurden beidseitig Radspuren angelegt. Sie rufen dem Autofahrer in Erinnerung, dass der Radverkehr einen festen Platz im Straßenraum hat.

Troisdorf im Fahrradrausch

Thomas Marner, Verkehrsplaner aus dem Tiefbau- & Grünflächenamt der Stadt Troisdorf, erläuterte den „Verkehrswandel“ seiner Stadt.

In der Stadt Troisdorf in NRW, zwischen Köln und Bonn, leben ungefähr 75.000 Einwohner, verteilt auf 12 Stadtteile. 1988 begannen die ersten Arbeiten des Landesmodellprojektes „Fahrradfreundliches Troisdorf“. Bei der ersten anschließenden Befragung 1996 hatte sich das Verkehrsverhalten bereits gewaltig zugunsten der nachhaltigen Mobilität verändert. Troisdorf setzte vor allem auf einen konsequenten Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Dies erfolgte teils durch Aufzeichnen von Radspuren entlang des Straßenraums, teils durch bauliche Maßnahmen. Sie sorgen dafür, dass die Radfahrer auch im dicksten Straßengewühl auf eigenen Spuren fahren können. Der Radfahrer genießt großenteils Priorität, zum Beispiel bei der Ampelschaltung. Beidseitige Radstreifen führen zu deutlicher Reduzierung der Geschwindigkeit der motorisierten Fahrzeuge. Verkehrsinseln, die Radfahrer ungehindert passieren können, verlangsamen den Autoverkehr drastisch.

Eine Fahrradstraße, nicht nur fürs Fahrrad

Eingerichtet wurde allerdings auch eine ganz neue Form von Straße: die Fahrradstraße. Bei der Fahrradstraße wird die gesamte Fahrbahn zum Radweg erklärt. Autos und Motorräder dürfen die Straße benutzen, wenn dies durch Zusatzschilder gekennzeichnet ist, die Radfahrer haben aber Vorfahrt und dürfen die gesamte Breite einnehmen. Der Autofahrer muss seine Geschwindigkeit dem Radfahrer anpassen. Diese Straßen werden ganz besonders um die Schulen angelegt. In einem kleinen Flyer wird das Prinzip leicht verständlich erklärt. Auch sonst setzt die Stadt sehr stark auf Info-Material.

Die ganzen Fahrradmaßnahmen wurden sorgfältig mit "Vorher - Nachher" Bildern dokumentiert. Zahlen belegen außerdem, dass die Stadt den richtigen Weg gewählt hat und nunmehr einen Radfahreranteil von 28% im Binnenverkehr aufweist, eine Erhöhung von über 30%. Im Binnenverkehr dominiert damit die Nutzung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes, denn letztendlich haben die Fahrradmaßnahmen auch dazu geführt, dass der Fußgängeranteil angestiegen ist. Vor allem ältere Menschen benutzen wieder vermehrt das Fahrrad, etwas, was sie aus der Jugend kennen, doch im Laufe der Jahre aus Sicherheitsgründen unterließen. Nur Männer "in den besten Jahren" lassen sich nur schwer zum Umsteigen bewegen.

1993 hat sich die "Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen" gegründet. Inzwischen zählen 36 Städte, Kommunen und Kreise dazu. www.fahrradfreundlich.nrw.de. Die Arbeitsgemeinschaft gibt zahlreiche Flyer und Broschüren mit Tipps und Infos zum Radverkehr heraus. Von ganz besonderem Interesse ist die Broschüre für Architekten mit Tipps zur Einrichtung von Fahrradabstellplätzen in und um Wohnhäuser.

Auch in Luxemburg bleibt noch viel zu tun. Die Gemeinden sollten dabei nicht vergessen, die wahren Experten hinzuzuziehen, und zwar die Menschen, die bereits jetzt zu Fuß und per Rad unterwegs sind.



Der Troisdorfer "Rote Faden": Radverkehrsanlagen müssen deutlich als solche erkennbar und vor allem einheitlich gestaltet sein. Bei gebauten Radwegen sind beiderseits eingelassene rote Pflastersteine oder Platten, bei Markierungslösungen besteht der rote Faden aus einem 5 cm breiten roten Beistrich. Diese Rot-Weiss-Kombination hat eine deutliche Signalwirkung und weist sowohl Auto- als auch RadfahrerInnen auf die für den Radverkehr bestimmten Flächen hin.



Richtungs- und Hinweisbeschilderung speziell für Fussgänger.

Langenlois: Gehen belebt Körper und Geist!

Die Stadt Langenlois in Niederösterreich setzt stark auf Sensibilisierung. Unter dem Motto "Gehen belebt Körper und Geist!" stellen ortsansässige Ärzte Rezepte für Fußmärsche aus. Das Rezept kann zwar nicht in der Apotheke, dafür aber in einem ortsansässigen Schuhgeschäft eingelöst werden (5% Rabatt). Wenn auch einerseits der gesundheitliche Aspekt im Vordergrund steht, so ist nicht zu verkennen, dass Gehen auch die Stadt belebt: je mehr Menschen zu Fuß unterwegs sind, desto sicherer und wohler fühlen sie sich.

Laure Simon



Vielleicht sind vereinzelt Radfahrern auf ihrem alltäglichen Weg in der Stadt Luxemburg oder auch auf Touren Richtung Osten des Landes bereits die neuen Wegweiser mit VeloRoute SaarLorLux aufgefallen. "Ah, da gibt es irgend einen neuen Radwanderweg? Davon habe ich bisher aber noch nichts gehört?", wird wohl so mancher denken. Richtig, gehört hat man davon noch nicht viel, aber getan wurde schon viel.

VeloRoute SaarLorLux – Die Grenzregion per Rad entdecken



Blick über das Moseltal bei Remich

Das luxemburgische Tourismusministerium hat in Zusammenarbeit mit der Tourismus Zentrale Saarland sowie Rheinland-Pfalz Touristik und der "Communauté d'agglomération Sarreguémises confluences" einen neuen grenzüberschreitenden Radwanderweg erarbeitet. In mehreren Sitzungen, an denen der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) Saarbrücken, der FFCT (Fédération Française de Cyclotourisme) Metz sowie die "Lëtzebuurger Vélos-Initiativ" mit Ihrem Know-How teilnahmen, wurde ein

schönes grenzüberschreitendes Projekt realisiert.

"Gehen Sie mit der neuen, grenzüberschreitenden Radroute "VeloRoute Saar-LorLux" auf Entdeckungs-Tour in die Großregion!", lautet die Einführung der neuen Wanderkarte. Entdecken kann man bereits das Saarland sowie Luxemburg, im französischen Teil hapert es noch.

Auf rund 340 Kilometern verbindet die VeloRoute die Städte Saarbrücken, Trier und Luxemburg miteinander. Die Velo-

Route führt dabei überwiegend entlang der leicht zu radelnden Flusstäler von Saar, Mosel und Sauer zu den kulturellen Höhepunkten und den landschaftlich reizvollen und verschiedenartigen Schönheiten des Dreiländerecks Deutschland/Frankreich/Luxemburg. Die VeloRoute ist auf vereinzelt Teilstücken allerdings auch als schwierig einzustufen, so muss man z.B. aus dem Moseltal wieder hinauf auf die Höhe. Aber es ist die Mühe wert, entschädigt wird man bereits auf dem Teilstück Remich-Ellange mit einem herrlichen Serpentinweg durch den Wald, mit schönen Ausblicken ins Tal. Die neue Route führt teilweise auf bereits bestehenden Radwanderwegen (z.B. PC2 von Luxemburg nach Echternach) oder im Saarland (z.B. auf einem Teilstück des Saarradwegs). Die VeloRoute verlässt Luxemburg in Wasserbillig, wo sie dem Lauf der Mosel und einer alten Römerstraße bis nach Trier folgt. Die Route ist in beide Richtungen gut mit einem Logo ausgeschildert. Hier hat man eine vorbildliche Arbeit geleistet, wie man sie sich öfters wünschen würde.

Leider ist im Moment die Verbindung von Deutschland und Luxemburg über Frankreich noch nicht fertig gestellt. Hier konnte sich noch nicht auf eine genaue Streckenführung geeinigt werden. Es sind zu viele Instanzen im Spiel, die sich auf



Die VeloRoute Saar-Lor-Lux ist durchgehend beschildert



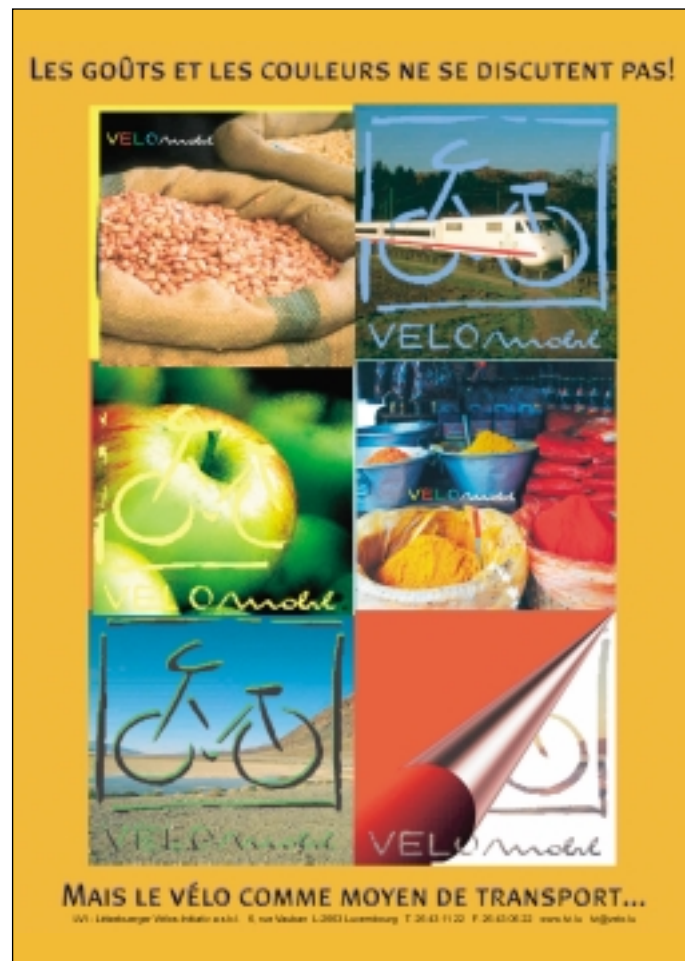
Auszug aus der VeloRoute SaarLorLux

Eine Karte im Maßstab 1:210.000, welche den Weg grob angibt, kann bei der "Lëtzebuenger Vëlos-Initiativ" angefordert werden (Tel: 26431122, lvi@velo.lu). Zudem wird im Moment vom Esterbauer Verlag in seiner "bikeline" Serie ein Radtourenbuch im Maßstab 1:75.000 ausgearbeitet, welches die ganze Route beschreibt. Der bikeline "VeloRoute SaarLorLux" soll diesen Sommer noch erscheinen.

administrativer Ebene koordinieren müssen. Z.B. ist für die Freigabe der Treidelpfade an den Kanälen, welche sich nicht in staatlichen Händen befinden, die Einwilligung der Besitzer gefragt. Man kann allerdings einen Teil der Lorraine bereits erkunden indem man der VeloRoute entlang der Saar von Saarbrücken nach Sarreguemines folgt. Dort mündet man in ein Netz von Radwegen, welches die Region erschließt. Hier wird es dann allerdings etwas schwierig, sich ohne gutes Kartenmaterial zurecht zu finden.

Ein kleiner Tipp noch zum Schluss. Die Kennzeichnung der VeloRoute von Luxemburg-Stadt nach Remich an der Mosel ist ebenfalls eine gute Gelegenheit, eine schöne Strecke in Luxemburg beim radeln zu entdecken. Der gekennzeichnete Weg ist ein Vorschlag, den die Lëtzebuenger Vëlos-Initiativ seit jeher auf ihrer Karte als Verbindung von Luxemburg-Stadt zur Mosel angibt. Jetzt ist er ausgeschildert. Und wer es gemütlich mag, fährt anschließend Mosel abwärts von Remich nach Wasserbillig und kann von dort bequem mit der Bahn wieder nach Luxemburg-Stadt kommen.

Monique Goldschmit



Saubere Luft in



Ende März, Anfang April wurde in mehreren deutschen Großstädten der Grenzwert für Feinstäube überschritten. Das Gleiche wiederholte sich wenig später in Italien, Holland, Schweden, Frankreich Das Thema ging durch die Presse, unter anderem auch, weil betroffene Bürger Klage gegen die zuständigen Behörden führten. Die Politiker gaben sich überrascht, anscheinend war das Problem verschlafen worden, denn seit 1996 gibt es eine europäische Rahmenrichtlinie zur Luftqualität. In Folge dieser Richtlinie legte die Direktive 1999/30/CE für die verkehrsbedingten Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide, Feinstäube PM10 und Blei Grenzwerte fest. Laut dieser Direktive sind die EU-Länder verpflichtet, Aktionspläne auszuarbeiten um sicher zu stellen, dass die Luftqualitätsstandards eingehalten werden.

Luxemburg?

Wie ist die Situation in Luxemburg?

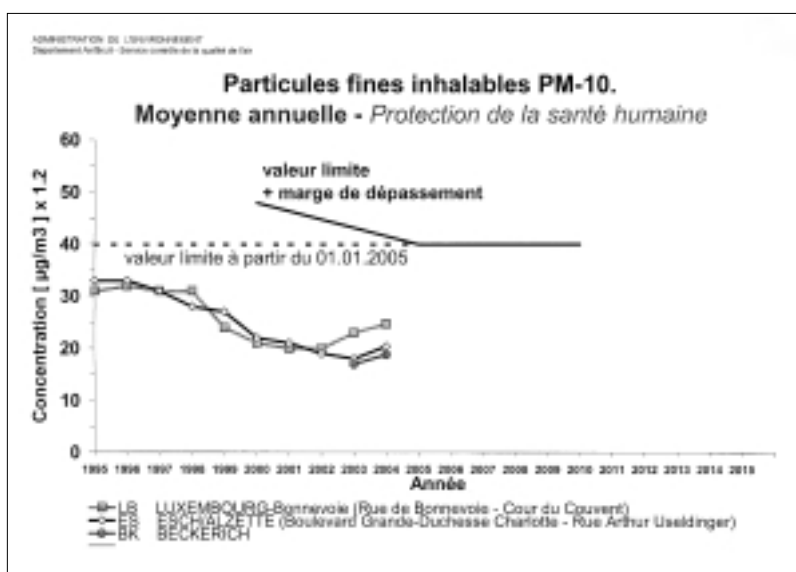
Feinstäube sind in Luxemburg (noch) kein Thema. Die oben genannte EU-Direktive wurde durch das großherzogliche Reglement vom 24. Juli 2000 in nationales Recht umgesetzt. Ab 1. Januar 2005 darf für Feinstäube PM10 der Grenzwert von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft an nicht mehr als 35 Tagen im Jahr überschritten werden. 50 Mikrogramm pro Kubikmeter sind 50 Millionstel Gramm pro 1000 Liter Luft, unter PM10 versteht man Staubpartikel deren durchschnittliche Größe unter 10 Mikrometer (10 Tausendstel Millimeter) liegt. Sieht man sich die erste Grafik an, so ist zu erkennen, dass dieser Wert nur im Jahre 1998 an der Messstelle Luxemburg-Bonnevweg mehr als 35 Mal überschritten wurde. 1998 gab es jedoch noch keine gesetzliche Regelung für Feinstäube, die EU-Direktive gilt erst ab 2000 mit weniger strengen Grenzwerten für eine Übergangszeit von 5 Jahren.

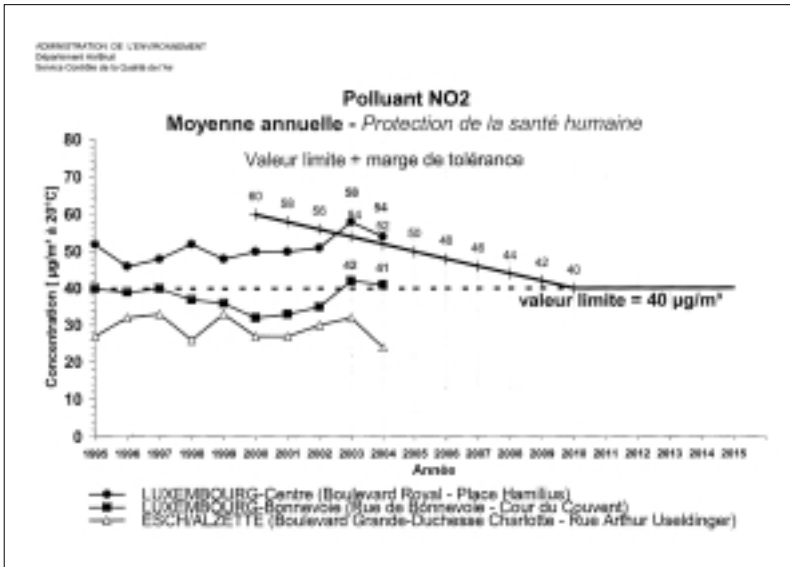
Gibt es also kein Problem mit den Feinstäuben in Luxemburg? Dem ist leider nicht so, und zwar aus mehreren Gründen. Feinstaub ist nicht gleich Feinstaub: es kommt weniger auf die Quantität (Masse), welche gemessen wird an, als auf die Qualität. Die Art der Staubpartikel ist von besonderer Bedeutung. Ein großer Teil der Partikel stammt aus dem Kraftfahrzeugverkehr: Gummiabrieb von den Rädern, Asphaltteilchen, mineralische Partikel, Rußpartikel, welche bei der Verbrennung vom Treibstoff entstehen. Besonders die letztgenannten sind gefährlich, sie stammen zum größten Teil von Dieselaufos und Lastwagen. Da diese feinen Partikel tief in die menschlichen Atemwege eindringen können und sich dort festsetzen, können sie Herz- und Lungenleiden verschlimmern und stehen im Verdacht ernsthafte Gesundheitsprobleme, wie verschiedene Krebsarten, Herzinfarkt, chronische Bronchitis und Asthma auszulösen. Besonders betroffen hiervon sind Leute mit existierenden Herz-Kreislauf- und Atemsungsproblemen sowie Kleinkinder.

Die Weltgesundheitsorganisation schätzt, dass durch Feinstäube jährlich 100 000 vorzeitige Todesfälle in Europa verursacht werden und die durchschnittliche Lebenserwartung um ein bis zwei Jahre verkürzt wird.

Außerdem gilt: je kleiner die Staubpartikel, desto gefährlicher sind sie. Wird die Größe (also auch die Masse) der Teilchen verringert, so nimmt ihre Oberfläche dramatisch zu: ein Partikel von 8 Mikrometer Durchmesser wiegt genauso viel wie 512 Millionen Partikel von 0,01 Mikrometer Durchmesser. Die Gesamtoberfläche dieser ultrafeinen Partikel ist über 1000 Mal größer als diejenige des einen "großen" Partikels. Da die Schadstoffe an der Oberfläche der Partikel haften, können kleine Partikel mehr Schadstoffe tiefer in die Lunge befördern, sind also bei weitem gefährlicher und dies obwohl sie gemäß aktueller Messtechnik einem großen Partikel gleicher Masse gleichgesetzt sind. Aus diesem Grunde werden in den USA neben den groben Feinstäuben vor allem die kleineren unter 2,5 Mikrometer gemessen und für diese gelten auch eigene Grenzwerte.

Auch die EU hat das Problem erkannt und die CAFE (Clean Air For Europe) Arbeitsgruppe in Brüssel prüft die Revision der bestehenden Richtlinien. Ab 2010 sollen die feineren PM2.5 Stäube gemessen werden und für diese gelten dann auch strengere Grenzwerte. Spätestens dann werden wir in Luxemburg ein Problem mit den Feinstäuben haben, wenn bis dahin keine Maßnahmen zur Reduzierung der Staubemissionen unternommen wurden, und dies bedeutet vor allem Maßnahmen im Verkehrsbereich. Da alle Prognosen auf ein weiteres Anwachsen des Gütertransportes über die Straße sowie eine Zunahme des Individualverkehrs hinweisen, wird auch die Staubproblematik zunehmen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.





Stickoxide

Der automobile Verkehr führt jedoch nicht nur zur Belastung der Luft mit Feinstäuben, sondern stößt auch große Mengen Stickoxide NOx aus. Ungefähr die Hälfte aller Stickstoffoxidemissionen stammen vom Autoverkehr. Auch hier sind es vor allem Dieselmotoren, welche diese Schadstoffe produzieren, während Benziner dank Abgaskatalysatoren nur geringfügige Emissionen haben.

Die Richtlinie 1999/30/CE regelt auch die Stickoxidbelastung der Luft: ab 1. Januar 2010 gilt ein jährlicher Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter, während einer Übergangsphase von 2000 bis 2010 gelten noch höhere Werte (siehe zweite Grafik). Trotzdem wurden die jährlichen Grenzwerte 2003 und 2004 in Luxemburg-Stadt (Boulevard Royal) überschritten. Da die Stickoxidemissionen eine steigende Tendenz aufzeigen, ist damit zu rechnen, dass der Grenzwert auch in den folgenden Jahren nicht eingehalten werden wird.

Stickoxide sind besonders bei lang andauernder Exposition gesundheitsschädlich, sie führen zu einer Beeinträchtigung der Lungenfunktion und erhöhter Anfälligkeit für Atemwegsinfektionen. Auch Pflanzen werden durch Stickoxide geschädigt, weshalb es einen Grenzwert für die Vegetation gibt; außerdem sind diese Luftschadstoffe Vorläufersubstanzen der Ozonbildung (Photosmog). Jedes Jahr schnellen bei uns die Ozonwerte in die Höhe, sobald es einige Tage sonnig und warm ist. Dies wird sich in Zukunft verschärfen, wenn die Stickoxidemissionen weiter steigen werden.

Effektive Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität sind notwendig

Es gilt also dringend Maßnahmen zu ergreifen, um sowohl die Feinstäube als auch die Stickoxide in der Atmosphäre zu reduzieren. Diese Maßnahmen sollten vor allem auf den automobilen Verkehr zielen, da hier die größten Emissionen entstehen. Es besteht ohne Zweifel ein starker Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und erhöhter Verkehrsdichte, weshalb in der Vergangenheit schon die gesetzlichen Anforderungen an Fahrzeugemissionen und Kraftstoffqualität erhöht wurden. Leider reichten diese Maßnahmen nicht aus, da die hierdurch erzielte Verbesserung der Luftqualität wieder durch die starke Zunahme des Personen- und Güterverkehrs mehr als aufgehoben wurde.

Die nationale Politik sollte deshalb darauf abzielen, Dieseldieselkraftstoff nicht weiter gegenüber Benzin steuerlich zu bevorzugen. Auch andere Maßnahmen, zum Beispiel im Bereich Landesplanung und öffentlicher Transport, teilweise Verlegung des Güterverkehrs auf die Schiene, Einführung einer Autobahnmaut für Güterverkehr usw. sollten in Erwägung gezogen werden.

Seit Ende 2003 gibt es einen nationalen Schadstoffreduzierungsplan, welcher eine ganze Reihe Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität auführt, bis heute jedoch wurden noch keine davon umgesetzt.

Das Mouvement Ecologique hat vor kurzem einen dringenden Appell an den Umweltminister gerichtet, den nationalen Plan zur Luftqualität endlich umzusetzen und eine Reihe von Initiativen zu ergreifen, um die Feinstäube zu reduzieren. Wir haben vorgeschlagen, die Nachrüstung von Dieselaautos mit Partikelfilter begrenzt zu subventionieren und gleichzeitig die Steuern auf nicht nachgerüsteten Autos zu erhöhen. Auch wünschen wir eine Informationskampagne zur Problematik der Dieselaautos aus umweltpolitischer Sicht.

Vor Ort können jedoch auch besonders belastete Gemeinden eine ökologische Verkehrspolitik fördern, um die Luftqualität und damit die Lebensqualität ihrer Bürger zu verbessern. Hierzu gehören Mobilitätsmanagement, Verbesserung des öffentlichen Transportes, Förderung des Langsamverkehrs usw.

Ohne Anstrengungen von allen Seiten wird sich die Luftqualität, besonders in den Städten und entlang der großen Verkehrsachsen, in den nächsten Jahren nicht verbessern.

Roland Felten

TRINKWASSER- VERSORGUNG IN LUXEMBURG



Das kommende Jahrzehnt wurde von den Vereinten Nationen zur Internationalen Aktionsdekade "Wasser, Quelle des Lebens" erklärt. Ziel ist es, die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäranlagen weltweit bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Laut einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation WHO leben auch auf dem europäischen Kontinent 16 Prozent der Bevölkerung in Haushalten ohne Trinkwasseranschluss. Solche Zahlen gelangen jedoch nur selten in Schlagzeilen, da sie von wasserbedingten Problemen in anderen Teilen der Welt überschattet werden.

Beispiel einer Quelfassung

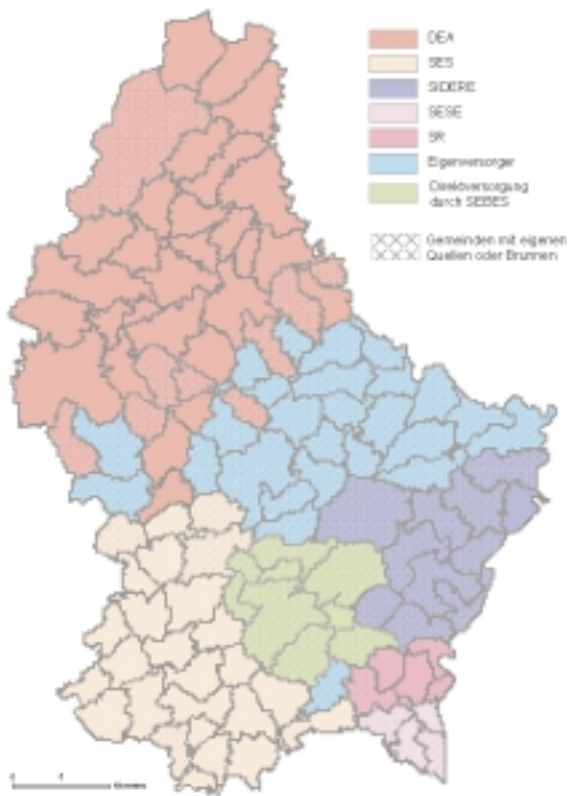


Abbildung 1: Struktur der Trinkwasserversorgung

Von 118 Gemeinden benutzen 23 nur eigene Quellen oder Brunnen (Eigenversorger), 60 haben nur einen Syndikatanschluss, 35 Gemeinden besitzen sowohl einen Syndikatanschluss als auch eigene Quellen oder Brunnen. Offiziell gibt es 5 Trinkwassersyndikate kommunaler Bestimmung: DEA, SES, SIDERE, SESE und SR



Abbildung 2: Verteilungsnetz des SEBES-Syndikates

Everlange, Trois-Ponts und Schaedhof sind die Bohrstandorte der Ersatzlösung, welche beim Ausfall der Versorgung vom Stauseewasser eingesetzt werden

In Luxemburg wird sauberes und ausreichendes Trinkwasser als selbstverständlich betrachtet. Meldungen wie am 12. Januar dieses Jahres, als Hinweise auf gesundheitsschädliche Parasiten im vom SEBES-Syndikat gelieferten Wasser festgestellt wurden, lassen jedoch die Landesbevölkerung aufforchen. In 70% der Luxemburger Gemeinden war während einigen Tagen eine einwandfreie Trinkwasserqualität nicht mehr gewährleistet.

Wie kann eine so weit verbreitete Verschmutzung des Netzes auftreten? Um diese Frage zu beantworten, ist es unumgänglich zu verstehen, wie die nationale Wasserversorgung funktioniert und von wo "unser Trinkwasser" herkommt.

0,014 Prozent des Wassers auf der Erde ist Trinkwasser

Rund 3/4 der Erdoberfläche besteht aus Wasser. Süßwasser, in Eis und Gletschern gebunden oder als Grundwasser gespeichert, stellt 2,5 Prozent dar. Nur etwa 0,014 Prozent der gesamten Menge ist als Trinkwasser oder für die Bewässerung benutzbar.

Jährlich fallen in Luxemburg 2,25 Milliarden Kubikmeter durch Niederschlag auf die Erdoberfläche. Über die Hälfte kehrt dabei durch Verdunstung in die Atmosphäre zurück. Rund 40% fließen direkt über die Oberflächengewässer ab. Nach Schätzungen ist die Wassermenge, die so tief in den Boden einsickert, dass sie zur Speisung des Grundwassers dient, nur knapp 3%. Das Grundwasser gelangt an Quellen wieder zur Oberfläche und fließt, falls nicht zur Trinkwassergewinnung genutzt, als Oberflächengewässer ab.

Entwicklung der Wasserversorgung in Luxemburg: Vom Waschbrunnen bis zu den Trinkwassersyndikaten

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts benutzte die Bevölkerung Grundwasser aus öffentlichen Brunnen oder Quellfassungen (Waschbrunnen) für den täglichen Gebrauch.

Die älteste, bekannte Grundwasserfassung in Luxemburg sind die "Raschpétzer" in Walferdingen. Bei diesem, um 136 nach Christus von den Römern errichteten Bauwerk, wird das Grundwasser mittels einem unterirdischen Tunnel bis an die Oberfläche geleitet.

Das natürlich vorhandene Vorkommen ist geographisch ungleichmäßig verteilt. Um zu Wasserstellen zu gelangen, wurden häufig lange Strecken zurückgelegt. An den Orten, wo Quellen außer Reichweite waren, wurde auf Flusswasser oder auf andere gesundheitsgefährdende Wasserstellen zurückgegriffen. Epidemien wie Cholera kamen auch im Großherzogtum vor.



Abbildung 3: Grundwasserfassungen

Grundwasser kann entweder an seiner natürlichen Austrittsstelle durch Quelfassungen entnommen werden (A), oder durch Bohrungen gefördert werden (B)

Ab 1866 wurden erste Rohrleitungen in Luxemburg-Stadt, Esch/Alzette und Echternach verlegt. Es dauerte jedoch bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts bis ein Großteil der Bevölkerung an ein Leitungsnetz angeschlossen war.

Der steigende Wasserverbrauch im Süden des Landes infolge der aufstrebenden Industriebranche veranlasste mehrere Gemeinden, sich Anfang des 20. Jahrhunderts zusammenzuschließen. 1908 wurde das erste Trinkwassersyndikat, das "Syndicat des Eaux du Sud" (SES) gegründet. Die Trinkwasserversorgung des Syndikats baut hauptsächlich auf Grundwasserquellen im Eischtal zwischen Koerich und Mersch auf.

1926 schlossen sich mehrere Gemeinden aus dem wasserarmen Ösling zusammen, um das heutige "Syndicat de distribution d'eau des Ardennes", DEA zu gründen.

Heute besitzt Luxemburg offiziell 5 Trinkwassersyndikate (siehe auch Abbildung 1).

Gemeinden als Eigenversorger oder Syndikatsmitglied

Von den 118 luxemburgischen Gemeinden werden rund die Hälfte, darunter die Gemeinden Differdingen, Bettemburg, Sarnem oder Steinfort, ausschließlich von Syndikatswasser beliefert. 30 Prozent besitzen neben dem Syndikatsanschluss noch eigene Ressourcen (Stadt Luxemburg, Esch/Alzette, Grevenmacher...). Die restlichen 20 Prozent sind Eigenversorger ohne Syndikatsanschluss. Diese Gemeinden befinden sich vor allem im Nordosten des Landes (Echternach, Rosport, Diekirch, Ettelbrück, Mersch Consdorf, Bech,...). Tendenziell entscheiden Gemeinden immer häufiger, sich an ein Verteilungsnetz eines Trinkwassersyndikates anzuschließen.

Laut Gesetzgebung sind die Gemeinden dafür zuständig, den Verbrauchern Trinkwasser in ausreichenden Mengen und von einwandfreier Qualität zu liefern.

Bis Ende der 60er Jahre wurde ausschließlich Grundwasser als Trinkwasser benutzt. Da die unterirdischen Reserven jedoch nicht mehr der steigenden Trinkwassernachfrage entsprachen, wurde 1969 die Wasserentnahme und – aufbereitung der Sauertalsperre in Esch/Sauer in Betrieb genommen. Das SEBES wurde als kommunales Syndikat mit staatlicher Beteiligung ins Leben gerufen. Im Gegensatz zu den restlichen Syndikaten hat SEBES eine nationale Bestimmung. Gemeinden, wie zum Beispiel die Stadt Luxemburg, werden nicht nur direkt versorgt. Auch andere Syndikate wie das SES, das DEA oder das SIDERE, greifen heute auf SEBES Wasser zurück. So werden heute 70% aller Gemeinden mit SEBES Wasser beliefert.

1991 wurde der Stausee wegen Reparaturarbeiten an der Talsperremauer entleert. Der bevorstehende Versorgungsengpass wurde durch das Anbohren von Grundwasser an 3 Standorten überwunden. Auf diese Ersatzlösung kann heute noch in Ausnahmefällen zurückgegriffen werden.

Der aktuelle tägliche Bedarf an Trinkwasser ist rund 115.000 m³, dies entspricht rund 275 Litern pro Einwohner. Diese Menge wird zur Hälfte an Industrie und Haushalte geliefert.

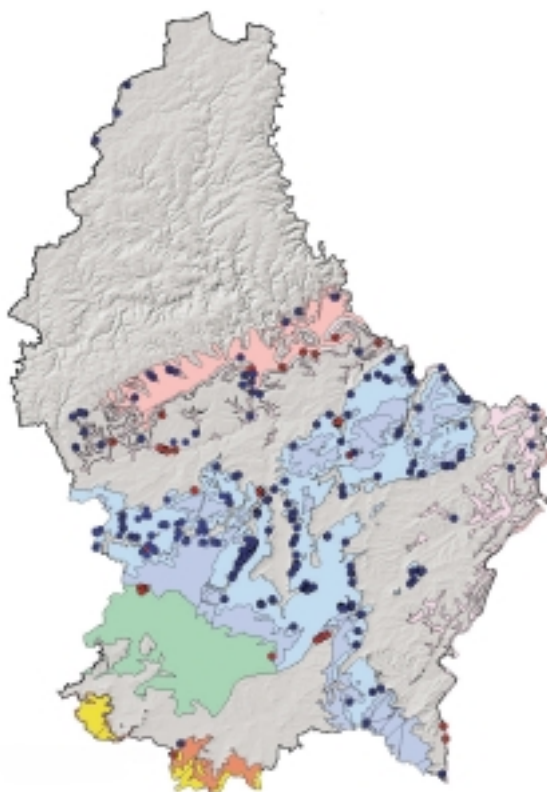


Abbildung 4: Verteilung der Grundwasserfassungen

In Luxemburg werden 290 Quelfassungen (blaue Punkte) und 60 Brunnen (rote Punkte) zur Trinkwassergewinnung genutzt. Die farbig eingezeichneten Zonen weisen auf das Vorkommen von Grundwasser führenden Gesteinsschichten. Der bedeutendste Grundwasserleiter ist der Luxemburger Sandstein (blaue Zone)

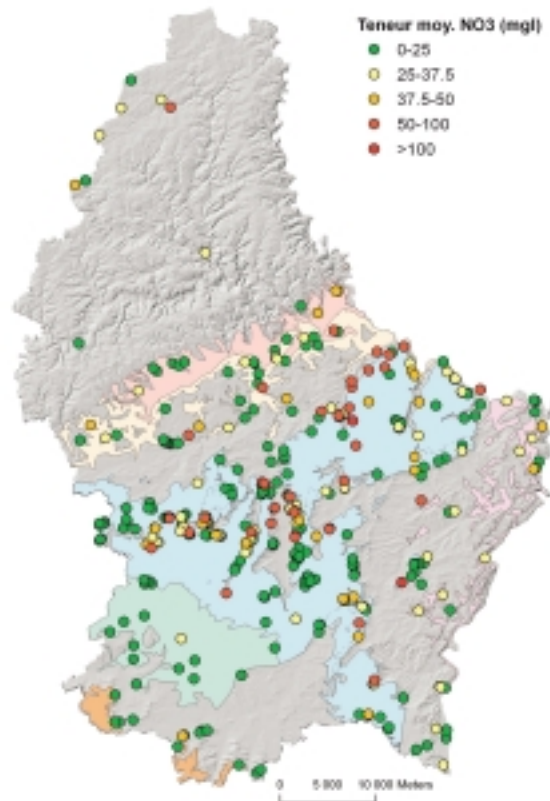


Abbildung 5: Nitratgehalt im Grundwasser

Durchschnittliche Nitratwerte, welche in den verschiedenen Grundwasserfassungen gemessen wurden. Der gesetzliche Grenzwert liegt bei 50 mg/l. Darüber liegende Nitratwerte können vor allem für Säuglinge gesundheitsschädlich sein.

Trinkwasser aus dem Stausee...

Etwa ein Drittel des nationalen Bedarfs wird durch Aufbereitung von Stauseewasser der Sauer gedeckt. Die Aufbereitung erfolgt in mehreren Etappen. Sie ist notwendig um organische Verbindungen, welche aus der Zersetzung natürlicher Vegetation stammen, sowie eventuell krankheitserregende Keime zu entfernen.

Düngung durch landwirtschaftliche Aktivitäten im Einzugsgebiet bewirkt während der Sommer- und Herbstmonate eine Algenbildung. Diese stellt eine Gefahr für die Rohwasserqualität dar und muss dementsprechend behandelt werden.

Trotz Aufbereitung ist die Qualität des Oberflächenwassers einem erhöhten Gefährdungspotential ausgesetzt. Verschmutzungsgefahr besteht durch:

- Abwassereinleitungen aus umgebenden Ortschaften,
- Abschwemmen von Nährstoffen aus den landwirtschaftlich genutzten Flächen, sowie
- Eintrag von gesundheitsschädlichen Substanzen, verursacht durch Verkehrsunfälle.

Aufgrund der Risiken sind das Einhalten der gesetzlich festgelegten Schutzzonen um den Stausee, nachhaltige Landwirtschaftsprogramme, sowie strikte und regelmäßige Kontrollen der Wasserqualität maßstabgebend, um eine einwandfreie Trinkwasserversorgung zu garantieren.

...und aus dem Untergrund

Das Grundwasser bildet die größte Trinkwasserreserve des Landes. Das unterirdische Wasservorkommen ist an die Beschaffenheit regional vorkommender geologischer Schichten gebunden. Das Osling besteht vorwiegend aus tonhaltigem Schiefergestein, welches unbedeutend für die Grundwasserspeicherung ist.

Im Gutland treten mehrere grundwasserleitende Einheiten auf, welche sich für die Trinkwassernutzung eignen (siehe auch Abbildung 4). Rund 90% des gewonnenen Grundwassers stammen aus dem Luxemburger Sandstein. Dieses Gestein erstreckt sich auf einer Fläche von rund 300 km². Im Südwesten tauchen die Schichten ab und werden von jüngeren Lagen überdeckt.

Die Wasserqualität hängt von den unterirdischen Aufenthaltszeiten, sowie der Filterwirkung des Gesteines ab. Diese werden von der Größe der Hohlräume in den wasserleitenden Schichten bestimmt. Die Größe der Hohlräume reicht von wenigen Millimetern bis zu kleineren Höhlensystemen. Kleinere Hohlräume erhöhen die Filterwirkung des Gesteins und erlauben zudem, ähnlich der Wirkung eines Schwammes, eine Speicherung des Wassers im Untergrund.

Das Grundwasser wird durch 3 Methoden gefasst: Quellen, Brunnen, und Bohrungen. Durch Quellen und Brunnen werden rund 80% des Grundwassers gewonnen, die restlichen 20% werden durch Bohrungen erfasst (siehe auch Abbildung 4).

Quelfassungen fangen das Grundwasser an seiner natürlichen Austrittsstelle auf. Eine Fassung beeinflusst somit das natürliche Gleichgewicht der Natur nicht. Die Wasserqualität hängt häufig von der Reaktionszeit der Quelle auf saisonale Niederschlagschwankungen oder meteorologische Ereignisse ab. Da Quellenbauwerke sich nahe an der Oberfläche befinden, ist das Verschmutzungsrisiko erhöht. In Luxemburg sind viele Bauwerke überaltert und erlauben keinen fachgerechten Schutz vor Eindringen von Insekten und Tieren.

Die Wasserwirtschaftsverwaltung

Das Einhalten der gesetzlichen Vorgaben wird von der Wasserwirtschaftsverwaltung, welche dem Innenministerium untersteht, gewährleistet. Weitere Aufgaben des Kontroll- und Verwaltungsorgans im Bereich des Trink- und Grundwassers sind unter anderem:

- das Inventar der Grundwasserentnahme zu erstellen,
- die Qualität- des Grund- und des Trinkwassers zu überwachen, sowie
- das Ausweisen von Grundwasserschutzgebieten.

Jede neue, sowohl öffentliche als auch private Grundwasserfassung, muss von dem Wasserwirtschaftsamt genehmigt werden. Brunnen, welche von Privatpersonen betrieben werden, können sowohl qualitativ wie auch quantitativ eine Gefahr für die öffentliche Trinkwasserversorgung darstellen. Meist fehlt es den Besitzern an den nötigen finanziellen Mitteln, um die Bauwerke nach den gängigen Sicherheitsstandards herzustellen oder die notwendigen hydrogeologischen Voruntersuchungen durchzuführen.

Die Verwaltung besitzt ein akkreditiertes Wasserlaboratorium, welches in der Lage ist, bakteriologische und chemische Analysen durchzuführen.

Bedeutende Anhäufungen von Quellen befinden sich im Gebiet des Luxemburger Sandsteins entlang des Eischtals, um die Stadt Luxemburg herum, sowie im Mülterthal.

Als **Brunnen** werden Bauwerke mit einem Durchmesser von über 1 Meter bezeichnet, welche das Wasser aus relativ geringen Tiefen (unterhalb 10 Metern) durch Pumpen bis an die Oberfläche befördern.

Um das Verschmutzungsrisiko zu vermindern, werden **Bohrungen** mit kleinerem Durchmesser durchgeführt, welche das Wasser in größerer Tiefe anzapfen, und es durch Pumpen bis an die Oberfläche befördern. Die tiefste Bohrung des Großherzogtums wurde zwischen 1841 und 1846 von K.G. Kind in Mondorf durchgeführt und erreicht eine Tiefe von 730 Metern. Der Nachteil von Bohrungen besteht darin, dass durch zu große Förderraten der natürliche unterirdische Speicherraum allmählich geleert wird. Auch bewirkt der komplexe geologische Aufbau des Untergrundes, dass Bohrungen nicht immer erfolgreich sind. Eine Bohrkampagne kann zu einem finanziell aufwendigen Unterfangen werden und benötigt spezifische geologische Voruntersuchungen.

Das SEBES-Syndikat betreibt als Ersatzlösung zum Stauseewasser 19 Bohrungen. Diese sind auf 3 Standorte verteilt und erreichen eine durchschnittliche Tiefe von 150 Metern. Dabei werden unterschiedliche Grundwasserleiter angebohrt: der Buntsandstein in Everlingen, sowie der Luxemburger Sandstein in Schaedhaff bei Itzig und in Dreibrücken bei Koerich. Nach Aufbereitung wird das Wasser ins Verteilernetz eingeleitet. Das relativ geringe erneuerbare Wasserangebot erlaubt jedoch keine durchgehende Grundwasserförderung.

Grundwasser ist im Vergleich zu Oberflächengewässer besser gegen Verschmutzungen geschützt. Eine Aufbereitung von Grundwasser um eine Trinkwasserqualität zu erhalten ist jedoch nicht ausgeschlossen. Dies ist notwendig, falls die Gesteinschemie die Qualität des Grundwassers beeinträchtigt, oder falls das Wasser durch menschliche, tierische oder pflanzliche Einflüsse mikrobiologisch belastet wird. Der unangenehme Chlorgeschnack zum Beispiel, der so manchen Verbraucher dazu führt, sein Trinkwasser aus Flaschen zu beziehen, tritt als Nebeneffekt einer Behandlung von mikrobiologischer Verschmutzung auf.

Erhöhte Gehalte an Schadstoffen, wie zum Beispiel Nitraten (siehe auch Abbildung 5) und Pestiziden, können durch flächendeckende Aktivitäten oder punktuelle Einträge im Einzugsgebiet einer Grundwasserfassung das Grundwasser belasten. Aufbereitungsverfahren erweisen sich in solchen Fällen als kostspielig und wenig wirksam. Solche Gefährdungsrisiken, ausgehend unter anderem von landwirtschaftlichen Aktivitäten oder Altlastenablagerungen, können nur durch präventiven Grundwasserschutz unterbunden werden (siehe Text S. 67).

Trinkwasser von der Fassung bis zum Wasserhahn

Das gewonnene Trinkwasser wird durch Schwerkraft oder durch Pumpen in Wasserbehälter gefördert. Die jeweiligen Speichervolumen sollen ausreichen, um im Fall eines Ausfalles der Trinkwassergewinnung den Verbraucher während einer bestimmten Zeit zu beliefern und eine Ausbreitung einer eventuellen Verschmutzung im Verteilernetz zu verhindern. Der Hauptbehälter des SEBES befindet sich in Eschdorf. Die SES versorgt einen Großteil ihrer Kunden vom Rehberg bei Hivingen aus.

Die Syndikate beliefern Gemeinden bis an den Eingang des jeweiligen Ortsnetzes.

Die Übergabepunkte stellen wiederum Wasserbehälter oder -türme dar. Ab hier übernehmen die Gemeinden die Verantwortung um den Kunden ein einwandfreies Trinkwasser zu liefern. Schätzungsweise beträgt die Gesamtlänge des nationalen Verteilernetzes über 4 600 Kilometer.



Beispiel eines Wasserbehälters

Und die gesetzlichen Grundlagen?

Die luxemburgische Gesetzgebung orientiert sich an der europäischen Trinkwasserrichtlinie. Im großherzoglichen Reglement vom 7. Oktober 2002 werden die Qualitätskriterien von Trinkwasser festgelegt. Trinkwasser muss frei von krankheitserregenden Keimen sein. Die chemische Zusammensetzung des Wassers darf zudem keine schädlichen Substanzen wie Schwermetalle und krebserregende Stoffe enthalten. Substanzen wie Nitrate dürfen nur in begrenzten Mengen vorhanden sein. Schlussendlich soll das Trinkwasser klar, farb- und geruchlos, sowie von angenehmem Geschmack sein. Der Wasserlieferant verpflichtet sich, den Verbraucher mindestens jährlich über die Qualität des von ihm gelieferten Wassers zu informieren.

Präventiver Grundwasserschutz

Einzugsgebiete von Grundwasserfassungen liegen insbesondere im Raum des Luxemburger Sandsteins innerhalb von Flächen, welche größtenteils landwirtschaftlich genutzt werden. Die dadurch entstehenden Gefährdungspotentiale für die Grundwasserqualität können nur durch präventiven Grundwasserschutz minimiert werden. Grundwasserschutzzonen werden anhand von hydrogeologischen Kriterien, wie die Beschaffenheit der Grundwasser überdeckenden Schichten, sowie den daraus resultierenden Fließwegen und Verweilzeiten des unterirdischen Wassers bestimmt. Innerhalb von Schutzzonen sind unter anderem einzelne Aktivitäten, welche zu einer Grundwasserbelastung führen können, untersagt. Beispiele sind die Mistlagerung, das Betreiben einer Schweinzüchterei oder auch das Anlegen von Benzin- und Öltanks.

Obwohl in über hundert Quellengebieten Schutzzonen definiert worden sind, besteht bis heute keine gesetzliche Grundlage, welche Aktivitäten in Quelleneinzugsgebieten reglementiert. Nach dem Gesetz ist das Wasserwirtschaftsamt für das Ausweisen von Grundwasserschutzzonen verantwortlich.

Nationale Agrarumweltprogramme, sowie die von der Europäischen Union geforderte Bindung von landwirtschaftlichen Prämien an Mindestumweltauflagen, sollen zusätzlich den Trinkwasserschutz fördern. Bevorstehende Interessenkonflikte mit der Landwirtschaft können nur durch kooperative Beratungsprojekte gelöst werden. Pilotprojekte werden von Landwirtschaftskammer und Wasserwirtschaftsamt unter anderem in Geyershof und Waldbilling betreut.

Die Umsetzung von Grundwasserschutzzonen wird von der Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union gefordert: bis 2009 sollen auf nationaler Ebene Maßnahmenprogramme aufgestellt werden, welche es erlauben, ab Ende 2015 einen guten Zustand der Gewässer zu erreichen.



Quellfassung unterhalb einer Straße

Die Gesetzgebung verlangt, dass alle Bestandteile des Trinkwassernetzes, welche zu einer Verschmutzung des Trinkwassers führen können, bekannt sein müssen. Die Gemeinden und Syndikate sind aufgefordert, bis Oktober 2005 eine Auflistung inklusive Gutachten aller Ihrer Trinkwasserbauwerke und Leitungen dem Wasserwirtschaftsamt zu übergeben. Daraufhin sollen Prozeduren definiert werden, welche den Verbraucher vor den Folgen einer möglichen Verschmutzung schützen. Die Prozeduren beinhalten unter anderem Warnsysteme und die permanente Möglichkeit, auf nicht verschmutzte Wasserressourcen zurückzugreifen.

In Zukunft ist der Wasserversorger gefordert, bedeutende finanzielle Mittel für bevorstehende Infrastrukturarbeiten bereitzustellen. So ist eine Mehrzahl der bestehenden Bauwerke überaltert und entspricht nicht mehr den heutigen Qualitätsanforderungen.

Bevorstehende Erhöhung des Wasserpreises

Die Finanzierung der Investitions- und Wartungskosten stellt vor allem für Gemeinden eine große Herausforderung dar. Im Gegensatz zur Abwasserentsorgung sind staatliche Subventionen im Trinkwasserbereich stark beschränkt. Die bestehenden Wasserpreise, welche von dem Betreiber einzeln festgelegt werden, sind vielerorts unzureichend um den Erhalt und die Erweiterung der Anlagen zu garantieren. Um zu verhindern, dass die Wasserversorgung sich in der Zukunft zunehmend verschlechtert, muss der Verbraucher sich in den kommenden Jahren auf eine drastische Erhöhung der Wassergebühren einstellen. Dieser Preis liegt nach Schätzungen rund vierfach über dem heutigen Durchschnitt von 1,2 Euro pro Kubikmeter. Die bestehenden Preisunterschiede zwischen den Gemeinden sind erheblich, werden doch, Umfragen des Konsumentenschutzes zufolge, zwischen 0,5 und 1,6 Euro für einen Kubikmeter Trinkwasser verlangt.

Preiserhöhungen veranlassen so manchen Verbraucher, seine Wasserrechnung genau zu analysieren. Würde dabei die Verteilung des Verbrauchs im Haushalt aufgelistet, so wäre so mancher erstaunt, folgende Zahlen zu erfahren. Bei einem täglichen Bedarf von 150 Litern werden 3-5 Liter getrunken oder bei der Lebensmittelzubereitung eingesetzt. Ein Drittel des Verbrauchs dient der Körperpflege. Ebensoviele wird für die Toilettenspülung benutzt. 1/6 dient dem Autowaschen, der Gartenberieselung sowie dem Trinken und Kochen. Der restliche Gebrauch (1/6) dient dem Händewaschen und der Geschirrspülung. Ein tropfender Wasserhahn verbraucht bis zu 25 Liter Wasser täglich!

Auch wenn sowohl der Wasserbetreiber als auch die staatlichen Instanzen gefordert sind, können also auch durch einen bewussten Verbrauch sowohl die Wassermengen als auch Kosten eingespart werden.

Schlussfolgerungen

Die Versorgungssicherheit von Trinkwasser hängt auf nationaler Ebene von einer zuverlässigen Gewinnung von Stausee- und Grundwasser ab. Weitverbreitete Verschmutzungen können nur durch ein tadelloses Funktionieren der Anlagen, durch regelmäßige Kontrollen sowie eine detaillierte Kenntnis des Verteilernetzes verhindert werden. Von großer Bedeutung ist dabei, dass sowohl auf Syndikats- als auf Gemeindeebene nachhaltig und flexibel auf verschiedene Wasserressourcen zurückgegriffen werden kann. Wirtschaftliche Argumente sollen bei diesen Überlegungen nicht die Überhand ergreifen.

Es gilt in Zukunft, das Trinkwasser verstärkt präventiv zu schützen, sowohl im Einzugsgebiet von Trinkwasserfassungen als auch durch Instandsetzung und regelmäßigen Unterhalt aller Trinkwasserinfrastrukturen. Diese Maßnahmen können nur mit Hilfe eines kostendeckenden Wasserpreises erreicht werden.

Tom Schaul

Die Grafiken wurden von der Wasserwirtschaftsverwaltung zur Verfügung gestellt.

Weitere Informationen zum Thema Trinkwasser sind im Internet unter folgenden Adressen zu finden:

www.waasser.lu

www.aluseau.lu

www.trinkwasser.ch

www.unesco.org/water/wwap/index.shtml



Von Erdmenschchen, Vogelmenschen und fliehenden Bäumen

Der Bildhauer Bernd Moenikes
schafft für den Mouvement Ecologique



Die Sommeraktion "Kënschtler fir d'Ëmwelt" von Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg präsentiert Eichenholzkulpturen für den Garten, die Terrasse oder auch für den Innenraum. Bernd Moenikes wurde von Mouvement angesprochen und hat prompt zugesagt.



Das Freiluft-Atelier im Dortmunder Romberg-Park



Erdmensch

Bernd Moenikes, der Erdmensch

Bernd Moenikes, Jahrgang 55, ist in Gelsenkirchen geboren, im "Kohlenpott" aufgewachsen und lebt in Dortmund. Er hat die direkten Umgangsformen der Menschen aus den Kohle- und Stahlgebieten.

Ein Kumpel.

Der Sohn eines Lehrers (seine Mutter ist Hausfrau) studierte Sonderpädagogik und Kunst, machte zusätzlich eine Ausbildung in Sprachheilpädagogik und eine Lehre als Steinbildhauer, die er mit der Gesellenprüfung abschloss.

Der vielseitige Mensch und Künstler war Leiter der "Galerie Junge Kunst" in Schwerte und Kunstredakteur der Zeitschrift "Guckloch" und ist seit vielen Jahren Lehrer an einer Sonderschule für geistig Behinderte. Sein politisches Gefühl wurzelt in der Zeit des Vietnamkrieges, der bei Generationen Misstrau-

en gegenüber den eingesessenen Strukturen und die Suche nach neuen Werten ausgelöst hat. Bernd war Mitglied einer Kabarettgruppe und macht seit 1986 regelmäßig Aktionen und Happenings im Dienst der Umwelt.

Die Titel seiner Performances und Aktionen zeigen klar, wo der Schwerpunkt liegt: "100 Bäume für den Regenwald", "Greenart" "Zukunftswald 2000", "Wildnis in Deutschland" und viele andere. Seit 2003 läuft die Aktion "Das grüne Band", eine Initiative des BUND zum Schutz und Kauf der Biotop, die im Niemandsland zwischen der ehemaligen DDR und BRD entstanden sind. Dieser Streifen war während Jahrzehnten buchstäblich unberührt. Zur Finanzierung dieser Aktion verkauft der BUND Holzskulpturen von Bernd Moenikes. Bernd ist auch bereit, ähnliches zur Unterstützung der Aktionen von Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg zu tun. Dies zum Werdegang und Zweck der Aktion.



Vogelmensch

Erstaunliche Begegnungen in der Werkstatt.

Aber kommen wir zurück zum Menschen. Der Vater von 2 jugendlichen Kindern ist hochbeschäftigt. Im Moment arbeitet er an einem Skulpturenweg im Dortmunder Rombergpark. Die monumentalen Holzskulpturen, manchmal mit Stein kombiniert, werden nicht nur zur optischen Verschönerung dienen: viele sind interaktiv, als Klettergerüst, als Wippe oder als Klangkörper zu gebrauchen und müssen demnach auch TÜV-gerecht gestaltet werden. Im open-air Atelier am Rande der Parks stehen und liegen titanische Gebilde in Arbeit. Darunter ein gegabelter Baumstamm mit 3 Tierköpfen aus Bronze. Diese wurden von Schulkindern bei einem Wettbewerb gestaltet. Das Einbeziehen des Publikums liegt dem Künstler am Herzen.

Ein anderes Atelier hat Moenikes im Kulturhaus Neuasseln, direkt am Wald. Dort stand eine Arbeitersiedlung, die vor rund 30 Jahren abgerissen wurde. Heute ist alles zugewachsen, die Vegetation hat das Areal zurückgewonnen. Beim Haus stehen überall Kunstobjekte, Stein, Holz, Grabsteine, zu Kunstwerken verarbeitet. In der Werkstatt Holzschnitte, Steindrucke, Marmorskulpturen, Granit und natürlich viel Holz, Eiche vor allem, fast immer Darstellungen von Menschen. Dazwischen afrikanische Skulpturen aus Ebenholz und Ölbilder, die er aus Tansania mitgebracht hat. Er ist öfter im Rahmen von Austauschprojekten mit tansanischen Künstlern dorthin gereist. In einer Ecke steht eine meterhohe Barbiepuppe in weiß-grauem Marmor, fein bearbeitet und geschliffen. Die hat er zum 50 jährigen Geburtstag der Kult-Puppe geschaffen. Eine Heidenarbeit. "Das verstehen die meisten Leute nicht, viele meinten, der Moenikes ist durchgeknallt. Dabei ist die Barbie ein starkes Kultursymbol." Nicht weit davon steht eine Büste von Gerhard Schröder in Eiche.

"Concerto Bruto", Performance für Ketensagen und Musiker, wird von Bernd Moenikes seit 1991 regelmäßig in allen denkbaren Varianten aufgeführt. Bei dem Konzert kommen neben den Motorsägen alle möglichen selbst gebauten Schlag- und Blasinstrumente zum Einsatz. BM: "Die Zuhörer sind wahrscheinlich froh, wenn es vorbei ist, aber mir macht das Ganze einen Heiden Spaß." Eine lebendige Persönlichkeit, mit viel Menschlichkeit und Engagement.

Pit Wagner



Monumental-organisch ergänzt kalt-technisch

Bernd Moenikes ist bereit, im Rahmen von "Kënschtler fir d'Ëmwelt" eine Anzahl von Skulpturen zu Gunsten der Umweltgewerkschaft anzufertigen. Dem potenziellen Käufer stehen 3 Modelle zur Verfügung.

Vogelmensch (120cm), Erdmensch (100cm) und Fliehender Baum (250cm), alle in Eichenholz, unbehandelt, eignen sich sowohl für innen als für den Außenbereich. Gruppenarrangements sind auch sehr ausdrucksvoll. Eichenholz ist sehr wetterbeständig und bekommt mit der Zeit durch die Verwitterung eine expressive, grau-schwarze Patina. Wer möchte, kann sie mit Leinöl behandeln, davon werden sie dunkler und bekommen einen etwas speckigen Anblick.

- Erdmensch: 420.- € (für Mitglieder 380.- €)
- Vogelmensch: 470.- € (für Mitglieder 425.- €)
- Fliehender Baum: 730.- € (für Mitglieder 660.- €)
- Sockel für Fliehender Baum und Vogelmensch: 40.- €

Sie können bei Mouvement Ecologique, Tel: 439030-1 oder über e-mail: meco@oekozenner.lu bestellt werden.

Je ein Exemplar steht zum Anschauen im Oekozenner 6, rue Vauban, Luxemburg-Pfaffenthal.

Fliehender Baum





Natierlech
genéissen

Band 2

123 neue Rezepte

176 Seiten
Gebunden, harte Deckel, plastifiziert
Format 21 x 29,7 cm
Im Buchhandel für 39€ erhältlich.
(für Mitglieder 36€)

Kann auch bestellt werden durch
Überweisen dieses Betrags an:
Mouvement Ecologique
CCP LU16 1111 0392 1729 0000

Sie können es auch abholen im
Ökozenter Luxemburg
6, rue Vauban, Pfaffenthal

oder telefonisch bestellen 439030-1

Natierlech genéissen 2

Nach dem großen Erfolg des ersten Kochbuchs "Natierlech genéissen" von Lydie Müller-Philippy, ist auch der zweite Band eine Fundgrube abwechslungsreicher und phantasievoller Rezepte der vegetarischen Vollwertküche. Wer ohne schlechtes Gewissen genießen will, findet hier eine Auswahl von Gerichten, die leicht nachzukochen sind, an denen man sich aber auch inspirieren kann um eigene Kochkreationen zu ersinnen. Raffiniert oder einfach, die gesunde Küche wird hier in ihrer Vielfalt präsentiert.

Würzen mit Kräutern – die Seele der Kochkunst – zum Verfeinern von Suppen, Saucen und Sonstigem ist einer der Schwerpunkte von Band 2.

Schon von Champagneressig gehört? Oder von Trüffelessig? Über diese und andere Essige, über deren Herstellung, Eigenschaften und Anwendung in der Küche des Alltags und in der "Fine cuisine" werden Sie alles erfahren.

Öle sind nicht nur Fett, sondern wertvolle Zutaten, die essentielle Fettsäuren und Vitamine enthalten. Ob Distel- Erdnuss- Kürbiskern- oder Olivenöl, die Wahl dieser oder anderer Öle beeinflusst maßgeblich die Geschmacksnuance Ihrer Gerichte. Hier können Sie nachlesen welches Öl sich am besten für Ihre Mahlzeit und ihre gesundheitliche Balance eignet.

Appetit anregende Farbaufnahmen von Guy Hoffmann illustrieren jedes der 123 Rezepte. Sämtliche Gerichte werden für eine bestimmte Jahreszeit empfohlen. Informationen über Schwierigkeitsgrad und Eignung für Veganer, Lakto- oder Ovolakto-Vegetarier vervollständigen dieses wertvolle Küchenbuch.

Die von einer Ernährungsberaterin erstellten Nährwertangaben und ein ABC der Vollwertküche vollenden das Ganze.

Guten Appetit!

Nebenstehend finden Sie den Abdruck einer Seite des Kochbuchs.



Sommerlicher Kartoffelsalat



- 1 Die Kartoffeln in der Schale kochen.
- 2 Die grünen Bohnen waschen, entfädeln und in Salzwasser weich kochen.
- 3 Die Zucchini waschen, putzen und in sehr dünne Scheiben hobeln.
- 4 Die Cocktail-Tomaten waschen und halbieren.
- 5 Den Knoblauch schälen, den Keim entfernen und durchpressen.
- 6 Das Olivenöl mit dem Balsamico-, Trüffel- und Himbeeressig verrühren. Danach mit dem Kräutersalz, dem frisch gemahlene schwarzen Pfeffer, dem Shoyu, dem Bohnenkraut, dem Oregano, dem Basilikum und dem ausgepressten Knoblauch würzen.
- 7 Den Schnittlauch feucht abwischen und in feine Röllchen schneiden.
- 8 Das zubereitete Gemüse vorsichtig mit der Marinade vermengen, zum Schluss mit den schwarzen Oliven belegen und mit den feingeschnittenen Schnittlauchröllchen bestreuen.

Mein Tipp

Dieser bunte Salat ergibt im Sommer eine erfrischende Hauptmahlzeit. Gibt man noch angeröstete Tofuwürfel hinzu, ist dieser Salat reich an pflanzlichem Eiweiß.



Veganisch
Die drei edlen Essigsorten geben diesem Salat eine sehr feine Note

Nährwert

Pro Portion 942 kJ (225 kcal)

Eiweiß 5,8 g

Fett 11,5 g

Kohlenhydrate 26,4 g

Ballaststoffe 6,1 g

Zutaten für 4 Personen

Für den Salat

500 g kleine Kartoffeln

200 g grüne Bohnen

1/8 l Wasser

Vollmeersalz

je 1 kleine gelbe und grüne Zucchini

(oder 2 grüne Zucchini)

200 g Cocktailtomaten (Kirschtomaten)

einige schwarze Oliven

Für die Marinade

3 Knoblauchzehen

4 Esslöffel Olivenöl

1 Esslöffel Balsamico-Essig

1 Esslöffel Trüffleessig

1 Esslöffel Himbeeressig

Kräutersalz

frisch gemahlener schwarzer Pfeffer

etwas Shoyu

Bohnenkraut

Oregano

Basilikum

einige Stängel frischer Schnittlauch

Zubereitungszeit (ohne Kochzeit)

etwa 30 Minuten

Kann **im Voraus** zubereitet werden



Äre Spezialist fir BIO-
an Demeter- Liewesmëttel

NATURATA
d'Butteker vun de Bio-Bauerer



- 1 Luxembourg/Rollingergrund
- 2 Dudelange
- 3 Ettelbrück
- 4 Munsbach-OIKOPOLIS
- 5 Hupperdange/Schanck-Haff
- 6 Esch/Alzette



Topsolar
Zenter 10 Joer äre Fachbetrieb



Schoul Heischend 10 kWp/80m²

- Iwer 300 Solaranlagen am ganze Land
- Gratis Devis a Berechnung vum Gewinn
- Interessant Finanzeierung


TOPSOLAR SA 5, L-8838 WAHL
Tel 88 82 41 www.topsolar.lu

Les Meilleurs Vignobles de France
LE MEILLEUR DU "BIO"

**Bordeaux, Bourgogne, Alsace, Champagne,
Beaujolais, Jura, Côtes du Rhône,
Baux de Provence, Cognac, Calvados**

**LES VINS DE CULTURE BIOLOGIQUE
AU GRAND-DUCHE DE LUXEMBOURG**

Garanties "Nature et Progrès" - "Demeter"
Appelations d'Origine Contrôlée
Direct du Château



FRANCIS FOURCADE

F-33002 BORDEAUX - TEL. 0033 5 56 94 28 57
L-9365 EPELDORF - FAX. 86 94 55

chaque mois au Grand-Duché - Livr. à domicile

EMMER ENG BIO SPEZIALITEIT

www.oswald.lu



Party Service

Mir sin déi éischt unerkannten
Demeter a BioLabel Metzerei am Land.
All eis Produkter sin an eise
traditionellem an handwierklechen
Familjebetrieb produziert

Contrôle CEE BIO: Lu-04




**FROT NO EISEM
PARTY-SERVICE KATALOG**

Mir sin op all Dag vun 7.30-12.45 an 13.45-18.15
Samstes vun 7.30-12.15
Frot och no eisen Hausmacher Bio Wurscht
a Produkter an den Biogeschäfte

137, avenue Gaston Diderich
L-1420 LETZEBUERG-BELAIR
Tel. : 44 65 45 Fax : 44 65 45 35



Säit 1983
an de Biobutteker
am ganze Land




www.pain-obertin.lu
Remerschen
tel/fax 23664590



Liewen & Wunnen an Harmonie mit der Natur



INCASA 

TEAM 7 

MIJWELHAUS
KOEUNE



NATUR & DESIGN

